



Beteiligungsbericht

2012

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen	3
Übersicht der Beteiligungsunternehmen	6
Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf	7
I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung	8
IGA – Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH, Alsdorf.....	9
WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Städteregion Aachen.....	19
II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen	31
EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg	32
enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath.....	54
GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH	64
III. Beteiligungen Wohnungswesen/Städtebau	72
GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf	73
GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen	86
Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf	96
Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf	102
IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft	113
FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	114
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler.....	118
Energeticon gGmbH.....	125
Regio iT GmbH	138
V. Sondervermögen.....	149
ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf	150
Rechtsnormverzeichnis	161
#	

Vorwort

Die Stadt Alsdorf veröffentlicht den gemäß § 117 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu erstellenden Beteiligungsbericht über ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts.

Mit diesem Bericht wird sowohl dem Rat der Stadt Alsdorf und seinen Ausschüssen als auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Alsdorf ein Überblick über die Struktur der bestehenden Beteiligungen zum 31.12.2012 gegeben.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Alsdorf soll dem interessierten Leser einen Überblick über die wesentlichen und unternehmensrelevanten Daten der Gesellschaften geben sowie die Strukturen der Unternehmen transparenter machen.

Seit dem Haushaltsjahr 2009 sind die Gemeinden verpflichtet, ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung zu erfassen und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Die Stadt Alsdorf hat zum 01.01.2009 auf das so genannte *Neue Kommunale Finanzmanagement* (NKF) umgestellt. Im § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sind die Pflichtinhalte des Beteiligungsberichtes festgeschrieben.

Der Beteiligungsbericht nach den Grundsätzen des NKF fordert u.a. eine Zeitreihe der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen für das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr. Im Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Alsdorf werden somit die Geschäftsjahre 2012, 2011 und 2010 abgebildet.

Alsdorf, im Mai 2015

Hafers
Stadtkämmerer

Allgemeine Informationen

A. Anforderungen an den Beteiligungsbericht nach § 52 GemHVO NRW

Der jährlich zu erstellende Beteiligungsbericht umfasst gem. § 52 Abs. 1 GemHVO NRW folgende Pflichtinhalte:

die Ziele der Beteiligung,

die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,

die Beteiligungsverhältnisse,

die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,

die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,

die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,

die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,

der Personalbestand jeder Beteiligung.

Aus § 52 Abs. 2 GemHVO NRW folgt darüber hinaus, dass die Daten der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen in Form einer Zeitreihe abzubilden sind. Diese muss das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfassen.

B. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung ergibt sich aus § 107 GO NRW.

Zunächst wird dabei in wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung unterschieden.

Nach § 107 Abs. 1 GO NRW liegt immer dann eine wirtschaftliche Betätigung vor, wenn es sich um den Betrieb eines Unternehmens handelt, der als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig wird, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem privaten Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Die Zulässigkeit folgt anschließend aus § 107 Abs. 1 Nr. 1-3 GO NRW, der sogenannten Schrankentrias. Danach ist eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde nur dann zulässig, wenn

ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Ein öffentlicher Zweck ist immer dann tangiert, wenn es sich um eine im weitesten Sinne sozial-, gemeinwohl- und einwohnernützige Aufgabe des jeweiligen Unternehmens handelt.

Unter einem „angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde“ ist zu verstehen, dass sie sich nur insoweit wirtschaftlich betätigen darf, wie eine gesunde und absolut vertretbare Relation zwischen allgemeiner Leistungsfähigkeit der Gemeinde und finanzieller Beteiligung an einem Unternehmen vorliegt.

§ 107 Abs. 3 GO NRW umfasst einen Katalog der Betätigungsbereiche, die nicht nach den Vorschriften einer wirtschaftlichen Betätigung im Sinne des Absatzes 1 zu behandeln sind.

Für die nichtwirtschaftliche und wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes gilt darüber hinaus § 107 Absatz 3 und 4 GO NRW, welche zusammenfassend darstellen, dass solch eine Betätigung nur dann zulässig ist, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 GO NRW und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften tatsächlich gewahrt sind.

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung ist in § 107 Absatz 5 GO NRW geregelt. Demzufolge ist eine wirtschaftliche Betätigung nur dann zulässig, wenn vor der Entscheidung einer Gründung eine Marktanalyse stattgefunden hat und ein Branchendialog mit den Unternehmen abgehalten worden ist, auf welche die Betätigung eventuell Auswirkungen haben könnte.

Entscheidet sich eine Gemeinde folglich dafür, sich tatsächlich wirtschaftlich zu betätigen, ist dies nach § 115 GO NRW unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen um überprüfen zu lassen, ob alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind und die Betätigung letztlich zulässig ist.

C. Erläuterungen zu einzelnen Positionen

Zu einigen Positionen, die in der Übersicht über die einzelnen Gesellschaften beleuchtet werden, ist es für ein differenziertes Verständnis von Nöten, sie genauer zu erläutern. Im Folgenden werden diese Positionen isoliert betrachtet und Hintergrunddaten, die bei der Erstellung des Berichtes vorhanden waren und eingeflossen sind, erklärt.

Gesellschafter

Diese Position stellt die Kapitalverhältnisse in einem abschließenden Katalog dar. Das bedeutet näher, dass an dieser Stelle alle Gesellschafter des Unternehmens benannt werden und in diesem Zusammenhang auch deren prozentuale Gesellschafteranteile.

Wesentliche Beteiligungen

Unter dieser Position sind die für die Stadt Alsdorf mittelbaren Beteiligungen benannt. Von mittelbaren Beteiligungen der Stadt Alsdorf spricht man immer dann, wenn die dargestellte Gesellschaft ihrerseits an anderen Unternehmen beteiligt ist. Allerdings liegt die Besonderheit bei dieser Position darin, dass ausschließlich solche mittelbaren Beteiligungen in der Liste dokumentiert sind, an denen die Gesellschaft mindestens 20,00 % der Gesellschaftsanteile hält.

Kennzahlen

Unter dieser Position sind diverse Leistungskennziffern der jeweiligen Gesellschaften in einer Zeitreihe aufgeführt. Kennzahlen sind gemäß § 12 GemHVO NRW Indikatoren, die zur Überprüfung der Zielerreichung der jeweiligen Gesellschaft dienen.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Unter dieser Position wird erläutert, inwieweit die jeweilige Beteiligung an der Gesellschaft sich im innerstädtischen Haushalt der Stadt Alsdorf bemerkbar macht und inwieweit die Jahresergebnisse sich dort gegebenenfalls niederschlagen.

Übersicht der Beteiligungsunternehmen



Wirtschaftsförderung	Versorgungsunternehmen	Wohnungswesen / Städtebauplanung	Kultur/ Wissenschaft	Sondervermögen
Industrie – und Gewerbepark Alsdorf	Energie- und Wasserversorgung	Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft	Freizeitobjekte Alsdorf	Eigenbetrieb Technische Dienste
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen	enwor – Energie und Wasser vor Ort GmbH	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Städteregion Aachen	Freizeitzentrum Blausteinsee	
	GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH	Alsdorfer Bauland GmbH	Energeticon gGmbH	
		Grund- und Stadtentwicklungs GmbH Alsdorf	regio iT GmbH	

Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf

Gesellschaft / Unternehmen	Stammkapital in €	Beteiligung in €	Anteil in %
Eigenbetrieb Technische Dienste	2.000.000	2.000.000	100,00
Freizeitobjekte GmbH Alsdorf	127.822,97	127.822,97	100,00
Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH	106.350	106.350	100,00
Grund- und Stadtentwicklungs GmbH Alsdorf	25.000	25.000	100,00
Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH	708.139,26	538.901,64	76,10
Alsdorfer Bauland GmbH	26.000	13.000	50,00
Energeticon gGmbH	26.000	6.500	25,00
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	25.564,59	4.601,63	18,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Städteregion Aachen	2.303.500	151.800	6,59
GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie	25.000	750	3,00
enwor – energie und wasser vor ort GmbH	21.007.400	550.250	2,619
Energie- und Wasserversorgung GmbH	18.151.450	395.750	2,18
Gemeinnützige Wohnungsbau-gesellschaft mbH der Städteregion Aachen	1.000.000	17.850	1,79
regio iT GmbH	307.228	3.072	1,00

I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung

IGA – Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	IGA - Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH, Alsdorf
Sitz	Joseph-von-Fraunhofer-Straße 3b 52477 Alsdorf
E-mail	iga@iga-alsdorf.de
Homepage	www.iga-alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	vom 17.03.1989, UR-Nr.:358/1989 in der derzeit gültigen Fassung (letzte Änderung 11.06.2010)
Geschäftsführer	Prof. Dr. Axel Thomas
Prokurist	Dipl.-Wirtsch. - Ing. Heinz Drießen (bis 13.08.2012)
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	106.350 €
Anteil der Stadt in €	106.350 €
Anzahl Mitarbeiter:	5

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
100,00%

Wesentliche Beteiligungen

Mess- und Prüfzentrum
Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf
GmbH
24,800%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören insbesondere die Errichtung und der Betrieb des „Industrieparks Alsdorf“ und des „Gewerbeparks Alsdorf: International und Innovativ“ sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft bietet interessierten Unternehmen preis- und anforderungsgerechte Betriebsräume sowie Service-Einrichtungen mietweise an.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die IGA unterstützt in außerordentlichem Maße die Ansiedlung von Unternehmen in der Stadt Alsdorf und bietet diesen einen lukrativen Wirtschaftsstandort. Somit soll eine positive wirtschaftliche Gesamtlage für die Stadt gefördert und weiterentwickelt werden, was nicht zuletzt auch Vorteile für die Einwohner der Stadt bringt, da die Ansiedlung neuer Unternehmen als Ergebnis auch neue Stellen auf dem Arbeitsmarkt bereitstellt und dadurch die Kaufkraft in der Stadt wieder erhöht werden kann.

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	186,00	542,00	10.974,00
II. Sachanlagen	532.847,86	540.131,13	1.525.378,25
III. Finanzanlagen	6.340,02	6.340,02	6.340,02
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.712.318,32	2.736.384,46	2.874.224,99
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	68.626,20	66.182,28	70.636,69
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	452.174,95	105.597,95	176.891,46
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.434,41	812,84	1.807,94
	3.775.927,76	3.455.990,68	4.666.253,35
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	106.350,00	106.350,00	106.350,00
II. Kapitalrücklage	3.853.202,29	3.853.202,29	5.714.630,74
III. Verlustvortrag	-2.050.281,72	-2.445.813,84	-3.928.417,12
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-165.302,00	395.532,12	1.482.603,28
B. Rückstellungen	22.600,00	28.216,65	51.483,05
C. Verbindlichkeiten	2.009.359,19	1.518.503,46	1.239.603,40
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
	3.775.927,76	3.455.990,68	4.666.253,35

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	662.101,58	1.474.682,59	1.138.817,58
2. Verminderung/Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	49.504,14	145.475,09	0,00
3. sonstige betriebliche Erträge	64.739,67	875.962,29	1.762.361,66
4. Personalaufwand	210.322,72	735.129,09	741.130,82
5. Abschreibungen	33.787,06	434.302,77	240.546,68
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	555.345,93	603.427,16	418.696,40
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.624,16	21.786,34	28.655,23
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36.729,64	27.550,50	16.400,04
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-140.224,08	426.546,61	1.513.060,53
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
11. sonstige Steuern	25.077,92	31.014,49	30.457,25
12. Jahresüberschuss	-165.302,00	395.532,12	1.482.603,28

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalquote	46,19 %	54,17 %	72,33 %
Mietauslastung	94,00 %	93,00 %	91,00 %

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2012 wurde ein Darlehen bei der Stadt Alsdorf in Höhe von 500.000 Euro aufgenommen. Das Darlehen dient im Wesentlichen zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft.

Im Dezember 2012 hat die Gesellschaft einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH geschlossen. Das Vertragsverhältnis beginnt am 01. Januar 2013. Im Rahmen dieser Geschäftsbesorgung übernimmt die IGA GmbH Managementfunktionen, wie Planung, Steuerung, Kontrolle und Organisation.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
SPD-Fraktion	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Manfred Held
SPD-Fraktion	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Karl-Heinz Robert (seit dem 17.06.2010)
SPD-Fraktion	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 21.17.2011) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Franz-Josef Altdorf (seit dem 17.06.2010)
SPD-Fraktion	Herr Stv. Konrad Krämer (seit dem 22.04.2010) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Wilfried Maul (CDU – seit dem 22.04.2010)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Dieter Lothmann (seit dem 27.10.2009)
ABU-Fraktion:	Herr Stv. Guido Gebauer (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Hubert Hennes (seit dem 27.10.2009)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

1. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 01.07. März 1989 gegründet, die Eintragung erfolgte am 23. Mai 1989 unter der Nr. 4150 beim Handelsregister Aachen.

Das Stammkapital beträgt 106.350,00 €. Beteiligungsverhältnisse bestanden zum 31.12.2012 wie folgt:

Gesellschafter	<u>Stammkapitaleinlage</u>
Stadt Alsdorf	106.350,00 € 100%

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören insbesondere die Errichtung und der Betrieb des Industrieparks Alsdorf und des Gewerbeparks Alsdorf sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und/oder an ihnen beteiligen. Im Industriepark Alsdorf werden interessierten Unternehmen aktiv Ansiedlungsgrundstücke zum Kauf, im Gewerbepark Alsdorf Betriebsräume zur Anmietung angeboten. Die Gesellschaft ist ihrem öffentlichen Auftrag nachgekommen, über Art und Umfang wird nachfolgend berichtet.

2. Gesamtwirtschaftliche Lage und regionalwirtschaftliche Lage

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist in 2012 weiter gewachsen. Das schwierige internationale Umfeld belastete spürbar die deutsche Konjunktur. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft weiterhin wettbewerbsfähig und in guter Verfassung. Die Konjunkturlage wies im Schlussquartal 2012 lt. Analyse der Deutschen Bundesbank folgende Grundtendenzen auf:

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland reichte nicht an das Aktivitätsniveau des Sommers heran. Die außenwirtschaftlichen Impulse haben infolge geringeren wirtschaftlichen Wachstums abgenommen. Im letzten Quartal 2012 wurden Schwächetendenzen festgestellt. Dies gilt vor allem für die Hersteller von Investitionsgütern, die unter der ausgeprägten Zurückhaltung inländischer wie ausländischer Kunden hinsichtlich des Erwerbs neuer Maschinen und Geräte leiden. Insbesondere war die Nachfrage nach Industriewaren aus dem Ausland und dem Euro-Raum nach unten gerichtet. Wegen der schwächeren Nachfrage aus dem Euro-Raum verlor das Exportwachstum zeitweise an Dynamik. Allerdings kamen mehr Aufträge aus Drittstaaten. Optimistisch stimmt, dass die Exporterwartungen wieder in den positiven Bereich zurückgekehrt sind. Vieles deutet also darauf hin, dass die zyklische Schwächephase in Deutschland bald wieder überwunden sein könnte. Der Auftragseingang für die deutsche Industrie ist jedenfalls im letzten Quartal 2012 gestiegen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist seit dem Sommer durch eine Seitwärtsbewegung gekennzeichnet. Saisonbereinigt waren die Beschäftigtenzahlen weitgehend stabil. Die Anzahl der als arbeitslos registrierten Personen hat ebenfalls (saisonbereinigt) leicht zugenommen.

Auch wenn sich die konjunkturellen Perspektiven in Deutschland zeitweise eingetrübt haben, gibt es die begründete Aussicht, dass die wirtschaftliche Schwächephase nicht allzu lange anhalten wird und Deutschland bald wieder auf den Wachstumspfad zurückkehrt. Dazu gehört, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt und sich speziell die Wirtschaft in den Drittstaaten aufwärts entwickelt. Alle Konjunkturprojektionen sind durch ein besonders hohes Maß an Unsicherheit gekennzeichnet. Nach Meinung der Bundesbank ist nicht damit zu rechnen, dass die sich andeutende Schwächephase zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit führen wird. Erstens gelten die Motive, welche die Unternehmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009

#

veranlasst hatten, die Beschäftigung zu halten, größtenteils fort. Zweitens können tariflich vereinbarte oder noch zu vereinbarenden Mechanismen zur Verkürzung der Arbeitszeiten bei Bedarf aktiviert werden (Räumung von Arbeitszeitguthaben). Notfalls kann auch der Rückgriff auf Kurzarbeit möglicherweise einen erheblichen Teil einer Konjunkturschwäche auffangen.

2.2. Regionalwirtschaftliche Entwicklungen

Zufrieden, aber "skeptisch" - so zeigt sich die Wirtschaft in der IHK-Konjunkturumfrage in der hiesigen Region. Die Unternehmen in der Region Aachen schauen zum Jahresbeginn 2013 wegen der noch immer ungelösten Schuldenproblematik in Europa und der anstehenden Kostensteigerungen durch die Energiewende skeptisch in die Zukunft, sind aber überwiegend zufrieden mit ihrer aktuellen Lage. Jedes dritte Unternehmen im Kammerbezirk der IHK Aachen meldet gute Geschäfte, nur jeder siebte Betrieb ist mit seiner Lage 2012/2013 unzufrieden. Das sind die Ergebnisse der jüngsten Konjunkturumfrage der IHK Aachen.

Die Ertragslage der Unternehmen hat sich zum Jahresende in Folge von höheren Energie- und Rohstoffpreisen leicht verschlechtert. Die IHK Aachen berichtet darüber, dass die Auslastung der Produktionskapazitäten zum Jahreswechsel 2012/2013 stabil geblieben sind.

Im Rückblick auf 2012 erwies sich der regionale Arbeitsmarkt als robust. Die Dynamik hat deutlich nachgelassen. Der Ausbildungsmarkt ist gekennzeichnet von einer hohen Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in der Region.

Die Arbeitslosenquote zeigt starke interregionale Unterschiede (Monschau 3,7 %, Stolberg 9,9 %). Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bewegt sich auf dem Niveau von ca. 8 %, das dem Landesdurchschnitt NRW entspricht.

Die Industrieunternehmen melden weiterhin überwiegend gute Geschäfte. Rund ein Drittel der Befragten schätzt die Geschäftslage als gut ein, ein Sechstel ist nicht zufrieden. Zusammenfassend ist festzustellen:

Trotz der Belastungen durch die zum Teil schweren Anpassungsrezessionen im Euro-Raum und die sich aus der Schuldenkrise ergebenden Unwägbarkeiten zeigt sich die deutsche Volkswirtschaft nach wie vor in einem guten Zustand. Laut Herbstumfrage des DIHK stufen beinahe 9 von 10 Unternehmen ihre Geschäftslage als gut oder befriedigend ein.

3. Verhältnisse im Jahr 2012

3.1. Geschäftsführung

Mit Wirkung vom 01.01.2012 wurde Herr Prof. Dr. Axel Thomas als Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Seit dem 1. November 1997 war Herr Dipl.-Wirtsch.-Ing. Heinz Drießen zum Einzelprokuristen bestellt. Das Arbeitsverhältnis des Herrn Drießen endete zum 30.04.2012 altersbedingt. Ebenso endete seine Prokura.

4. Darstellung des Geschäftsverlauf

4.1 Gewerbepark Alsdorf

Der Gewerbepark Alsdorf (-Schaufenberg) besteht aus insgesamt drei Betriebsgebäuden und einem Gemeinschaftszentrum, die in Campusform um eine zentrale Grünfläche herum angelegt sind. Die Gebäude wurden in den Jahren 1990 bis 1993 errichtet. Im Jahr 1997 wurde das Gemeinschaftszentrum um einen Büroanbau erweitert.

#

Mit Wirkung vom 26.07.2001 wurden die Betriebsgebäude II und III an ein Unternehmen verkauft, das seit 1992 im Gewerbepark Mieter ist und hierdurch am Standort Alsdorf gehalten werden konnte.

Von ursprünglich 9.498 qm Mietfläche stehen im verbleibenden Betriebsgebäude I und im Gemeinschaftszentrum noch 5.683 qm Mietfläche zur Verfügung. Für das Gemeinschaftszentrum wurde, beginnend am 01.09.2006, mit der Stadt Alsdorf zur Nutzung durch das Jobcenter ein 5-jähriger Mietvertrag über 1.197,38 qm Büroflächen und 218,70 qm Lagerfläche abgeschlossen.

Im Jahr 2010 hat die Gesellschaft das Betriebsgebäude I und das Gemeinschaftszentrum an die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (im Folgenden kurz GSG) verkauft und als Generalmieter zum Betrieb des Gewerbeparks zurückgemietet. Der entsprechende Mietvertrag hatte eine Laufzeit von 15 Jahren und war befristet bis zum 30.06.2025. In diesem Zusammenhang wurde der Mietvertrag mit der Stadt Alsdorf als Mieterin für das Gemeinschaftszentrum um 10 Jahre bis zum 31.08.2021 verlängert. Die IGA hat zum Stichtag 31.12.2012 den Mietvertrag mit der GSG beendet. Die IGA trägt somit kein Vermietungsrisiko mehr. Die GSG ist nun ab 01.01.2013 unmittelbar und ohne Zwischenschaltung Vermieter der jeweiligen Endnutzer. Somit ist die IGA ab dem 01.01.2013 nicht mehr mit den Risiken des Vermietungsgeschäfts (Leerstand, Instandhaltung etc.) belastet. Die IGA wird ab dem Jahr 2013 als Geschäftsbesorger für die GSG tätig sein.

Die durchschnittliche Belegung der Mietflächen betrug im Jahr 2012 93,86 % und lag damit über Vorjahresniveau (92,80 %).

Im Berichtsjahr fanden im Gewerbepark 26 Neuvermietungen bzw. Mietvertragsverlängerungen mit einem Flächenumfang von 3.020 qm statt. Zum Abschlussstichtag waren 24 Unternehmen mit ca. 170 Mitarbeitern eingemietet. Von diesen Unternehmen sind 6 Existenzgründer.

4.2 Industriepark Alsdorf

Der Industriepark Alsdorf (-Hoengen) hat eine Gesamtgröße von ca. 1.116.000 qm.

Hiervon sind 619.692 qm Ansiedlungsflächen erschlossen, weitere 21.346 qm sind noch nicht erschlossen und ca. 474.500 qm dienen dem ökologischen Ausgleich und der Verkehrserschließung, die teilweise im Geschäftsjahr 2005 und im Geschäftsjahr 2011 an die Stadt Alsdorf veräußert wurden.

Den Ansiedlungsschwerpunkt bilden (international tätige) Unternehmen aus dem Bereich Automobilentwicklung und Logistik.

Im Berichtsjahr wurde ein Grundstück im Volumen von 6.400 qm verkauft.

Seit dem ersten Grundstücksverkauf im Jahre 1990 wurden bis zum Abschlussstichtag 482.152 qm Ansiedlungsgrundstücke verkauft, weitere 21.683 qm sind mit einer Verkaufsoption belegt.

Hierdurch wurden die Voraussetzungen für das Entstehen von 2.039 Arbeitsplätzen geschaffen. Hiervon sind ca. 1.605 nachhaltig. Es wurde eine nachhaltige Arbeitsplatzdichte von 3,3 pro 1.000 qm Ansiedlungsfläche erreicht.

Ca. 114.999 qm erschlossene Ansiedlungsfläche sind noch frei verfügbar / Gegenstand der Verkaufsbemühungen.

Über die Bearbeitung von Nachfragen hinaus werden zur Flächenvermarktung branchenspezifische Vermarktungskanäle genutzt und Projektentwickler gezielt angesprochen. Über die NRW.INVEST GmbH, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG) und die AGIT als Wirtschaftsförderungsagentur für die Technologieregion Aachen ist die Gesellschaft in Standortinformationssysteme und regionale und überregionale Standortsuchen eingebunden. Seit dem

#

01.05.2012 ist die WFG geschäftsbesorgend für die IGA tätig. Somit werden die immobilienwirtschaftlichen Kontakte der WFG zu regionalen und internationalen Immobiliendienstleistern im Vermarktungsgeschäft genutzt. Bis auf eine Ausnahme kommen alle derzeit im Industriepark angesiedelten Unternehmen aus der Region.

4.3 Neuansiedlungen

a.) Verkauf

Eine Ausgründung aus dem Fraunhofer Institut für Lasertechnik hat das ca. 6,4 tsd m² große Grundstück im Industriepark Alsdorf erworben. Das Unternehmen beschäftigt derzeit 25 Mitarbeiter und möchte mittelfristig auf ca. 40 Mitarbeiter expandieren. In seinem Segment ist das Unternehmen Technologieführer, Preisträger und Nischen-Lieferant für spezielle Laser in Einzelanfertigung oder als Kleinserie. Die Anwender kommen z.B. aus der Glas-, Keramik-, Halbleiter- und Automobilindustrie, dem Werkzeugbau sowie der Mikro-, Medizin- und Analysetechnik.

b.) Anmietungen

Für einen führenden deutschen Anbieter für Messebau-, Event- und Marketinglösungen konnte in eine Logistiklösung im Rahmen der Goodman - Immobilie im Industriepark Alsdorf gefunden werden. Das hochinnovative Unternehmen beschäftigt derzeit rund 50 Mitarbeiter an den Standorten Alsdorf, Berlin und Monschau. Zu Beginn des Berichtszeitraumes konnte bereits die neue Logistikfläche mit Hochregallager im Industriepark Alsdorf bezogen werden, was eine Verdopplung der Lagerkapazitäten zur Folge hatte. Derzeit arbeiten 18 Mitarbeiter am dortigen Standort.

Für einen zuvor in Krefeld verstandorteten Softwarehersteller konnte eine Bürofläche in akquiriert werden. Auf ca. 150 m² Bürofläche entwickeln 4 Mitarbeiter Software für die Gebäudeinstandhaltung.

Ein Medizintechnik-Start-Up hat seinen Standort im Gewerbepark Alsdorf gefunden. Das Unternehmen hat dort mit seinen 4 Mitarbeitern eine Fläche von ca. 180 m² bezogen.

Aus der Elektronikbranche konnte ebenfalls ein Start-Up für den Gewerbepark Alsdorf gewonnen werden. Das Unternehmen agiert derzeit mit zwei Mitarbeitern.

4.4 Gebäudemanagementdienstleistungen

Die Aufgabe des Gebäudemanagements wurde von der Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf durchgeführt. Das Vertragsverhältnis wurde mit Ablauf des 31.12.2011 einvernehmlich gekündigt, weil die Stadt Alsdorf diese Aufgaben einer zu diesem Zweck gegründeten neuen städtischen Gesellschaft übertragen hat. Im Jahr 2012 wurde ein 2011 begonnenes Abrissprojekt (Grundschule Busch) zu Ende geführt.

4.5 Ertragslage

Umsätze aus Grundstücksverkäufen betragen im Berichtsjahr 181.288,50 € (VJ: 316.377,56 €). Im Gewerbepark wurden Erlöse in Höhe von 478.914,39 € (VJ: 429.914,62 €) erwirtschaftet.

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 165.302,00 € (VJ: Jahresüberschuss: 395.532,12 €).

4.6 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist durch eine hohe Eigenkapitalquote von 46,19 % (VJ: 55,25 %) gekennzeichnet. Zur Finanzierung von Erschließungen im Industriepark, von Grundstückskäufen und einer Erschließung in der Erweiterung des Gewerbegebiets Hagfeld und von Handlingkosten im Zusammenhang mit der Übertragung von Infrastrukturanlagen des Industrieparks auf die Stadt Alsdorf wurde ein Darlehen bei der Sparkasse Aachen in Höhe von 500.000,00 € (VJ: 450.000,00 €) und Darlehen bei der Stadt Alsdorf in Höhe von 1.460.000,00 € (VJ: 960.000,00 €) in Anspruch genommen. Die Darlehensaufnahmen im Geschäftsjahr 2012 dienten im Wesentlichen zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft.

5. Aussichten für das Jahr 2013, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Jahresergebnisse der Gesellschaft sind regelmäßig in erheblichem Umfang von Erlösen aus Grundstücksverkäufen geprägt. Grundstücksverkäufe sind singuläre Ereignisse und von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die (wie z.B. die Konjunktur oder die "Förderlandschaft") außerhalb des Einflusses der Gesellschaft sind. Im Berichtsjahr konnte ein Grundstück veräußert werden.

Ein positives Jahresergebnis lässt sich nur dann erzielen, wenn und insofern sich mindestens 13 tqm Fläche pro Jahr veräußern lassen. Derzeit herrscht am Markt starke Zurückhaltung angesichts der Unsicherheiten im internationalen Umfeld. Der Grundstücksverkauf ist erschwert durch harte Konkurrenzsituation zu Nachbarstädten, in denen Ansiedlungsgrundstücke erheblich günstiger angeboten werden. Bleiben Grundstücksverkäufe ganz oder in Teilen aus, entstehen angesichts der fixen Kosten Jahresdefizite sowie ein annähernd gleich hoher Liquiditätsbedarf.

Die zweite Säule der Gesellschaft, das Vermietungsgeschäft, war seit dem Verkauf des Objektes und der Anmietung zum Zwecke der Untervermietung (Sale-and-lease-back) keine ertragsbringende mehr, was an der Miethöhe lag. Die Miethöhe für das Lease-back stand ihrerseits in direktem Zusammenhang mit dem Verkaufspreis. Durch diese Vertragsbeendigung wurde auch diese Verlustquelle versiegelt und durch eine Geschäftsbesorgung ersetzt. Diese ist kalkulierbar, da die systemimmanenten Unsicherheiten in Bezug auf Auslastung, Instandhaltung, Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der Mieter durch die Umstrukturierung beseitigt wurden.

Das Gewerbegebiet Hagfeld ist planerisch durch den Bebauungsplan 301 erweitert worden. Dies geschah angesichts der Tatsache, dass alle dortigen Grundstücke veräußert sind. Einer Nachfrage steht kein Angebot gegenüber. Das Bebauungsplangebiet nördlich der L 47 - Hoengener Straße wurde von einem auf dem Nachbargrundstück ansässigen Logistik-Unternehmen erworben. Aus dem Bebauungsgebiet südlich der L 47 - Hoengener Straße hat die IGA GmbH landwirtschaftlich genutzte Teilflächen erworben, um zur Verkehrserschließung des geplanten Gewerbegebietes einen Kreisverkehr errichten zu können. An dessen Herstellungskosten beteiligt sich die IGA GmbH im Verhältnis der insgesamt erschlossenen Gewerbeflächen. Es wird zu überlegen sein, ob und in welchem Umfang und über welchen Finanzierungsweg ein Ankauf weiterer Flächen südlich der L 47 erfolgen kann.

Um das Projekt Erweiterung Hagfeld zu einem erfolgreichen zu machen, ist es erforderlich, Kosten und Preise im Blick zu behalten. Oft genug werden Ansiedlungen über den Preis entschieden. Da dieser regelmäßig auf Kosten beruht, heißt es, hier diszipliniert vorzugehen. Bei der Frage der Erschließung ist die IGA in der Position, über Alternativen zu verfügen. Diese werden im Verlauf des Jahres 2013 gegeneinander abgewogen. Auf die weitere derzeitige Verkaufsbereitschaft der heutigen Nachbareigentümer kann und will die Gesellschaft (noch) nicht reagieren. Dem Flächenankauf geht eine Diskussion mit dem Gesellschafter bezüglich der Markt- und Preisstrategie vor.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Aufgabe der Baubewirtschaftung, der Bauunterhaltung und des Neubaus von städtischen Gebäuden wurde mit Ablauf des 31.12.2011 von der Alleingeschafterin Stadt Alsdorf auf eine andere städtische Gesellschaft übertragen. Personalanpassungen haben auch in 2012 in erheblichem Maße (durch Rationalisierung) stattgefunden. Die Personal- und Organisationsentwicklungen sind nicht als abgeschlossen anzusehen.

Die kommunale Steuerlast für Unternehmen (Realsteuern) wurde rückwirkend in Alsdorf deutlich erhöht. Das ist eine Erschwernis für die Ansiedlung von neuen Betrieben bzw. für den Verbleib bereits bestehender Unternehmen. Zusammen mit dem bereits überdurchschnittlichen Preisniveau für Grundstücke (im Vergleich zur unmittelbaren Nachbarschaft der Anliegerstädte) ergeben sich Belastungen der Wettbewerbsfähigkeit

Alsdorf, 24. Mai 2013

Prof. Dr. Axel Thomas
(Geschäftsführer)

WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH StädteRegion Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	WfG - Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH StädteRegion Aachen, Würselen Mauerfeldchen 72 52146 Würselen	Gesellschafter	StädteRegion Aachen 51,361% Sparkasse Aachen 13,319% Stadt Stolberg 9,264% Stadt Eschweiler 8,222% Stadt Alsdorf 6,590% Stadt Würselen 5,578% Stadt Herzogenrath 4,762% Stadt Baesweiler 0,226% Stadt Monschau 0,226% Gemeinde Roetgen 0,226% Gemeinde Simmerath 0,226%
Sitz	52146 Würselen		
E-mail	info@wfg-aachen.de		
Homepage	www.wfg-aachen.de		
Rechtsnorm	GmbH		
Gesellschaftsvertrag	in der derzeit gültigen Fassung (letzte Änderung am 27.01.2010)		
Geschäftsführer	Prof. Dr. Axel Thomas		
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschaftsversammlung		
Stammkapital	2.303.500 €		
Anteil der Stadt in €	151.800 €		
Anzahl Mitarbeiter	14		
		Wesentliche Beteiligungen	Mess- und Prüfungszentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH 25,400%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung in der Städteregion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzhilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der Städteregion Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch seine Aufgabenstellung hat das Unternehmen als obersten Anspruch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gebiet der Städteregion Aachen und hat somit einen gemeinwohl- und sozialbezogenen Charakter.

Darüber hinaus handelt es sich um kein defizitäres Unternehmen und eine Beteiligung der Stadt Alsdorf auch in diesem Rahmen absolut vertretbar.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12.386,00	18.137,00	19.841,00
II. Sachanlagen	6.690.628,00	6.929.496,00	7.848.524,55
III. Finanzanlagen	45.209,41	33.693,74	46.693,74
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.708.276,08	1.883.239,53	
I. Forderungen	19.866.309,50	21.953.829,10	27.829.950,44
II. Kassenbestand	1.598.461,93	1.811.350,41	1.044.478,60
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.677,46	225,00	1.990,61
D. Aktive Latente Steuern	30.077,53	16.510,57	8.542,77
	29.962.025,91	32.646.481,35	36.800.021,71
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500,00	2.303.500,00	2.303.500,00
II. Verlustvortrag	-215.654,22	-399.769,47	-570.133,09
III. Jahresüberschuss	230.049,90	184.115,25	170.363,62
B. Rückstellungen	372.874,75	355.169,96	170.467,29
C. Verbindlichkeiten	27.268.756,48	30.200.490,61	34.723.443,89
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.499,00	2.975,00	2.380,00
	29.962.025,91	32.646.481,35	36.800.021,71

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	2.126.617,01	2.626.845,13	2.369.532,02
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	2.949,00	2.889,71
3. Sonstige betriebliche Erträge	339.814,47	440.041,91	456.912,91
4. Materialaufwand	182.122,00	492.000,00	0,00
5. Personalaufwand	479.137,21	562.360,26	536.707,38
6. Abschreibungen	258.588,28	260.411,33	208.597,01
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	525.552,52	580.503,56	770.344,30
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54.010,97	74.984,90	66.547,94
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	13.000,00	26.000,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.234.261,84	1.470.155,08	1.638.190,04
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-159.219,40	-233.609,29	-283.956,15
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.825,70	43.324,32	8.357,23
13. Sonstige Steuern	394,00	102,14	121,00
14. Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	398.489,00	461.151,00	462.798,00
15. Jahresüberschuss	230.049,90	184.115,25	170.363,62

Kennzahlen	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
<i>Anlagenintensität</i>	22,52%	21,40%	21,50%
<i>Anlagendeckungsgrad</i>	40,74%	87,80%	24,00%
<i>Eigenkapitalquote</i>	9,17%	6,50%	5,20%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Lt. jeweiligem Ratsbeschluss zahlt die Stadt Alsdorf jährlich eine Sockelförderung an die WfG. Zum jetzigen Zeitpunkt beträgt der Zuschuss 0,75 € / Einwohner.

2010	34.370,25 €
2011	34.250,25 €
2012	29.564,60 €

Die Public-Leasing-Verträge der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Gebiet der Stadt Alsdorf werden im Rahmen von Ausfallbürgschaften durch die Stadt abgesichert.

Die Ausfallbürgschaften, die aufgrund von geschlossenen Public-Leasing-Verträgen zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und städtischen Unternehmen beliefen sich zum 31.12. auf:

a) 2010	14.105.816,85 €
b) 2011	10.964.070,64 €
c) 2012	9.606.142,40 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Jeder Gesellschafter kann ein Mitglied in den Aufsichtsrat entsenden.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat als Mitglied vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)
-------------	--

b) Gesellschafterversammlung

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates – im Verhinderungsfall sein Stellvertreter – oder in deren Auftrage die Geschäftsführer berufen die Versammlung der Gesellschafter ein.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 27.10.2009)
------------------	--

LAGEBERICHT 2012

Öffentliche Zwecksetzung

Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen laut Satzung darin, "die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten". Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Zielerreichung

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2012 erreicht und umgesetzt hat, darüber berichtet sie nun im Folgenden:

Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft ist in 2012 weiter gewachsen. Das schwierige internationale Umfeld belastete spürbar die deutsche Konjunktur. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft weiterhin wettbewerbsfähig und in guter Verfassung. Die Konjunkturlage wies im Schlussquartal 2012 lt. Analyse der Deutschen Bundesbank folgende Grundtendenzen auf:

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland reichte nicht an das Aktivitätsniveau des Sommers heran. Die außenwirtschaftlichen Impulse haben infolge geringeren wirtschaftlichen Wachstums abgenommen. Im letzten Quartal 2012 wurden Schwächetendenzen festgestellt. Dies gilt vor allem für die Hersteller von Investitionsgütern, die unter der ausgeprägten Zurückhaltung inländischer wie ausländischer Kunden hinsichtlich des Erwerbs neuer Maschinen und Geräte leiden. Insbesondere war die Nachfrage nach Industriewaren aus dem Ausland und dem Euro-Raum nach unten gerichtet. Wegen der schwächeren Nachfrage aus dem Euro-Raum verlor das Exportwachstum zeitweise an Dynamik. Allerdings kamen mehr Aufträge aus Drittstaaten. Optimistisch stimmt, dass die Exporterwartungen wieder in den positiven Bereich zurückgekehrt sind. Vieles deutet also darauf hin, dass die zyklische Schwächephase in Deutschland bald wieder überwunden sein könnte. Der Auftragseingang für die deutsche Industrie ist jedenfalls im letzten Quartal 2012 gestiegen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist seit dem Sommer durch eine Seitwärtsbewegung gekennzeichnet. Saisonbereinigt waren die Beschäftigtenzahlen weitgehend stabil. Die Anzahl der als arbeitslos registrierten Personen hat ebenfalls (saisonbereinigt) leicht zugenommen.

Auch wenn sich die konjunkturellen Perspektiven in Deutschland zeitweise eingetrübt haben, gibt es die begründete Aussicht, dass die wirtschaftliche Schwächephase nicht allzu lange anhalten wird und Deutschland bald wieder auf den Wachstumspfad zurückkehrt. Dazu gehört, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt und sich speziell die Wirtschaft in den Drittstaaten aufwärts entwickelt. Alle Konjunkturprojektionen sind durch ein besonders hohes Maß an Unsicherheit gekennzeichnet. Nach Meinung der Bundesbank ist nicht damit zu rechnen, dass die sich andeutende Schwächephase zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit führen wird. Erstens gelten die Motive, welche die Unternehmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 veranlasst hatten, die Beschäftigung zu halten, größtenteils fort. Zweitens können tariflich vereinbarte oder noch zu vereinbarende Mechanismen zur Verkürzung der Arbeitszeiten bei Bedarf aktiviert werden (Räumung von Arbeitszeitguthaben). Notfalls kann auch der Rückgriff auf Kurzarbeit möglicherweise einen erheblichen Teil einer Konjunkturschwäche auffangen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Trotz der Belastungen durch die zum Teil schweren Anpassungsrezessionen im Euro- Raum und die sich aus der Schuldenkrise ergebenden Unwägbarkeiten zeigt sich die deutsche Volkswirtschaft nach wie vor in einem guten Zustand. Laut Herbstumfrage des DIHK stufen beinahe 9 von 10 Unternehmen ihre Geschäftslage als gut oder befriedigend ein.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Zufrieden, aber "skeptisch" - so zeigt sich die Wirtschaft in der IHK-Konjunkturumfrage in der hiesigen Region. Die Unternehmen in der Region Aachen schauen zum Jahresbeginn 2013 wegen der noch immer ungelösten Schuldenproblematik in Europa und der anstehenden Kostensteigerungen durch die Energiewende skeptisch in die Zukunft, sind aber überwiegend zufrieden mit ihrer aktuellen Lage. Jedes dritte Unternehmen im Kammerbezirk der IHK Aachen meldet gute Geschäfte, nur jeder siebte Betrieb ist mit seiner Lage unzufrieden. Das sind die Ergebnisse der jüngsten Konjunkturumfrage der IHK Aachen.

Die Ertragslage der Unternehmen hat sich zum Jahresende in Folge von höheren Energie- und Rohstoffpreisen leicht verschlechtert. Die IHK Aachen berichtet darüber, dass die Auslastung der Produktionskapazitäten zum Jahreswechsel 2012/2013 stabil geblieben sind.

Im Rückblick auf 2012 erwies sich der regionale Arbeitsmarkt als robust. Die Dynamik hat deutlich nachgelassen. Der Ausbildungsmarkt ist gekennzeichnet von einer hohen Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in der Region.

Die Arbeitslosenquote zeigt starke interregionale Unterschiede (Monschau 3,7 %, Stolberg 9,9 %). Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bewegt sich auf dem Niveau von ca. 8 %, das dem Landesdurchschnitt NRW entspricht.

Die Industrieunternehmen melden weiterhin überwiegend gute Geschäfte. Rund ein Drittel der Befragten schätzt die Geschäftslage als gut ein, ein Sechstel ist nicht zufrieden.

Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2012 war das zweite Geschäftsjahr, in dem kein Neugeschäft akquiriert wurde. Die Gremien der WFG haben zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, nur noch die derzeit im Bestand gehaltenen Engagements bis zu ihrem geordneten Ende weiter zu betreuen. Die Aachener Region und speziell die WFG haben einen erheblichen Branchenschwerpunkt im Bereich der Automobilwirtschaft. Viele deutsche Automarken haben im Jahr 2012 erneut Rekordumsätze erzielt. Volkswagen, BMW und Mercedes haben jeweils die Anzahl der ausgelieferten Fahrzeuge deutlich steigern können. Davon profitierten auch unsere Public-Leasing-Kunden.

Es kann keineswegs als selbstverständlich angesehen werden, dass im Jahr 2012 und damit (zum 10. Mal in Folge) kein Leasingnehmer Insolvenz anmelden musste.

Ein Engagement, das über fast die gesamte Vertragslaufzeit als problematisch anzusehen war, konnten wir aus dem Portfolio abgeben.

Ein weiteres Engagement, das im zweiten Halbjahr 2012 eine erhebliche Störung aufwies, konnte zum Jahreswechsel 2012/2013 deutlich stabilisiert werden. Wir erwarten hier nach Gesellschaftswechsel eine Rückkehr in ruhiges Fahrwasser.

Baumanagement

Die WFG erbringt Baumanagement-Dienstleistungen auch außerhalb des Public- Leasing-Bereiches. Insbesondere realisiert die WFG Erträge, in dem sie für ihre Schwestergesellschaft GWG Projektsteuerungsaufgaben für deren Neubauvorhaben übernimmt.

Vermietung und Verpachtung

Die Lage im Bereich Vermietung und Verpachtung stellt sich Ende 2012 positiv dar. Alle Vermietungsobjekte der WFG sind ganzjährig zu 100 % ausgelastet gewesen. Alle Mieten wurden zu den vertraglich vereinbarten Zeitpunkten überwiesen. Das Geschäftsfeld schließt per Saldo mit einem deutlich positiven Ergebnis ab. Ein wichtiger Mietvertrag mit einem Großkunden konnte verlängert werden.

Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist dadurch gekennzeichnet, dass das Jahresergebnis auf der gleichen Höhe befindlich ist, wie das gute Vorjahresergebnis. Gleichwohl ergeben sich erhebliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr in den Einzelpositionen.

Die Umsatzerlöse sinken von ca. 2,63 Mio. € auf ca. 2,13 Mio. €. Der Umsatzunterschied von rd. 500 T€ ist auf mehrere Effekte zurückzuführen. Dadurch, dass kein Neugeschäft mehr eingeworben wird, geht auch der Umsatz an Leasingraten zurück. Im Vorjahr haben wir von unserem Vorratsgrundstück eine erhebliche Teilfläche veräußert. Dies sorgte für einen Erlös im Jahr 2011 von rd. 300 T€, der in dieser Höhe im laufenden Jahr nicht mehr wiederholt werden konnte. Umsatzerhöhend wirkte sich das Mandat IGA aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rd. $\frac{1}{4}$ % gesunken. Im Jahr 2011 waren hier erhebliche Einmaleffekte aus der Herabsetzung von Pauschal- und insbesondere Einzelwertberichtigungen festzustellen, die im laufenden Jahr keine Wiederholung fanden.

Der Materialaufwand korrespondiert mit den Umsatzerlösen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der verkauften Grundstücke, die wir im Vorratsvermögen bilanzieren.

Der Personalaufwand reduzierte sich von 562,4 T€ auf 479,1 T€. Dies hängt ursächlich damit zusammen, dass im Rahmen der Neupositionierung der WFG Personal an die StädteRegion abgegeben oder abgebaut wurde.

Die Abschreibungen bewegen sich ebenso auf dem Niveau des Vorjahres wie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Auf Grund des niedrigeren Zinsniveaus sanken unsere Zinsen und ähnlichen Erträge von rd. 75 T€ auf 54 T€.

Dies ist aber auch Ausdruck dafür, dass wir weniger (entgeltliche) Stundungen für unsere Leasingnehmer vornehmen mussten.

Der Zinsaufwand reduziert sich in Folge der Leasingnehmer-Tilgungen von 1,47 Mio. € auf 1,23 Mio. €.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbessert sich von rd. -233,6 T€ auf rd. -159,2 T€. Weil sich der Umfang der WFG-Tätigkeiten reduziert hat, sinken nicht nur die Personalaufwendungen, sondern auch die Erträge aus Gesellschafterzuschüssen. Diese reduzieren sich von 461,2 T€ auf 398,5 T€.

Per Saldo verbleibt der Jahresüberschuss bei 230,0 T€ und liegt damit oberhalb des ohnehin guten Vorjahresergebnisses.

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu beziffern auf rd. 6,75 Mio. €. Im Vorjahr betrug der Wert 6,98 Mio. €. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt im Wesentlichen in den vorgenommenen Abschreibungen begründet. Zugänge in nennenswertem Umfang hat es nicht gegeben.

Das Vorratsvermögen wird repräsentiert durch ein Grundstück in Herzogenrath-Dornkaul, das eine Ursprungsfläche von ca. 30.000 m² hat. Ca. $\frac{1}{3}$ dieser Fläche ist inzwischen veräußert. Weitere Veräußerungsvorgänge sind für das Jahr 2013 vorgesehen.

Bei den Forderungen, die insgesamt 19,87 Mio. € betragen (Vorjahr 21,95 Mio. €) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 10 % (von 20,7 Mio. € auf 18,5 Mio. €) gesunken. Dies korrespondiert mit der Reduzierung der Zinserträge in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Forderung gegenüber dem Gesellschafter besteht in fast unveränderter Höhe.

Der Kassenbestand reduzierte sich von 1,8 Mio. € auf rd. 1,6 Mio. €. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten dienen, mit denen wir das Vorratsvermögen Grundstück finanziert haben. Der Tag für die außerplanmäßige Tilgung der Kreditverbindlichkeit liegt nach dem Bilanzstichtag.

Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 32,65 Mio. € um 2,7 Mio. € auf 29,96 Mio. €.

Das Eigenkapital wird durch den Jahresüberschuss gestärkt. Es übertrifft die Höhe des gezeichneten Kapitals.

Die Steuerrückstellung, die im Jahr 2011 noch rd. 90 T€ betragen hat, konnte durch die Zahlung des Steuerbetrages reduziert werden. Zum Jahres - Ultimo 2012 beträgt die Steuerrückstellung ca. 41 T€. Die sonstigen Rückstellungen sind von 264,3 T€ auf 332,2 T€ gestiegen. Dies hängt im Wesentlichen mit der Erhöhung der Droh- Verlustrückstellung um ca. 55 T€ zusammen.

Die Verbindlichkeiten sind von 30,2 Mio. € auf 27,3 Mio. € gesunken.

Auch hier macht sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft bemerkbar.

Regionale Zusammenarbeit

Die WFG ist unverändert in zahlreichen Aufsichtsgremien bzw. Gesellschafterversammlungen vertreten, so etwa bei der AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer, dem DLZ in Stolberg, dem TPH in Herzogenrath, dem ITS in Baesweiler und dem GeTeCe in Eschweiler.

Regionalmarketing und Ansiedlung

Im Bereich der An- und Umsiedlungsanfragen bearbeitet die WFG im Berichtszeitraum 68 Standortanfragen, von denen 46 zu konkreten Standortanfragen avancierten. Somit liegt die Anfragenanzahl auf einem leicht höheren Niveau als im Jahr 2011. Dies führt zu mehr Beschäftigung bei konstanten Kapazitäten.

Ca. die Hälfte (52 %) der recherchierenden Unternehmen suchte schlüsselfertige Bestandsimmobilien. Nach zu bebauenden Grundstücken recherchierten 24 % der Anfragersteller. Ebenfalls 24 % der anfragenden Unternehmen suchten nach beiden Möglichkeiten.

Wie in den Vorjahren wurden hauptsächlich kleinere Büroflächen (bis 250 m²) nachgefragt. Die Hallenflächennachfrage gestaltete sich weitaus heterogener. In der Größenordnung bis 500 m² suchten die meisten Unternehmen. Darüber hinaus galt das Interesse dem Segment zwischen 1.000 m² und 5.000 m²

Das Hauptaugenmerk lag auf einer sehr guten Autobahnanbindung und einem technologisch anspruchsvollem Umfeld. Dementsprechend konzentriert war das Interesse auf Eschweiler, Herzogenrath und Würselen. Unter den Eitelkommunen konnte Simmerath mit 22 % der Gesamtmenge die meisten Anfragen auf sich vereinen.

Im Bereich der Grundstücksnachfragen entfiel die Hauptnachfrage im Berichtszeitraum auf die Größenordnung >30.000 m². Dies belegt den wirtschaftlichen Bedeutungszuwachs in der StädteRegion Aachen (ähnlich wie im gesamten Bundesland NRW). Industrieflächen (mit Ausweisung GI) sind selten geworden. Die großflächigen Nachfragen aus der Logistik benötigen eine 24-Stunden-Betriebsamkeit, die nur in einer GI-Ausweisung darstellbar ist. Aus diesem Grund können den ankommenden Nachfragen oftmals leider keine passenden Angebote entgegengestellt werden.

Konkrete Ansiedlungen

Eine Ausgründung aus dem Fraunhofer Institut für Lasertechnik hat ein ca. 6.5 tsd m² großes Grundstück im Industriepark Alsdorf erworben. Das Unternehmen beschäftigt derzeit 25 Mitarbeiter und möchte mittelfristig auf ca. 40 Mitarbeiter expandieren. In seinem Segment ist das Unternehmen Technologieführer und Nischen-Lieferant für spezielle Laser in Einzelanfertigung oder als Kleinserie.

Für einen führenden deutschen Anbieter für Messebau-, Event- und Marketinglösungen konnte in **Alsdorf** eine Logistiklösung im Rahmen der dortigen Goodman-Immobilie gefunden werden. Zu Beginn des Berichtszeitraumes konnten bereits die neue Logistikfläche mit Hochregallager im Industriepark Alsdorf bezogen werden, was eine Verdopplung der Lagerkapazitäten zur Folge hatte. Derzeit arbeiten 18 Mitarbeiter am dortigen Standort, bzw. 50 in der StädteRegion.

Für einen zuvor in Krefeld verstandorteten Softwarehersteller konnte eine Bürofläche in **Alsdorf** akquiriert werden. Auf ca. 150 m² Bürofläche entwickeln 4 Mitarbeiter Software für die Gebäudeinstandhaltung.

Ein Medizintechnik-Start-Up hat seinen Standort im Gewerbepark **Alsdorf** gefunden. Das Unternehmen hat dort mit seinen 4 Mitarbeitern eine Fläche von ca. 180 m² bezogen.

Darüber hinaus konnte für ein Beschichtungsunternehmen ein Standort im **Baesweiler** Gewerbegebiet gefunden werden. Das Unternehmen startet dort auf ca. 200 m² Hallen und ca. 100 m² Bürofläche mit 8 Mitarbeitern.

Ein Konstrukteur und Produzent von Wärmebehandlungsanlagen hat Ende August seinen neuen Standort im **Baesweiler Carl-Alexander-Park** mit 10 Mitarbeitern bezogen, der zuvor in Übach-Palenberg verstandortet war.

In **Herzogenrath** konnte ein Unternehmen aus der Fahrzeugtechnik mit einem Standort angesiedelt werden, das seit 1979 existiert. Bisher konzentrierte sich das Unternehmen vor allem auf die Bereiche Mechatronik, Fahrzeugmesstechnik und Fahrzeugakustik. So werden neben Dienstleistungen, wie z. B. Soft- und Hardwareentwicklung u. a. auch Entwicklungssteuergeräte zur Entwicklung von steuerungs- und regelungstechnischen Funktionen in Serienfahrzeugen und Messtechnik zur Fahrzeugprüfung angeboten. Am neuen Standort im TPH Herzogenrath wird das Unternehmen seine

#

Entwicklungscompetenz im Bereich 'Entwicklung Antriebssysteme' weiter ausbauen. Das stark expandierende Unternehmen ist mit ca. 20 Mitarbeitern angesiedelt und möchte in 2013 auf mehr als 40 Mitarbeiter anwachsen.

Ebenfalls in **Herzogenrath**, im Gewerbepark Nordstern, konnte ein Handels- und Engineering Unternehmen auf einem ca. 2.200 m² großen Grundstück angesiedelt werden. Geplant ist die Errichtung von ca. 200 m² Büro- und ca. 500 m² Hallenfläche im Jahr 2013. Das Unternehmen konstruiert und produziert Formgussteile für die Industrie. Das Unternehmen beschäftigt derzeit 9 Mitarbeiter.

Derzeit konnten wir mehr als 15 % der anfragenden Unternehmen für den Standort StädteRegion Aachen begeistern, mehr als 57 % der Anfragen sind noch aktuell, was zeigt, wie unsicher die Anfragenden derzeit sind.

Die Signale aus der Wirtschaft kündigen u. U. einen spürbaren Wachstumsrückgang an. Aufgrund von diversen Eintrübungen, nicht nur in der deutschen, sondern insbesondere in der Euro-Zone-Wirtschaft rechnen wir WFG-seitig für das Jahr 2013 mit einem geringeren Aufkommen. Wir sind optimistisch, dass wir auch unter wirtschaftlich ein- getrübten Rahmenbedingungen im Jahr 2013 Unternehmen vom Standort StädteRegion Aachen überzeugen können.

Geschäftsbesorgungsaufgaben

Die WFG verfügt über insgesamt 3 Ertrags- bzw. Finanzierungsquellen:

1. Leasing-Zinsüberschuss
2. Baumanagement-Erträge im Zusammenhang mit der Neuerrichtung von Leasing- Objekten
3. Sockelförderung

Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäftes reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahme aus dem Zinsüberschuss. Die Baumanagement-Erträge der WFG entfallen, weil kein Neugeschäft mehr eingeworben wird. Die Sockelförderung bleibt auf dem reduzierten Niveau. Somit richtet sich der Blick verstärkt auf andere Einnahmequellen. In diesem Kontext hat die WFG die Geschäftsbesorgung des Industrie- und Gewerbeparks Alsdorf übernommen und erhält dafür eine Management-Vergütung. Das Jahr 2012 war dadurch gekennzeichnet, dass dort zahlreiche Umstrukturierungsmaßnahmen diesem Mandat durchgeführt werden mussten. Hier konnte die WFG ihre Kompetenz einbringen.

Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (nach Kopfszahlen) bei der WFG beträgt 14.

Die Änderung gegenüber dem Vorjahr- 3. Die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter beträgt absolut: 7 bzw. in Prozenten 50 %. Die WFG hat aus Gründen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung weiterhin eine Ausbildungsstelle im Jahr 2012 neu besetzt und wird damit auch in Zukunft einen Beitrag dazu leisten, dass dem Fachkräftemangel entgegengewirkt wird. Um Familie und Beruf miteinander verbinden zu können, verfügen fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Telearbeitsplatz-Funktionalitäten.

Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG NRW) bei der Personalentwicklung beachtet.

Der Krankenstand der WFG ist wie auch in den letzten Jahren stets unterdurchschnittlich, was auf eine unverändert hohe Motivation schließen lässt.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2012

Im Berichtsjahr 2012 ist von den WFG-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hoher Arbeitseinsatz geleistet worden. Für das große Engagement bedankt sich die Geschäftsführung bei allen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG sieht eine Reihe von finanziellen Klippen vor sich, die es zu umfahren gilt:

1. Im Jahreswechsel 2014/2015 ist ein bislang tilgungsfrei gestelltes Darlehen endfällig. Hier gilt es, in erheblichem Maß finanzielle Mittel zu mobilisieren, um dieses Darlehen abzulösen. In diesem Zusammenhang ist auf die Forderung gegenüber dem Hauptgesellschafter hinzuweisen, die zu Liquidität transformiert werden muss, um fristgerecht das Darlehen in voller Höhe bedienen zu können

2. Der Gesellschafter Stolberg hat im Oktober 2012 seine Kündigung ausgesprochen. Nach diesseitiger Auffassung ist diese Kündigung nicht berechtigt und nicht zulässig. Wir haben der Kündigung, die sich unmittelbar auf die Sockelförderung dieses Gesellschafters auswirken dürfte, unmittelbar und mit anwaltlicher Beratung widersprochen.

Im Bereich des Public-Leasing und der Vermietung von Gewerbeobjekten können sich Bedrohungen ergeben, die über das normale Vermieterisiko hinausgehen, wenn und weil Leasingnehmer finanzielle Probleme haben.

Ausblick

Die zukünftige Entwicklung der WFG wird in ganz entscheidendem Maße davon abhängen, ob und wie es gelingt, das Leasing-Bestandsgeschäft ohne materielle Schäden für die Gesellschaft bzw. für die Gesellschafter zu Ende zu bringen. Des Weiteren werden wir uns unverändert um Synergien mit anderen Organisationseinheiten zu beschäftigen haben, die das gleiche oder ein ähnliches Satzungsziel verfolgen.

52146 Würselen, im Mai 2013

Prof. Dr. Axel Thomas
- Geschäftsführer -

II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen

EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg

Allgemeine Angaben

Firma	EWV - Energie- und Wasser- Versorgung GmbH, Stolberg
Sitz	Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg
E-Mail	service@ewv.de
Homepage	www.ewv.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung (letzte Änderung am 09.02.2010)
Geschäftsführer	Dipl.-Ing., Dipl.-Wirt.-Ing. Manfred Schröder
Gremien	Gesellschafterversammlung Beirat Aufsichtsrat
Stammkapital	18.151.450 €
Anteil der Stadt in €	395.750 €
Mitarbeiter	465 (davon 31 Auszubildende)

Wesentliche Beteiligungen

regionetz GmbH, Düren	50,00%
Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen	49,00%
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler	24,90%
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH	39,00%
GREEN Solar Herzogenrath GmbH	45,00% (seit dem 07.05.2012)
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	45 % (seit dem 03.05.2012)
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	45 % (seit dem 03.05.2012)

Gesellschafter

Rhenag Beteiligungs GmbH	53,717%
Stadt Stolberg	14,278%
Stadt Eschweiler	13,190%
Städteregion Aachen	9,252%
Kreis Heinsberg	3,790%
Stadt Alsdorf	2,180%
Stadt Würselen	1,974%
Stadt Baesweiler	1,000%
Kreis Düren	0,580%
Gemeinde Roetgen	0,006%
Gemeinde Simmerath	0,006%
Stadt Monschau	0,006%
Stadt Heinsberg	0,003%
Gemeinde Aldenhoven	0,003%
Gemeinde Inden	0,003%
Gemeinde Langerwehe	0,003%
Stadt Linnich	0,003%
Gemeinde Niederzier	0,003%
Stadt Geilenkirchen	0,003%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung der Städteregion Aachen und benachbarter Gebiete, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wasserversorgungsunternehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der EWW um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.696.555,00	1.861.571,00	1.927.471,00
II. Sachanlagen	133.230.321,26	129.819.856,14	128.090.855,80
III. Finanzanlagen	9.223.875,71	6.513.049,22	6.649.058,71
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.346.095,18	1.822.009,02	1.267.309,99
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	51.909.853,80	65.453.083,63	72.539.617,02
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	21.246.018,07	363.792,00	293.629,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	334.835,02	378.824,98	351.610,29
	219.987.554,04	206.212.185,99	211.119.552,08
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00	18.151.450,00	18.151.450,00
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94	7.045.123,94	7.045.123,94
III. Andere Gewinnrücklagen	2.650.000,00	2.650.000,00	1.250.000,00
IV. Bilanzgewinn	13.700.103,34	11.051.300,77	16.874.665,64
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	17.997.959,00	20.623.611,00	23.420.896,00
C. Rückstellungen	100.386.565,24	86.035.760,31	73.367.358,26
D. Verbindlichkeiten	51.464.125,02	53.614.271,41	65.222.186,46
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.592.227,50	7.040.668,56	5.787.871,78
	219.987.554,04	206.212.185,99	211.119.552,08

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	323.949.080,46	316.270.854,33	317.967.860,44
2. Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	404.427,00	563.571,60	383.285,65
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.523.430,00	3.183.637,00	3.647.163,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.467.365,60	2.917.112,30	3.872.132,27
5. Materialaufwand	-228.687.294,99	-210.489.502,29	-211.902.238,88
6. Personalaufwand	-36.824.904,87	-37.454.555,20	-30.901.762,23
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-12.282.888,00	-12.295.639,00	-12.508.257,00
8. Pachten für Werksanlagen und Netze		-8.509.056,15	-8.321.808,65
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-27.176.003,89	-25.594.475,51	-30.812.251,49
10. Erträge aus Beteiligungen	161.850,00	239.079,05	262.202,29
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	58.153,85	53.631,54	51.999,99
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	334.178,83	634.236,97	175.804,83
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-18.883,45	-355.718,44	-16.490,76
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.464.016,00	-4.920.519,21	-4.621.328,08
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.444.494,54	24.242.656,99	27.276.302,38
16. außerordentliche Aufwendungen/ außerordentliche Erträge	-831.935,00	-831.935,00	-4.685.656,00
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.556.384,41	-12.001.646,06	-5.479.526,99
18. Sonstige Steuern	-356.071,79	-357.775,16	-236.453,75
19. Jahresüberschuss	13.700.103,34	11.051.300,77	16.874.665,64

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalquote	18,9 %	22,9 %	22,2 %
Umsatzrendite	4,2 %	3,5 %	5,2 %
Eigenkapitalrendite	49,2 %	39,7 %	63,8 %
EBIT-Marge	7,9 %	8,8 %	9,7 %

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

a) 2010	283.997,16 €
b) 2011	202.817,83 €
c) 2012	251.427,79 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2010	71,76 %
b) 2011	51,25 %
c) 2012	63,53%

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Strom in Höhe von:

a) 2010	1.530.727,20 €
b) 2011	1.483.468,52 €
c) 2012	1.501.849,24€

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Gas in Höhe von:

a) 2010	100.399,95 €
b) 2011	98.360,31 €
c) 2012	118.095,44€

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EWV besteht laut Gesellschaftsvertrag aus 21 Mitgliedern.
Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat kein Mitglied vertreten.

b) Beirat

Der Beirat wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten gebildet.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Beirat vertreten:

Verwaltung:	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 11.12.2012)
	Herr Gustl Rinkens (seit dem 15.06.2011)

c) Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung.
Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.
Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:

Herr Bürgermeister Alfred Sonders
(seit dem 27.10.2009)

Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
(seit dem 14.04.2011)

Herr Stv. Marc Schlösser (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH für das Geschäftsjahr 2012

Geschäft und Rahmenbedingungen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Gesamtwirtschaft

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland verlangsamte sich im Laufe des Jahres 2012. Die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts beträgt im Jahr 2012 aller Voraussicht nach 0,8 % (nach Einschätzung des Sachverständigenrates) und liegt damit unter dem Potenzialwachstum von 1,1 %. Die inländische Verwendung entwickelt sich im Zuge einer rückläufigen Investitionstätigkeit schwach, der Außenhandel behauptete sich in einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld und trug maßgeblich zum Wachstum bei. Eine Reihe von Indikatoren deuten darauf hin, dass sich in der zweiten Jahreshälfte allenfalls ein leichter Zuwachs ergeben dürfte und sich die konjunkturelle Dynamik weiter abschwächt.

Die Weltkonjunktur verlor in der ersten Hälfte des Jahres 2012 an Schwung. Nach einem Wachstum von 3,8 % im Jahr 2011 wird die Weltwirtschaft im Jahr 2012 (nach Einschätzung des Sachverständigenrates) voraussichtlich nur mit einer Rate von 3,3 % expandieren. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die Staatsschuldenkrise, die Bankenkrise und die makroökonomische Krise im Euro-Raum zur Mitte des Jahres weiter eskalierten und für ein hohes Maß an Unsicherheit in der Weltwirtschaft sorgten.

Unter der Annahme, dass die Ankündigung der Europäischen Zentralbank vom September 2012, unter bestimmten Bedingungen unbegrenzt an den Märkten für Staatsanleihen zu intervenieren, einen weiteren Anstieg der Unsicherheit verhindert, dürfte die Weltwirtschaft 2013 nur unwesentlich höher als im Jahr 2012 zulegen.

Energiewirtschaft

Die Bundesregierung hat im Sommer 2011 mit der Umsetzung der Energiewende begonnen, die in den nächsten Jahrzehnten zu einem vollständigen Umbau des Systems der Energieversorgung führen soll. Dieser Schritt hat gravierende Auswirkungen auf den Strommarkt in Deutschland: Er wird in den kommenden Jahren im energiepolitischen Zieldreieck zu Lasten der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gehen, ohne dass ein nennenswerter Zugewinn bei der Umweltverträglichkeit garantiert wäre. Im ersten Jahr nach dem Einstieg in die Energiewende können nun erstmals deren bisherige Auswirkungen quantifiziert werden. Der Rückgang bei der Stromerzeugung aus Kernenergie wurde durch einen Zuwachs bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und Braunkohle sowie durch höhere Stromimporte ausgeglichen. Bereits im Jahrzehnt vor dem Beschluss zum beschleunigten Atomausstieg hatten sich durch die Förderung der erneuerbaren Energien erhebliche Kosten angehäuft. Diese Weichenstellungen der Vergangenheit spiegeln sich in den Umlagen wieder, die insbesondere den Endkundenpreis für Strom haben weiter steigen lassen.

Für die kommenden Jahre ergeben sich drei Großbaustellen der Energiewende: Es gilt, den Netzausbau und -umbau voranzutreiben, den Zubau von Kraftwerkskapazitäten, vor allem im Süden Deutschlands, zu gewährleisten und die Kosten für die Förderung der erneuerbaren Energien zu begrenzen. Insgesamt wird die Integration der erneuerbaren Energien in das Stromnetz bei der Umsetzung der Energiewende eine große Hürde darstellen.

Die aktuellen Terminpreise auf den Energiemärkten zeigen die Erwartung, dass die Commodity Preise in den kommenden Jahren allenfalls geringfügig steigen werden. Einerseits gehen die Marktteilnehmer nach wie vor von einer stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung im Euro Raum aus, andererseits scheint die Angebotsituation auf dem Strom- und Gasmarkt ausreichend zu sein. Jedoch steigen die Endkundenpreise bedingt durch Steuern und Umlagen weitaus stärker an.

#

Für die Netzbetreiber war 2012 das vierte Jahr der Anreizregulierung. Die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) ist zuletzt im Juli 2012 durch den Gesetzgeber geändert worden. Im Dezember 2012 trat die letzte Änderung des EnWG in Kraft. Die Änderungen des energiewirtschaftlichen Rechtsrahmens ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die gestiegenen Anforderungen an das Zusammenspiel von Energieerzeugern, Energieversorgern und Netzbetreibern: Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ist Deutschland in den kalten Wochen des vergangenen Februars nur knapp einem Beinahe- Zusammenbruch der Strom- und Gasversorgung entgangen. Um Kapazitätsengpässe - die nicht zuletzt dem im Eiltempo vollzogenen Umbau des Energiesystems geschuldet sind zukünftig vorzubeugen, sind zum Jahreswechsel einschneidende Verschärfungen energiewirtschaftlicher Vorgaben umgesetzt worden.

Die Themen Energiemanagement, Energieeffizienz und neue Technologien werden von EWW genutzt, um sich als innovativer Dienstleister in ihrem Kerngeschäftsfeld Energie zu positionieren. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird aktiv unterstützt und vorangetrieben, wenn gleich die finanziellen Belastungen der Endverbraucher zunehmend erkannt und diskutiert werden.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWW

Die EWW versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen in der Städtereion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen. Im Sinne einer Kunden- und Geschäftsfeldentwicklung werden insbesondere den Geschäftskunden technische Dienstleistungen angeboten, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zum Commodity-Geschäft zu generieren. Die aktuell laufende Kundenbefragung zum Thema Energiedienstleistungen stellt auf die zukünftigen Schwerpunkte dieses Geschäftsfeldes ab.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWW betrieben.

Im Rahmen von Betriebsführungsverträgen führt EWW die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt in der Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt. Über die Beteiligung, an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW) und die Betriebsführung, versorgt die EWW Kunden in der Stadt Würselen mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWW im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWW Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWW Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt.

Mit der Gründung der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH, ist die EWW gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Daneben führt die EWW die kaufmännische Betriebsführung der GREEN durch. Mit der Gründung der GREEN Solar Herzogenrath GmbH wurde das Gesellschaftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert.

Für die Netzgesellschaft regionetz GmbH, an der die EWW zu 50 % beteiligt ist, übernahm die EWW im Berichtsjahr die technische Betriebsführung sowie Dienstleistungen im Caii-Billing Bereich. Ab dem Geschäftsjahr 2013 wird primär die kaufmännische Betriebsführung und Caii-Billing von der EWW erbracht.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Nachdem bereits zum Jahresanfang 2012 einige, wesentliche Konzessionsverträge verlängert wurden, konnten auch alle Verträge mit Laufzeitende in 2012 von EWW verlängert werden. Im Einzelnen sind dies die Gaskonzessionsverträge in Baesweiler, Übach-Palenberg, Roetgen und Simmerath. In Alsdorf wurde sowohl der Stromkonzessionsvertrag als auch der Gaskonzessionsvertrag verlängert. Zudem wurde in Baesweiler auch der Stromkonzessionsvertrag mit RWE verlängert, wo EWW als Pächterin alle mit der Konzession verbundenen technischen und kaufmännischen Aufgaben wahrnimmt.

Der Gas-Konzessionsvertrag mit der Stadt Heinsberg endete bereits am 31. Dezember 2011. Aufgrund eines Rechtsstreits zum Vergabeverfahren wurde die Konzession durch die Stadt Heinsberg in 2012 erneut ausgeschrieben. Im Dezember 2012 hat die Stadt die Konzession an einen Drittanbieter vergeben. EWW hat somit die Gaskonzession in Heinsberg verloren. Der Netzbetrieb des Gebietes Heinsberg erfolgte im konzessionslosen Zustand in 2012 weiter durch die EWW.

Wie in den Vorjahren ist eine Patronatserklärung durch EWW und Stadtwerke Düren an die regionetz GmbH erteilt worden. Die EWW ist darin verpflichtet, gemäß ihrer Beteiligungsquote die regionetz GmbH finanziell und kapitalmäßig so auszustatten, dass sie stets in der Lage ist, ihre jeweils fälligen Verbindlichkeiten fristgemäß und in vollem Umfang zu erfüllen. Die Patronatserklärung lief zum 31. Dezember 2012 aus und wird in Anbetracht der strukturellen Veränderungen zum Jahresende (Trennungsvereinbarung) nicht mehr verlängert.

Die Pacht- und Dienstleistungsverträge mit der regionetz GmbH wurden in 2012 zum Jahresende (31. Dez. 2012) gekündigt und sind neu verhandelt worden. Darüber hinaus wurden die bisherigen SWD-Anteile (50 %) zum 1. Januar 2013 von der SWD zum Nennwert von TEUR 12,5 erworben. Weiterhin wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der regionetz GmbH zum 1. Januar 2013 vereinbart und die Pacht- und Dienstleistungsverträge wurden neu konzipiert.

Ende August 2012 ist bei planmäßigen Untersuchungen der Trinkwasserqualität eine Verkeimung in der Ortslage Weisweiler entdeckt worden. In Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Städteregion Aachen wurde eine Störfallkommission einberufen. Hierbei wurde EWW vom Hygieneinstitut der Uni Bonn in der Bewertung und Ursachensuche unterstützt. Eine Ursache im Versorgungsnetz des Städtischen Wasserwerkes Eschweiler, für die EWW die Betriebsführung ausübt, konnte zeitnah ausgeschlossen und eine ursächliche Beeinträchtigung durch das vorgelagerte Netz des Trinkwasserlieferanten aufgezeigt werden. Die Herkunft und Gründe im vorgelagerten Netz konnten bisher noch nicht eindeutig identifiziert werden.

Im Frühjahr 2012 hat sich die EWW an der Green Solar Herzogenrath GmbH beteiligt. Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist der Bau und Betrieb einer Freiland Photovoltaik-Anlage in Herzogenrath. Mit der Errichtung und dem Betrieb der PV- Anlage und somit den damit erzeugten regenerativ erzeugtem Strom, setzt die EWW auf grüne Energie und deren Chance für die Zukunft. Die Anlage versorgt mit 10 MW Leistung ca. 3.000 Haushalte mit Strom. Die vermiedene CO₂ Emission beträgt rd. 6.000.000 kg/Jahr. Am 3. Mai wurden die Gesellschaftsverträge der EWW Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWW Baesweiler GmbH & Co. KG unterschrieben. Ziel der gemeinsamen Gesellschaft von EWW, WEP (je 45 %) und Stadt Baesweiler (10 %) ist eine ökologisch vorteilhafte und preiswerte Versorgung der Bürger in Baesweiler mit Strom und Wärme. Zu diesem Zweck wird aktuell in Baesweiler-Setterich ein BHKW mit einer Nennleistung von 2 MWh gebaut. Hierüber sollen der gesamte Wärmebedarf sowie ca. 42 % des Strombedarfs in Baesweiler gedeckt werden. Die übrigen Strommengen werden derzeit über eine Windkraftanlage und konventionellen Strombezug bezogen. Die Gesellschaft versorgt ca. 9.500 Bürger mit Strom und ca. 500 Endverbraucher mit Wärme.

Geschäftsverlauf

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2012 belaufen sich auf 351,0 Mio. Euro (Vorjahr: 342,2 Mio. Euro, jeweils inkl. Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 138,2 Mio. Euro (Vorjahr 133,3 Mio. Euro) und auf den Erdgasverkauf 127,9 Mio. Euro (Vorjahr: 116,4 Mio. Euro) sowie 2,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Vom Verteilnetzbetreiber regionetz GmbH wurden 62,2 Mio. Euro (Vorjahr: 71,6 Mio. Euro) an Pachtentgelten und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 20,5 Mio. Euro (Vorjahr: 18,8 Mio. Euro). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Im ersten Quartal 2012 sorgten abwechselnd positive und negative Wirtschaftsnachrichten für eine volatile Preisentwicklung am Strommarkt. Das anschließende zweite Quartal war dann aber von einem beständigen Abwärtstrend geprägt, während dessen die Strompreise um etwa 4 €/MWh fielen. Diese Entwicklung war auf die in diesem Zeitraum ebenso gefallen Rohstoffpreise (Öl, Kohle, Gas) zurückzuführen. In den drei Wochen um den Monatswechsel Juli/August war auf den Energiemärkten der Versuch zu sehen, trotz negativer Konjunkturaussichten höhere Preise durchzusetzen. Ab Mitte August setzte am Strommarkt dann aber wieder der fallende Preistrend ein, der schließlich bis auf Allzeit-Tiefstwerte Anfang Dezember führte.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV, wurden für das Jahr 2012 insgesamt 8 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 8 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2013, gehandelt in 2012.



Die Stromverkaufspreise für Privat- und Gewerbekunden konnten bis Ende März konstant gehalten werden. Zum 01.04.2012 erfolgte eine Preiserhöhung. Die Kundenverluste fielen nach der Preiserhöhung relativ moderat aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Kunden vor einem Lieferantenwechsel intensiv nach Produktalternativen bei der EWV erkundigen. Außerdem ist die Preiserhöhung in einem Marktumfeld erfolgt, in dem die Preiserhöhungen teilweise schon zum 01.01.2012 vollzogen wurden. Zum Jahreswechsel musste aufgrund der gestiegenen Belastungen bei den gesetzlichen Abgaben und der Netzentgelte erneut eine Anpassung der Strompreise erfolgen.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt.

Das Großkundensegment ist weiterhin ein hart umkämpfter Markt mit hohem Preisdruck.

Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke "energyline", unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere auch die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen.

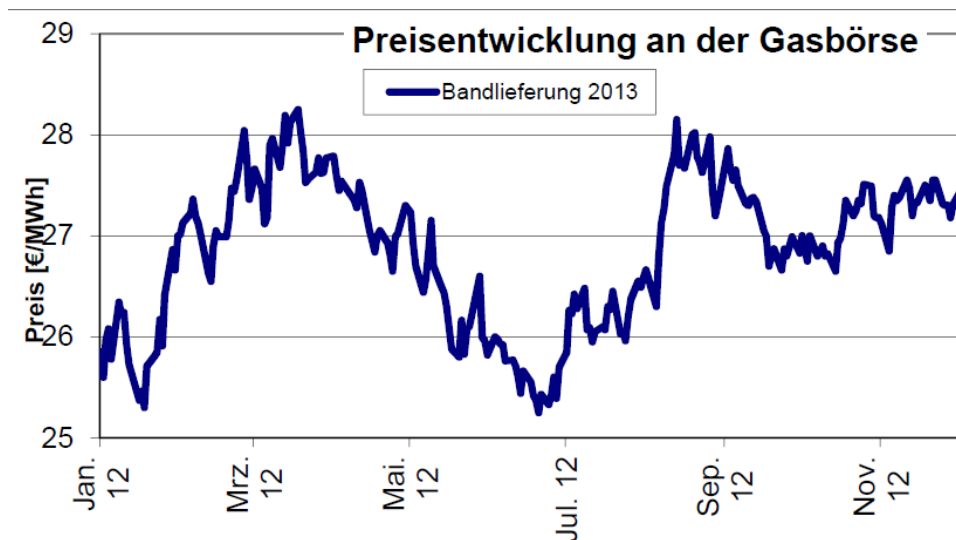
#

Die derzeit laufende Kundenbefragung zum Thema "Energiedienstleistungen" hat zum Ziel, die künftigen Schwerpunkthemen des breiten Themenspektrums "Energiedienstleistungen" herauszuarbeiten und attraktive Marktpotentiale aufzuzeigen.

Die Marke "Enerswitch" ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt auf Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden ab.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Entkopplung des Gasmarktes vom Ölmarkt wirkt sich auch auf die Gasbeschaffung der EWV aus. Auf der Kundenseite werden weit überwiegend am Handelsmarkt orientierte Gaspreise erwartet. Daher wurden auch im Gasbezug weitestgehend ölpreisbasierte Verträge durch Handelsmarktgeschäfte ersetzt. Maßgeblich ist demzufolge - analog zum Strommarkt - die Preisentwicklung an der Energiebörse, die in nachstehender Abbildung dargestellt ist.



Die Preisentwicklung am Gasmarkt war 2012 dreigeteilt: Einem Preisanstieg bis Mitte März folgte ein ebenso deutlicher Preisrückgang bis Mitte Juni. War dieser Verlauf noch analog zum Strommarkt, kam es ab Mitte August zu einer gegensätzlichen Entwicklung. Während der Strompreis zum Jahresende hin neuen Tiefstwerten entgegenstrebte (s.o.), war im Gasmarkt ein steigender Preistrend zu verzeichnen. Marktteilnehmer führten diese Entwicklung vor allem auf den nach wie vor hohen Rohölpreis sowie die sich verknappende Angebotssituation auf dem Erdgasmarkt (hervorgerufen durch weniger LNG-Lieferungen in Europa) zurück.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2012/13 (1. Oktober bis 30. September des Folgejahres) insgesamt 30 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 8 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

In 2012 erfolgte keine Gaspreisanpassung. Dies liegt auch daran, dass die Erdgaspreise weit weniger als die Strompreise von staatlichen Abgaben beeinflusst werden. Auch für die Heizperiode 2012/2013 plant die EWV keine Erdgaspreisanpassung.

Auch im Kundensegment Geschäftskunden ist deutlich eine Verstärkung des Wettbewerbs zu verzeichnen. Dies macht sich insbesondere durch die steigende Zahl der Vertragskündigungen und Abwanderungen von Großkunden bemerkbar.

Zunehmend werden die Verträge unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Marktpreise ausgehandelt. Die ölpreisgebundenen Kundenverträge wurden nahezu vollständig revidiert und in börsenorientierte Produkte überführt.

Entwicklungen im Netzbereich

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2012 stand für den Netzbetreiber regionetz GmbH (kurz: regionetz) ganz im Zeichen der geplanten Umstrukturierung zur "großen Netzgesellschaft" sowie in der Vorbereitung der Trennung vom Netzgebiet der Stadtwerke Düren GmbH (kurz: SWD).

Mit dem Übergang der Mitarbeiter des technischen Betriebs sowie der Mitarbeiter einer Reihe weiterer Servicebereiche, die im Wesentlichen originäre Verteilnetzbetreiberaufgaben übernehmen, kommt die Netzgesellschaft entflechtungsrechtlichen Vorgaben der Bundesnetzagentur nach und sichert auf diese Weise maßgebliche Bestandteile der Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode.

Der Genehmigungsprozess der Gasnetzentgelte für die zweite Regulierungsperiode (Gas) ab 2013 konnte in 2012 abgeschlossen werden. Der Effizienzwert des Gasnetzes der regionetz im bundesweiten Effizienzvergleich konnte nochmals gesteigert werden.

In 2012 begonnen hat der Prüfungsprozess der Stromnetzentgelte für die zweite Regulierungsperiode (Strom) ab 2014 auf Basis des Fotojahres 2011. Hier zeichnen sich bereits heute Einschnitte bei den sogenannten anererkennungsfähigen "Kapitalkosten" ("CAPEX") ab, die zu einer deutlichen Absenkung der Erlösobergrenze für das Stromnetz führen wird. Folge dieser Regulierungspraxis wird sein, dass durch gezielte Investitionsmaßnahmen die sogenannte "Regulated Asset Base" - also der verzinsungsfähige Kapitalstock - in den nächsten Jahren wieder aufgebaut werden muss. Auch für den Bereich des Stromnetzes erwartet regionetz eine überdurchschnittliche Effizienz im anstehenden Effizienzvergleich.

Neben den bestehenden Herausforderungen netzwirtschaftlicher Art wird im Zuge der zunehmenden Anzahl an Photovoltaik-Anlagen im Netzgebiet der regionetz ein mehrjähriges Programm zur Ertüchtigung und Modernisierung der Wechselrichter dieser Anlagen durchgeführt werden. Diese Maßnahmen sind federführend von den Verteilnetzbetreibern in Deutschland umzusetzen, um die Netzfrequenz bei zunehmend volatilerer Einspeisung erneuerbarer Energiequellen dauerhaft und zu jeder Zeit stabil zu halten.

Nach der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) besteht bei Letztverbrauchern mit einem Jahresverbrauch von mehr als 6.000 kWh (§ 21c, Abs. 1, b)) und bei EEG-Anlagen von mehr als 7 kW (§ 21c, Abs. 1, c)) eine Einbaupflicht von Messsystemen, welche in ein Kommunikationsnetz einzubinden sind (§ 21d, Abs. 1). Durch das Bundesministerium der Wirtschaft ist eine umfängliche Kosten-, Nutzenanalyse zur gesamtwirtschaftlichen Betrachtung in Auftrag gegeben worden. Die Ergebnisse werden für Anfang 2013 erwartet und werden die Grundlage für weitere rechtliche Regelungen darstellen. Hierbei sind auch die auszutauschenden Mengen Gegenstand der Betrachtungen. Hieraus können sich weitere Anforderungen, welche dann umzusetzen sind, ergeben.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresüberschuss von 13,7 Mio. Euro (Vorjahr 11,1 Mio. Euro). Maßgeblich beeinflusst wird der Jahresüberschuss von der Geschäftsentwicklung in den Sparten Erdgas und Strom.

Die Abgabemenge an Endkunden liegt mit 753 GWh im Strom aufgrund der verbesserten Konjunkturlage und der damit verbundenen Absatzsteigerung im Großkundenbereich leicht über dem Vorjahr (735 GWh). Die Umsatzerlöse Strom liegen um 4,5 Mio. Euro über dem Vorjahr.

Die Erdgasabsatzmenge 2012 liegt mit 2.185 GWh leicht über dem Vorjahr (2.063 GWh). Der Mengenzuwachs resultiert überwiegend aus Temperatureffekten.

Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen aufgrund der Absatzsteigerung und des geänderten Preisniveaus (letzte Preissteigerung 1. Sept. 2011) um 10,8 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um 550 TEuro über dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen ist der Anstieg auf höhere Erträge aus Rückstellungsaufösungen zurückzuführen.

Der Personalaufwand reduziert sich insgesamt in 2012 um 630 TEuro gegenüber 2011. Im Bereich der direkten Personalkosten war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg aufgrund von Tarifsteigerungen und Mehrarbeit im technischen Bereich zu verzeichnen. Auf der andere Seite enthält der Personalaufwand von 2011 einen Sondereffekt in Form einer Rückstellung für Frühverrentung der Mitarbeiter in Höhe von 1.800 TEuro sowie einen gegenüber 2012 um 700 TEuro höheren Aufwand aus der Dotierung der Pensionsrückstellung, so dass sich im Saldo für 2012 ein niedrigerer Personalaufwand ergibt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund von höheren Abschreibungen auf Forderungen um 1,582 TEuro über dem Vorjahreswert.

Die Zinserträge reduzieren sich gegenüber dem Vorjahr um 300 TEuro, im Wesentlichen aufgrund der Verzinsung der Forderungskonten gegenüber der regionetz GmbH.

Die Zinsaufwendungen betragen im Berichtsjahr 4.464 TEuro (Vorjahr: 4.921 TEuro) und liegen somit um 457 TEuro unter dem Vorjahresniveau.

Im außerordentlichen Aufwand ist die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 832 TEuro (Vorjahr: 832 TEuro) aufgrund der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes abgebildet.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 15,6 Mio. Euro getätigt.

Im Strombereich wurden mehrere Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt. Dabei wurden insgesamt 6.160 Meter Mittelspannungsleitung und 1.580 Meter Niederspannungsleitung bzw. Straßenbeleuchtungskabel erneuert. Auch wurde der Freileitungsrückbau weiterhin vorangetrieben. Dabei sind die Reduzierung des betrieblichen Aufwandes sowie die Erhöhung der Versorgungssicherheit und der Vogelschutz die wesentlichen Treiber. Insgesamt wurden in 2012 in den von EWV/regionetz betriebenen Stromnetzgebieten 2.700 Meter Freileitung durch erdverlegte Kabel ersetzt.

EWV ist als Eigentümer, Contractor oder Betriebsführer in der Region im Bereich Straßenbeleuchtung tätig. EWV ist hier bzgl. des LED-Einsatzes führend. Zum Beispiel wurden allein im Stadtgebiet Alsdorf in 2012 ca. 2.500 Leuchtstellen auf LED umgerüstet.

Im Gasbereich wurde die bereits in 2011 begonnene Erschließung der Innenstadt Monschau in 2012 mit 635 Meter Neuverlegung fortgesetzt.

Seit dem 01.07.2011 wird von EWV/regionetz die Verdichtung von Netzanschlüssen am vorhandenen Gasverteilnetz durch einen äußerst günstigen Netzanschlussbeitrag forciert. Der Kunde zahlt für einen Standardnetzanschluss nur 500 EUR zzgl. MwSt. Dieser Preis wurde auch in 2012 beibehalten. Insgesamt wurde mit ca. 2.000 neuen Netzanschlüssen in 2012 das Volumen der Vorjahre deutlich erhöht.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2012 beschäftigte die EWV durchschnittlich 434 (Vorjahr: 428) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bei uns 31 Menschen in einer Ausbildung zur/zum Industriekauffrau /-mann, Elektroniker/in für Betriebstechnik und in den Ausbildungsberufen mit integriertem Studium zur/zum Industriekaufmann BWL Praxisverbund Lehre und Studium (PLuS) sowie Elektrotechnik PLuS.

Die freiwillige Altersteilzeitregelung befindet sich weiterhin in der Auslaufphase. Ende 2012 befanden sich ein Arbeitnehmer in der Arbeitsphase und sechs in der Freistellungsphase der Altersteilzeit

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,3 Mio. Euro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 483.

Zum Zweck einer ausgewogenen Altersstruktur und der Beschleunigung des Generationenwechsels bot die EWV ein Modell zur vorzeitigen Altersrente an. Dieses Modell befindet sich zurzeit in der Umsetzung.

Strategische Personalplanung

Zusammen mit einem externen Berater wurde ein Pilotprojekt zum Thema strategische Personalplanung in der Hauptabteilung Technik initiiert. Ziel des Projektes ist es, die vorhandenen Mitarbeiter optimal auf zukünftige Anforderungen vorzubereiten sowie den zukünftigen Personalbedarf qualitativ und quantitativ eindeutig zu bemessen.

Potenzialanalyse, Führungskräftenachwuchs und Kundenorientierung

Auf Basis der in 2011 durchgeführten Potenzialanalyse wurden in 2012 zehn Potenzialkandidaten ermittelt. Diese werden durch ein zweijähriges Förderprogramm in besonderem Maße dabei unterstützt, innerhalb der EWV in den nächsten Jahren ihre Karriere konstant auszubauen und dabei einen wichtigen Beitrag für die künftigen Herausforderungen des Unternehmens zu leisten.

In 2012 wurde erneut ein Führungskräftenachwuchsprogramm gestartet. In einer 18 monatigen Maßnahme lernen die Teilnehmer alle Instrumente für eine erfolgreiche Führungsarbeit kennen. Die EWV verfolgt hierbei konsequent den Ausbau der Führungskompetenzen und sichert damit die Anwendung der Führungsleitlinien.

Um herauszufinden, welche fachlichen und persönlichen Anforderungen Mitarbeiter und Führungskräfte an die Querschnittsabteilungen haben, finden zurzeit mehrere Workshops statt. Ziel ist es, die künftigen Anforderungen der internen Kunden so konkret wie möglich zu definieren und festzulegen, wie die damit verbundenen Aufgaben optimal organisiert werden.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter. Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: "Jeder Mitarbeiter geht so gesund nach Hause, wie er gekommen ist."

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördern wir den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

Im Rahmen der Energie-Effizienz-Initiative der EWV ist auch in 2012 der Ausbau der Elektromobilität im Versorgungsgebiet vorangetrieben worden. Von den insgesamt 16 projektierten Ladestationen sind bereits 15 errichtet, insgesamt sind 7 Fahrzeuge in Betrieb.

Die EWV hat 2012 im Rahmen des Mikro-KWK-Feldversuchs die fünfte Anlage in Betrieb genommen. Diese stromerzeugenden Heizungen sollen im Rahmen der Energiewende für den Ersatz von Altanlagen in der Zukunft eine immer stärkere Rolle spielen.

Tätigkeitenabschlüsse

EWV ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne § 3 Nr. 38 EnWG. In diesem Zusammenhang erstellt die EWV in folgenden Bereichen Tätigkeitenabschlüsse nach EnWG, so wie diese erforderlich wären, wenn diese Tätigkeiten von einem rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung

Getrennte Konten werden darüber hinaus geführt für andere Aktivitäten innerhalb des Elektrizitätssektors, andere Aktivitäten innerhalb des Gassektors und andere Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Im Regelfall erfolgt in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen eine direkte Zuordnung zu den Unternehmenstätigkeiten. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist oder aufgrund unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar erscheint, wird eine Zuordnung durch sachgerechte Schlüssel vorgenommen.

Die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Bilanzsumme in der einzelnen Tätigkeiten entwickelte sich wie folgt:

	Elektrizitätsverteilung		Gasverteilung	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Umsatzerlöse	16.277	23.992	14.878	16.923
Jahresüberschuss	-1.063	2.648	5.300	4.806
Bilanzsumme	30.762	38.208	84.905	85.228

Die Umsatzerlöse der Elektrizitätsverteilung in Höhe von 16.277 TEuro setzen sich zusammen aus Erträgen aus der Auflösung der Baukostenzuschüsse und Netzanschlusskostenbeiträge (1.030 TEuro) sowie 15.247 TEuro Erlöse aus der Verpachtungstätigkeit an regionetz GmbH.

Die Umsatzerlöse Gasverteilung in Höhe von 14.878 TEuro setzen sich zusammen aus Erträgen aus der Auflösung der Baukostenzuschüsse und Netzanschlusskostenbeiträge (1.343 TEuro) sowie 13.535 TEuro aus der Verpachtungstätigkeit an regionetz GmbH.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva						
Anlagevermögen	144.151	65,5	138.194	67,0	5.957	43,2
Umlaufvermögen	75.502	34,3	67.639	32,8	7.863	57,1
Rechnungsabgrenzungsposten	334	0,2	379	0,2	-45	-0,3
	219.987	100,0	206.212	100,0	13.775	100,0
Passiva						
Eigenkapital	41.546	18,9	38.898	18,9	2.648	19,2
Baukostenzuschüsse und	26.589	12,1	27.665	13,4	-1.076	-7,8
Sonderposten für						
Investitionszuschüsse	100.387	45,6	86.037	41,7	14.350	104,2
Rückstellungen	51.465	23,4	53.613	26,0	-2.148	-15,6
Verbindlichkeiten	219.987	100,0	206.213	100,0	13.774	100,0

Die Vermögenslage ist als stabil zu bezeichnen. Der Zuwachs der Bilanzsumme um 13,7 Mio. Euro ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Erhöhung des Anlagevermögens zurückzuführen und auf der Passivseite vor allem durch höhere Rückstellungen geprägt. Die höheren Rückstellungen sind im Wesentlichen durch die Rückstellungen für Netznutzungsentgelte verursacht.

Das Bilanzbild zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 65,5 % (Vorjahr 67,0 %). 70,0 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie mittel- und langfristiges Fremdkapital decken das Anlagevermögen zu 91,7 % (Vorjahr 93,3 %).

Unter Einbeziehung von 70 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich eine Eigenkapitalquote (-bezogen auf das gezeichnete Kapital und Rücklagen-) von 21,1 % (Vorjahr 22,9 %).

Finanzlage

Es bestehen Kreditlinien bei Geschäftsbanken, die von Fall zu Fall in Anspruch genommen wurden. Hierdurch wird gewährleistet, dass Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen kurzfristig ausgeglichen werden können.

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Angaben in TEuro	2012	2011
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	28.540	30.658
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-18.281	-14.158
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-12.375	-16.758
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-2.116	-258

Im Geschäftsjahr 2012 betrug der Cashflow aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit 28,5 Mio. Euro. Die Investitionen in das Anlagevermögen sowie die laufenden Tilgungen langfristiger Darlehen konnten aus dem Cashflow finanziert werden.

#

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Abschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden - basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises - für das nächste Abrechnungsjahr festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dem entsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird. Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres betrug 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 2,4 Mio. Euro), der Guthaben bei Kreditinstituten sowie kurzfristige Bankschulden mit einschließt.

Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2012		2011	
	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer)	323.949	100,0%	316.271	100,0%
Materialaufwand	-220.096	-67,9%	-210.490	-66,6%
Rohergebnis	103.853	32,1%	105.781	33,4%
Andere betriebliche Erträge	7.394	2,3%	6.665	2,1%
Andere betriebliche Aufwendungen	-85.230	-26,3%	-84.212	-26,6%
Betriebsergebnis	26.017	8,0%	28.234	8,9%
Außerordentlicher Aufwand	-832	-0,3%	-832	-0,3%
Finanzergebnis	-3.929	-1,2%	-4.349	-1,4%
Steueraufwand	-7.556	-2,3%	-12.002	-3,8%
Jahresüberschuss	13.700	4,2%	11.051	3,5%

Die Abgabemenge an Endkunden ist im Strom aufgrund höherer Absatzmengen im Geschäftskundenbereich leicht höher als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse Strom liegen um 5,0 Mio. Euro über dem Vorjahr. Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen im Wesentlichen aufgrund der temperaturbedingten Mengenzuwächse um 10,8 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Der Materialaufwand stieg u.a. aufgrund von Mehrmenge und Sondereffekten (Pönale für Nicht-Erreichung von Mindestabnahmemenge im Gas i.H.v. 600 TEuro sowie 3,6 Mio. Euro gestiegener Ausgleichsenergie im Bereich Strom). Die anderen betrieblichen Erträge liegen primär aufgrund von Rückstellungseffekten um 729 TEuro über Vorjahresniveau.

Die übrigen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund von höheren Wertberichtigungen auf Forderungen sowie höheren EDV-Aufwendungen über dem Vorjahreswert

Die vorgenannten Effekte haben im Saldo zu einem im Vorjahresvergleich geringeren Betriebsergebnis geführt.

Im außerordentlichen Aufwand ist der Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen aufgrund Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB.

Der Steueraufwand liegt aufgrund von außergewöhnlichen Effekten in 2011 - insbesondere Steuernachbelastungen aus der steuerlichen Betriebsprüfung - unter dem Vorjahr.

Auf Grundlage des Jahresüberschusses ermittelt sich eine Umsatzrendite von 4,2 % (Vorjahr 3,5 %) sowie eine bilanzielle Eigenkapitalrendite von 49,2 % (Vorjahr 39,7 %). Die EBIT-Marge beträgt 7,9 % (Vorjahr 8,8 %).

#

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risikobericht

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2010 aktualisierten RWE- Konzernrichtlinie "Risikomanagement" aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Die Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWV in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert.

Im Rahmen des Systems werden sowohl halbjährlich die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet als auch im Rahmen der Mittelfristplanung ein dreijähriges Risikoszenario dargestellt. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein halbjährlich aktualisiertes Risikoportfolio, welches potentielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

Auch in 2013 ist mit weiteren aggressiven Angriffen von Wettbewerbern und steigenden Wechslerzahlen im Strom- und Gasbereich zu rechnen. Auch das Insolvenzrisiko von Kunden ist aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung tendenziell zunehmend.

Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt führt zu einem schleichenden Absatzverlust Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle und temperaturbedingte Absatzrisiken.

Mit einem entsprechenden Portfolio an kundenorientierten Produkten und einer erweiterten Dienstleistungsangebot wird dem Risiko von weiteren Kundenverlusten entgegengewirkt.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Betriebsrisiken

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht.

Die von der EWV voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung unserer Beteiligungsgesellschaften; Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Im Rahmen des regelmäßig tagenden Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen in Form von Kundenbindungsprogrammen, Produktmanagement und strukturierten Beschaffungsvorgängen beschlossen.

Die Liberalisierung im Messwesen hat sich noch nicht flächendeckend etabliert. Hier ist jedoch mittelfristig mit einem steigenden Wettbewerb und dem Verlust von "Zähler- und Messkunden" zu rechnen. Hier kann eine ähnliche Entwicklung wie bei dem Lieferantenwechsel angenommen werden.

Im Rahmen der Neufassung von § 19 Abs. 2 StromNEV erfolgt ab 2012 eine bundesweit einheitliche Umlage für Letztverbraucher, die zusätzlich zu den Netzentgelten in Rechnung gestellt wird. Für die Weitergabe der Mehrkosten an die Kunden gibt es derzeit keine gesetzliche Regelung.

Darüber hinaus erfolgten mehrere Grundsatzurteile des Bundesgerichtshofes zu sogenannten "Preisgleitklauseln". Der BGH hat darin die Leitbildfunktion der Gasgrundversorgungsverordnung (GasGW) im Grundsatz anerkannt. Die Richter halten die auf Grundlage dieser Verordnung ausgestalteten Klauseln in Gaslieferverträgen für wirksam. Die EWV verwendete zu diesem Zeitpunkt bereits diese Klausel in ihren Verträgen.

Außerdem besteht das Risiko des Verlustes von Konzessionsverträgen nach Auslaufen der bestehenden Verträge. EWV überwacht die Fristen der auslaufenden Verträge und beteiligt sich form- und fristgerecht an entsprechenden Ausschreibungen durch Angebotsabgabe.

Des Weiteren bestehen Rechtsstreitigkeiten aus dem Verkauf von Netzteilen.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen**Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor**

Mit der Diskussion über den Atomausstieg ist in die Öffentlichkeit das längst vergessene Thema der Versorgungssicherheit gerückt. Mit Versorgungsausfällen wird in der Branche nicht gerechnet. Randbedingung hierfür ist aber ein rascher Netzausbau.

Dies hat zur Folge, dass die Netzentgelte des Verteilnetzbetreibers regionetz GmbH, bedingt durch die vorgelagerten Netzbetreiber, in den kommenden Jahren deutlich ansteigen und in der Kaskade der Netzbetreiber auch anteilig bei regionetz GmbH ankommen werden.

Im Bereich der Gasnetze hat der vorgelagerte Netzbetreiber Thyssengas sein Preismodell umgestellt, so dass die Preise für Netzkapazität in 2013 ansteigen werden.

In Zukunft wird es auch Aufgabe der EWW sein, den Kunden die Energiewende als Chance für die individuelle Energieversorgung zu vermitteln, idealerweise in Verbindung mit Lieferung und Leistungen der EWW.

Zum Jahreswechsel 2012/2013 hat der Gesetzgeber eine Reihe weiterer Kostenumlagen verabschiedet, die im Zusammenhang mit der Energiewende zu sehen sind - wie etwa die Offshore-Umlage. Auch der Netzbetreiber regionetz wird diese neuen Umlagen von den Netzkunden erheben müssen. 2013 wird im Bereich des Stromnetzes das letzte Jahr der ersten Regulierungsperiode sein.

Im Bereich der Gasnetze beginnt in 2013 das erste Jahr der zweiten Regulierungsperiode. Die Regulierungsbehörde hat der regionetz eine im Vergleich zur ersten Regulierungsperiode nochmals verbesserte Effizienz bescheinigt. Die Attraktivität der Gasversorgung wird für die Netzkunden durch die effiziente Arbeit und gezielte Maßnahmen des Netzbetreibers weiter steigen. Auf der anderen Seite führen - wie im Vorjahr - hohe Netzentgelte des vorgelagerten Netzbetreibers Thyssengas zu Kostenbelastungen, die an die Netzkunden weitergegeben werden müssen. Durch die ungebrochene Attraktivität von Gas-Hausanschlüssen - und damit eine steigende Anzahl an Gasnetzkunden - werden die spezifischen Belastungen der Netzkunden jedoch eingedämmt.

Strategische Entwicklung der EWW Aufbau neuer Geschäftsfelder

In 2012 hat die Green Gecco GmbH & Co. KG weitere Windparks in Nord- und Westdeutschland erworben. Insgesamt engagiert sich Green Gecco GmbH & Co. KG aktuell und künftig bei 5 großen Windkraftprojekten (Schottland (An Suidhe)), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup (ab 2013)), Niedersachsen (Düshorner Heide (ab 2013)) und Nordrhein-Westfalen (Titz (ab 2013))). EWW ist mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green Gecco GmbH & Co. KG beteiligt ist.

Im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung wird ein für die EWW innovatives Projekt weiter verfolgt. Durch die erfolgte Gründung der Gesellschaft EWW Baesweiler GmbH & Co. KG, Baesweiler, gemeinsam mit der WEP Wärme-, Energie- und Prozesstechnik GmbH, Hückelhoven, und der Stadt Baesweiler im Jahr 2012 soll eine Erzeugung und Vermarktung von Strom und Wärme vor Ort in Kraft-Wärme-Kopplung realisiert werden.

Im Bereich der erneuerbaren Energien treibt die EWV gemeinsam mit ihren Beteiligungen Green Gecco, GREEN GmbH, Stolberg, und Green Solar Herzogenrath GmbH, Herzogenrath, den Ausbau der regenerativen Energieproduktion weiter voran. Es befinden sich diverse Projekte im Bereich PV und Wind in Planung.

Kooperationen

Im Oktober 2011 wurde mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk das Beratungszentrum effeff.ac in Aachen eröffnet. Nach nunmehr 2 Jahren hat sich das Beratungszentrum im Markt etabliert und ist damit zu einem wichtigen Baustein im Beratungsnetzwerk der EWV geworden.

Effizienzsteigerung in bestehenden Geschäftsfeldern

In den Geschäftsfeldern Erdgas und Strom ist die EWV mittlerweile in der Lage, zahlreiche Vertriebskanäle effizient anzusteuern. Zum Jahresende 2012 erfolgte die bisher größte Bündelung vertrieblicher Aktivitäten in den Bereichen Neukundengewinnung, Bestandskundenbindung und Produktneueinführung.

Am 9. Oktober 2012 wurde von der Geschäftsführung ein Projektauftrag für ein umfassendes Projekt zur Kosten- und Prozessoptimierung inklusive einer ausführlichen Geschäftsfeldanalyse unterschrieben. Ziel ist es, die prognostizierten Ergebnisverschlechterungen durch Prozess- und Kostenverbesserungen insbesondere in den Bereichen Technik und Shared-Services zu kompensieren. Darüber hinaus wurden bei EWV strategische Geschäftsfelder definiert und diesen Erlöse und Kosten zugeordnet. In 2013 sollen nun Vorschläge erarbeitet werden, wie die Ertragslage in den Geschäftsfeldern sukzessive verbessert werden kann. Ferner sollen Ideen für neue Geschäftsfelder mit Hilfe von individuellen Business Gases bewertet werden.

Im Juni 2012 konnte die gesamte EWV durch die Auditoren des TÜV Rheinland wieder das Zertifikat für ein normenkonformes Qualitätsmanagement-System auf Basis der DIN EN ISO 9001 entgegen nehmen. Aus Sicht der Geschäftsführung ist das QM-System in Verbindung mit dem Technischen Sicherheitsmanagementsystem (TSM) wesentliche Grundlage für eine sichere und effiziente Energie- und Wasserversorgung sowie die Basis für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Ausblick

Die bislang bestehende Kooperation zwischen EWV und den Stadtwerken Düren zur Führung der gemeinsamen Netzgesellschaft regionetz wurde zum 31.12.2012 gekündigt. Die EWV wird die bisherige regionetz ab dem 1. Januar 2013 als eigene Netzgesellschaft alleine betreiben. Im Zuge der Umstrukturierung bei der EWV und der regionetz werden 222 Arbeitnehmer, die dem Netzbereich der EWV zugeordnet sind, im Wege eines Betriebsübergangs nach § 613a BGB auf die regionetz überführt. Mit dem Übergang der Arbeitsverhältnisse tritt die regionetz automatisch in alle Rechte und Pflichten aus den bisherigen Arbeitsverhältnissen der EWV ein. Aus den in diesem Rahmen geschlossenen Verträgen entstehen Verpflichtungen gegenüber regionetz i.H.v. 14,2 Mio. Euro.

Das Projekt zur Kosten- und Prozessverbesserung wird den Aufbau einer Prozesskostenrechnung mit einer unternehmensweiten, arbeitsauftragsbezogenen Stundenerfassung aller Mitarbeiter zur Folge haben.

Zur weiteren Effizienzsteigerung ist zum 01.01.2015 die Einführung eines neuen ERP- Systems in den Kernbereichen des Shared Services geplant. Ein entsprechendes Integrationsprojekt wird im Herbst 2013 starten.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage unserer Planung in den Jahren 2013 und 2014 jeweils rund 277 Mio. Euro betragen. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert aus dem Wegfall der Dienstleistungen gegenüber der regionetz, steigender Wettbewerbsintensität sowie der Ausgliederung von Kundenverträgen in die EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, Baesweiler. Der Jahresüberschuss wird sich in 2013 um 15% gegenüber 2012 und in 2014 um 19% gegenüber 2012 erhöhen. Die Erhöhung des Jahresüberschusses wird u.a. durch

#

steigende Beteiligungserträge sowie durch die Optimierung der Kostenstrukturen erwartet.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2012 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Stolberg, den 30. Januar 2013

EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Die Geschäftsführung

(Manfred Schröder)

enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath

Allgemeine Angaben

Firma	enwor - energie & wasser vor ort
Sitz	Kaiserstraße 86 52124 Herzogenrath
E-mail	info@enwor-vorort.de
Homepage	www.enwor-vorort.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	28.05.2004 in der derzeit gültigen Fassung (letzte Änderung 19.05.2011)
Geschäftsführer	Dipl.-Kfm. Herbert Pagel Dipl.-Ing. Friedrich Brinkmann
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung
Stammkapital	21.007.400 €
Anteil der Stadt in €	550.250 €
Mitarbeiter	310

Gesellschafter

StädteRegion Aachen	55,810%
Stadt Herzogenrath	27,896%
Stadt Würselen	11,891%
Stadt Alsdorf	2,619%
Städt. Wasserwerk Eschweiler	1,522%
Stadt Baesweiler	0,250%
Ost-West GmbH	0,006%
1 ehem. Aktionär	0,006%

Wesentliche Beteiligungen

Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen	50,000%
enwor - wärme vor ort GmbH, Herzogenrath	100,000%
Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen	49,000%
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH, Aachen	30,000%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der *enwor- energie und wasser vor ort* GmbH um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.936.135,00	5.221.884,00	5.645.346,00
II. Sachanlagen	119.445.551,00	121.227.171,00	120.756.830,00
III. Finanzanlagen	21.566.731,27	20.697.779,99	17.538.282,77
C. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.575.210,61	885.677,44	812.318,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.167.856,06	15.851.956,15	16.467.200,08
III. Wertpapiere		0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	170.105,59	2.735.487,65	4.061.780,34
D. Rechnungsabgrenzungsposten	198.539,26	228.792,19	105.503,97
	163.060.128,79	166.848.748,42	165.387.261,96
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	21.007.400,00	21.007.400,00	21.007.400,00
II. Kapitalrücklage	3.555.707,57	3.555.707,57	3.555.707,57
III. Gewinnrücklagen	9.627.365,73	9.014.276,18	8.886.202,04
IV. Jahresüberschuss	8.088.808,24	8.613.089,55	8.628.074,14
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	11.850.422,00	11.144.080,00	10.386.776,00
C. Rückstellungen	58.539.641,01	56.417.747,89	56.111.528,78
D. Verbindlichkeiten	45.402.051,44	50.632.390,43	49.419.475,63
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.988.732,80	6.464.056,80	7.392.097,80
	163.060.128,79	166.848.748,42	165.387.261,96

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	126.406.656,77	124.898.277,17	121.695.441,16
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	107.675,23	34.775,45	19.185,34
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.489.821,00	1.656.722,00	1.327.388,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	8.599.857,34	7.848.470,73	8.014.950,74
5. Materialaufwand	77.829.052,15	74.899.357,98	70.804.383,30
6. Personalaufwand	22.194.185,00	21.295.300,47	21.649.211,79
7. Abschreibungen	8.952.426,00	8.939.322,00	8.663.794,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.782.713,31	12.324.970,50	12.274.833,16
9. Erträge aus Beteiligungen	696.714,71	627.637,65	435.649,24
10. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	546.722,33	385.424,01	282.868,47
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	32.023,41	29.316,81	27.385,70
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	312.945,09	125.189,64	106.432,98
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00	126.060,60
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.652.445,89	4.927.517,86	4.582.043,53
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.781.593,53	13.219.344,65	13.770.604,57
16. außerordentliche Aufwendungen	422.152,00	422.152,00	784.081,00
17. außerordentliches Ergebnis	-422.152,00	-422.152,00	-784.081,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.247.601,54	3.855.225,98	4.526.660,56
19. sonstige Steuern	23.031,75	328.877,12	-168.211,13
20. Jahresüberschuss	8.088.808,24	8.613.089,55	8.628.074,14

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalquote	32,31%	31,72%	32,19%
Fremdkapitalquote	67,69%	68,28%	67,81%
Anlagendeckung I	28,97%	28,67%	29,23%
Anlagendeckung II	99,04%	98,33%	100,51%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2010	187.408,72 €
b) 2011	176.384,68 €
c) 2012	176.384,68 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2010	34,06 %
b) 2011	32,05 %
c) 2012	32,05 %

Die enwor GmbH zahlte Konzessionsabgaben für Wasser in Höhe von:

a) 2010	678.265,32 €
b) 2011	672.643,38 €
c) 2012	666.450,86€

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Städteregionsrat der Städteregion Aachen ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)
	Vertreter: Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 14.04.2011)

b) Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet je einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)
	Vertreter: Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 14.04.2011)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Der im Jahr 2011 unter dem Stichwort "Energiewende" begonnene Prozess der Neuorientierung in der Energiepolitik war auch im Jahr 2012 das in der Branche alles beherrschende Thema. Während über die Ziele der Energiewende, nämlich dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energiequellen, weiterhin in Politik und Gesellschaft große Einigkeit besteht, wird über die Wege dorthin und die Abstimmung und Schnelligkeit der Prozesse zunehmend heftiger gestritten. Das erst im Jahr 2005 neugefasste Energiewirtschaftsgesetz wurde nach der Energiewende im Jahr 2011 umfassend novelliert und bereits im August und Dezember 2012 zusätzlichen Ergänzungen und Änderungen unterworfen.

Diese Kurzatmigkeit politischer Entscheidungen und Schnelligkeit in der Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen sind Gift für eine Branche, die für ihre langfristigen Investitionsvorhaben entsprechende Planungssicherheit braucht. Investitionsentscheidungen, die heute energiepolitisch und betriebswirtschaftlich notwendig und sinnvoll sind, können und dürfen nicht morgen durch Änderung der gesetzlichen Grundlagen konterkariert werden.

Die Flut gesetzlicher und regulatorischer Neuerungen macht den Energiemarkt nicht nur für die Versorgungsunternehmen schwer kalkulierbar, sondern auch für den Letztverbraucher nahezu undurchschaubar. So ist aktuell im Januar 2013 der Endverbraucherstrompreis mit sieben verschiedenen gesetzlichen Abgaben belastet, die in Summe bereits mehr als 50 Prozent des Strompreises ausmachen (EEG-Umlage, KWK-Umlage, Stromsteuer, Konzessionsabgabe, § 19 StromNEV-Umlage, Offshore-Umlage, Umsatzsteuer). Doch damit nicht genug, ist bereits in der letzten EnWG-Änderung vom 20. Dezember 2012 die gesetzliche Grundlage für die nächste und damit achte gesetzliche Abgabe auf den Strompreis unter dem Begriff "Systemstabilisierungszulage" geschaffen. Diese Intransparenz fördert beim Endkunden ein grundsätzliches Misstrauen gegen die gesamte Branche, wodurch auch unsere vertrieblichen Prozesse erheblich erschwert werden.

Obwohl die enwor - energie und wasser vor ort GmbH eher zu den kleinen Energieversorgungsunternehmen zählt, können wir uns den Folgen der sich schnell ändernden Rahmenbedingungen nicht gänzlich entziehen. Durch eine in den letzten Jahren aufgebaute, breit gefächerte Unternehmensstruktur, eingebettet in zahlreiche regionale und bundesweite Kooperationen, können wir jedoch die Auswirkungen einzelner Maßnahmen besser ausbalancieren. Die enwor ist mit den Produkten Strom, Gas, Wasser, Fernwärme und Telekommunikation im Markt aktiv und besetzt die Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Transport, Vertrieb und nachgelagerte Dienstleistung. Auch in der nächsten darunterliegenden Ebene sind wir z.B. in unserem Erzeugungsportfolio Strom mit den Primärenergieträgern Gas, Kohle und Erneuerbare Energien wiederum sehr diversifiziert aufgestellt.

Dieses breite Unternehmensspektrum gibt uns die Möglichkeit, z.B. im Rahmen der jährlich mit unserem Aufsichtsrat geführten Strategiediskussion in Teilbereichen der Geschäftspolitik Anpassungsmaßnahmen durchzuführen. Hierdurch tragen wir einerseits den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung und können andererseits das Gesamtunternehmen enwor weiter erfolgreich im Markt stabilisieren.

Marktentwicklungen

Gegenüber der politischen, gesetzgeberischen und regulatorischen Entwicklung war die wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2012 weniger wechselhaft. Zwar war europaweit die Euro-Krise und die faktische oder drohende Überschuldung einiger Mitgliedsstaaten das wirtschaftspolitisch alles beherrschende Thema, dem gegenüber zeigte sich jedoch die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt in überraschend robuster Verfassung. Infolgedessen hat sich auch die Energie- und Wasserversorgung auf gutem

#

Vorjahresniveau weiter stabilisiert.

Während der Wettbewerb um Neukunden weiterhin insbesondere von neuen Marktteilnehmern mit großer Schärfe und teils absurden Preismodellen geführt wird, hat sich das enwor-Konzept der langfristig ausgerichteten Kundenbindung im Absatzmarkt, gekoppelt mit einem synchron gesteuerten langfristigen Portfoliomanagement in der Beschaffung, erfolgreich behauptet. Vor dem Hintergrund sinkender Energieerzeugungspreise konnten gerade im Sondervertragskundensegment mehrjährige Lieferverträge abgeschlossen werden, die auch für die mittlere Zukunft unser Absatzportfolio deutlich stabilisieren werden.

Die Entwicklung im Strommarkt

Strom Netz

enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und betreut dort 56.862 Verträge, was einer Steigerung von 1.672 Verträgen gegenüber der Anzahl von 55.190 im Vorjahr entspricht. Gleichzeitig ist die Jahresnetzlast leicht gestiegen auf 342,3 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert von 337,6 Mio. kWh. Auch die Durchleitungsmengen für Fremdlieferanten sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 weiter angestiegen von 111,9 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 121,7 Mio. kWh.

Die Gesamterlöse des Stromnetzbetriebes ohne Hochwälzung lagen in 2012 mit 17,7 Mio. € deutlich über dem Vorjahresergebnis in Höhe von 15,7 Mio. €. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass im Vorjahr zusätzlich zu den am Markt erzielten Erlösen noch die Auflösung der in den Vorjahren gebildeten Rückstellung für die sog. Mehrerlösabschöpfung in Höhe von 1,9 Mio. € hinzugerechnet wurde. Ebenso beinhalten die Netzerlöse für das Geschäftsjahr 2012 die in diesem Jahr erstmals eingeführte Umlage nach § 19 StromNEV.

Im investiven Bereich lag der Schwerpunkt in der Erschließung neuer Wohnbaugebiete in Würselen im "Kapellenfeldchen" sowie in Herzogenrath im "Raderfeld". Weiter von besonderer Bedeutung war der Netzanschluss der großen Freiflächenphotovoltaikanlage in Herzogenrath im Ortsteil Merkestein-Worm, die über unser Umspannwerk "Lange Hecke" direkt in das Hochspannungsnetz der RWE, jetzt Westnetz GmbH, einspeist.

Strom Vertrieb

Aus vertrieblicher Sicht hat sich die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor im Geschäftsjahr 2012 von 333,8 Mio. kWh im Vorjahr auf nunmehr 323,4 Mio. kWh leicht rückläufig entwickelt. Der Absatz im eigenen Netz lag mit 203,7 Mio. kWh 7,4 Mio. kWh unter dem Vorjahreswert in Höhe von 211,1 Mio. kWh. Dem gegenüber konnte der Kundenbereich out-of-area annähernd stabil bei den Mengenabgaben gehalten werden. Mit Umsatzerlösen in Höhe von 40,0 Mio. € konnte der Stromvertrieb bei gleichzeitigen Bezugskosten in Höhe von 38,0 Mio. € ein Rohergebnis in Höhe von 2,0 Mio. € erwirtschaften und dadurch das Vorjahresergebnis wieder erreichen.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den sonstigen Aktivitäten in der Stromsparte zählen vornehmlich die Stromerzeugung sowie die Straßenbeleuchtung. Die Straßenbeleuchtung schloss wiederum auf Vorjahresniveau ab. Auch der Ergebnisbeitrag der Energieerzeugung aus dem GuD Kraftwerk in Hamm war mit 272 T€ wiederum positiv und leicht über dem Vorjahreswert. Über die zukünftige Entwicklung unseres Engagements in der Energieerzeugung werden wir im Absatz "Ausblick" berichten.

Die Entwicklung im Gasmarkt**Gas Netz**

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath. Die Anschlussentwicklung im Gasnetz ist weiter leicht positiv und stieg von 6.678 Verträgen im Vorjahr auf jetzt 6.744. Die Anzahl von Fremdlieferanten versorgter Kunden im enwor Netzgebiet ist dabei weiter angestiegen von 930 Verträgen im Vorjahr auf jetzt 1.192 und zeigt, dass sich der vertriebliche Wettbewerb auch auf dem Gasmarkt weiter intensiviert. Witterungsbedingt ist die Gasabgabe im Netz von 195,7 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 219,4 Mio. kWh angestiegen. Diese Mengenschwankungen im Gasnetz führen zwangsläufig auch zu entsprechenden Ausschlägen bei den Erlösen, die dann über mehrere Perioden hinweg über das sog. Regulierungskonto wieder verstetigt werden müssen.

Im investiven Bereich gab es neben den bereits erwähnten neuen Hausanschlüssen keine Besonderheiten im Gasnetz im Geschäftsjahr 2012. Eine Biogaseinspeisung in das Netz der enwor findet zurzeit nicht statt. Im kommenden Geschäftsjahr 2013 beginnt die sog. zweite Regulierungsperiode im Gasnetz. Zum Prüfungszeitpunkt war die neue Erlösobergrenze noch nicht endgültig durch die Regulierungsbehörde bestätigt, enwor geht jedoch davon aus, dass diese mit ca. 2,9 Mio. € um ca. 200 T€ über der bisherigen Erlösobergrenze liegen wird.

Gas Vertrieb

Der Wettbewerb im Gasmarkt hat sich auch 2012 mit unverminderter Intensität weiterentwickelt. Der Zahl fremd versorgter Kunden in unserem Netz in Höhe von 1.192 stehen Lieferstellen der enwor out-of-area in einer Größenordnung von 1.306 gegenüber. Damit konnte enwor die Position out-of-area halten (Vorjahr 1.291), jedoch ist die Differenz zu den Kundenverlusten im eigenen Netz weiter geringer geworden. Trotz dieser Nettokundenverluste konnte die Gasabgabe an Kunden witterungsbedingt von 217,8 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 233,1 Mio. kWh in 2012 gesteigert werden. Das Rohergebnis der Gas- Vertriebspartie liegt mit 1,7 Mio. € wieder auf Vorjahresniveau.

Mit Beginn des Gaswirtschaftsjahres, also zum 01. Oktober 2012 hat enwor einen neuen Gasliefervertrag mit der Wingas abgeschlossen. Die bisher vollständige Ölpreisbindung des Gasbezugspreises konnte zugunsten einer Kombination aus 70 % Börsenpreis und 30 % Ölpreisbindung für die enwor erheblich günstiger gestaltet werden. Ebenfalls ist der monatliche Grundpreis gegenüber dem bisher monatlichen Leistungspreis genannten Entgelt deutlich reduziert. Von daher erwarten wir für das Geschäftsjahr 2013 eine Margenverbesserung des Gasgeschäftes, sodass wir auch im umkämpften Wettbewerb unsere Ergebnisziele erreichen können.

Die Entwicklung im Wassermarkt

enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg, sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt über 69.154 Kundenverträge (Vorjahr 68.772) mehr als 270.000 Menschen in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser.

Die Wasserabgabe lag mit 14,5 Mio. cbm fast genau auf Vorjahresniveau in Höhe von 14,6 Mio. cbm. Dies bestätigt die seit Jahren zu beobachtende Tendenz, dass trotz einer leichten Steigerung der Anzahl angeschlossener Häuser der spezifische Wasserverbrauch der Kunden weiter rückläufig ist, so dass auch die gesamte Wasserabgabe leicht rückläufig ist. Bei unveränderten Abgabepreisen lagen entsprechend auch die Umsatzerlöse mit 37,1 Mio. € knapp unter Vorjahresniveau mit 37,3 Mio. €. Der Wasserbezugspreis im Geschäftsjahr 2012 betrug unverändert 69,5 ct./cbm zzgl. des Wasserentnahmeentgeltes das jedoch mit dem seit dem 01. August 2011 auf 4,5 ct./cbm erhöhten Satz im Geschäftsjahr 2012 entsprechend ganzjährig mit diesem Satz beaufschlagt worden ist. Die Wasserbezugskosten von der WAG betragen im Geschäftsjahr 2012 wiederum 10,0 Mio. € wie im Vorjahr und auch das Rohergebnis Wasser konnte mit 25,5 Mio. € das Vorjahresergebnis leicht übertreffen.

#

Bei weiterhin auch im Geschäftsjahr 2013 unveränderten Bezugspreisen sowie auch Abgabepreisen gehen wir von einer stabilen Entwicklung der Wassersparte innerhalb des enwor Geschäftsbetriebes aus.

Betriebsführungen

Wie in den Vorjahren hat die enwor auch in 2012 die Betriebsführungen für die Gesellschaften WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeitel mbH sowie für die enwor - wärme vor ort GmbH durchgeführt. Mit Umsatzerlösen von knapp 5,9 Mio. € wurde der Vorjahreswert annähernd wieder erreicht.

Investitionen

Die unmittelbaren Investitionen der enwor in immaterielle Vermögensgegenstände sowie in Sachanlagen betragen im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 6,9 Mio. €. In dem Bereich der Finanzanlagen wurden ebenfalls weitere 869 T€ investiert. In diesem Bereich der Beteiligungsgesellschaften werden quasi mittelbar Investitionen abgewickelt, schwerpunktmäßig im Bereich der regenerativen Energieerzeugungsanlagen. Alle vorstehenden Investitionen konnten vollständig im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen in Höhe von 8,9 Mio. € finanziert werden. Im Sachanlagenbereich betreffen die Investitionen wie in den Vorjahren im Wesentlichen die Erneuerung und Erweiterung unserer Wasser-, Strom- und Gasverteilungsanlagen incl. der Hausanschlussanlagen und der Zähler.

Das Anlagevermögen der enwor beträgt zum Bilanzstichtag 145,9 Mio. € und ist zu 36,0 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Mit einem Anteil von fast 90 % an der Bilanzsumme zeigt das Anlagevermögen die in der Versorgungswirtschaft übliche hohe Anlagenintensität auf.

Ergebnis des Geschäftsjahres

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 schließt mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 8,1 Mio. € zwar leicht unter dem prognostizierten Planwert ab, bestätigt aber dennoch die bei enwor seit Jahren hohe Ergebniskonstanz. Das Rohergebnis über alle Sparten liegt wiederum mit 60,2 Mio. € auf Vorjahresniveau und auch eine Detailanalyse der einzelnen Spartergebnisse zeigt stabile Ergebnisbeiträge der einzelnen Sparten Strom Vertrieb, Strom Netz, Gas Vertrieb, Gas Netz, Wasserwirtschaft, Betriebsführung und sonstige Bereiche.

Der Personalaufwand ist leicht von 21,3 Mio. € auf 22,2 Mio. € gestiegen, was zum einen auf die tarifliche Steigerung zurückzuführen ist und zum anderen auf die Einführung eines ATZ Modells, von dem 11 Mitarbeiter Gebrauch gemacht haben. Die Positionen Abschreibungen mit 8,9 Mio. € sowie Konzessionsabgaben mit 6,6 Mio. € bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Erstmals hat die enwor im vorliegenden Jahresabschluss 2012 Rückstellungen für zukünftig drohende Verluste aus dem Energiebezug des Kohlekraftwerkes in Lünen sowie des Gaskraftwerkes in Hamm gebildet. Soweit zum Prüfungszeitpunkt bereits für die Folgejahre verbindliche Handelsgeschäfte mit den in vorgenannten Erzeugungsanlagen produzierten Energiemengen abgeschlossen worden sind, wurde der hieraus rechnerisch zu erwartende Verlust bereinigt um einen Abzinsungseffekt vorsorglich zurückgestellt. Unter Berücksichtigung aller vorgenannten Effekte ergibt sich für das Geschäftsjahr 2012 ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 8,1 Mio. €. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,0 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 89 T€ in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös- und Aufwandpositionen ergibt sich aus dem veröffentlichten Spartenabschluss.

Öffentliche Zweckerfüllung

Als kommunales Unternehmen stellt enwor die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. enwor hat im Geschäftsjahr 2012 die hiermit verbundenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt.

Besondere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung

Besondere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2012 nicht aufgetreten.

Risikomanagement

Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahre 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht erstellt. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern quartalsweise bewertet und softwareunterstützt ausgewertet. Angaben zu SWAP-Geschäften finden sich im Anhang. Der Risikobericht wird dem Aufsichtsrat ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Herzogenrath, den 06. März 2013 enwor- energie & wasservor ort GmbH

Die Geschäftsführung

gez. Dipl.-Kfm. Herbert Pagel gez. Dipl.-Ing. Friedrich Brinkmann

GREEN – Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH

Allgemeine Angaben

Name	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH	Gesellschafter EWV 42,000% Rheinland-Westfalen Energiepartner GmbH 10,000% Stadt Baesweiler 3,000% Gemeinde Aldenhoven 3,000% Gemeinde Inden 3,000% Gemeinde Niederzier 3,000% Gemeinde Selfkant 3,000% Stadt Linnich 3,000% Gemeinde Simmerath 3,000% Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH 3,000% Kreis Heinsberg 3,000% Gemeinde Roetgen 3,000% Stadt Alsdorf 3,000% Stadt Jülich 3,000% Gemeinde Langerwehe 3,000% Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH 3,000% Stadt Stolberg 3,000% Gemeinde Titz 3,000%
Sitz	Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg	
E-mail	matthias.betsch@region-green.de frajo.tuerck@region-green.de	
Homepage	www.region-green.de	
Rechtsform	GmbH	
Gesellschaftsvertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18.07.2011	
Geschäftsführer	Axel Kahl	
Prokurist	Rene Pletz	
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung Beirat Prüfungsausschuss	
Stammkapital	25.000 €	
Anteil der Stadt in €	750 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Die Darstellung des Jahresabschlusses 2010 entfällt, da die Gesellschaft erst am 18.07.2011 gegründet wurde.

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen	501.550,00	0,00	Entfällt.
B. Umlaufvermögen			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	92.490,79	27.003,93	
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.207,43	179.268,28	
	602.248,22	206.272,21	
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	
A. Eigenkapital	25.000,00	25.000,00	
II. Verlustvortrag	-22.827,79	0,00	
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	8.099,24	-22.827,79	
C. Rückstellungen	6.000,00	4.100,00	
D. Verbindlichkeiten	585.976,77	200.000,00	
	602.248,22	206.272,21	

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	14.516,75	0,00	Entfällt.
2. Sonstige betriebliche Erträge	220.307,49	23.295,00	
3. Personalaufwand	-181.403,94	-20.009,88	
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	-4.215,00	0,00	
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-33.729,07	-25.912,19	
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	697,74	0,00	
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8.074,73	-200,72	
8. Jahresfehlbetrag	8.099,24	-22.827,79	

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalquote	1,7 %	1,0 %	Entfällt.
Fremdkapitalquote	98,3 %	99,0 %	
Anlagendeckungsgrad I	2,0 %	0,0 %	
Anlagendeckungsgrad II	2,0 %	0,0 %	

Zusammensetzung der Organe

a) Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:

Herr Bürgermeister Alfred Sonders
(seit dem 22.09.2011)

Stellvertreter: Herr Kämmerer Michael Hafers
(seit dem 05.07.2012)

Lagebericht der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH für das Geschäftsjahr 2012

Geschäft und Rahmenbedingungen

Gründung der Gesellschaft

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH (GREEN) wurde am 18.07.2011 in den Räumlichkeiten der Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV), Willy-Brandt-Platz 2 gegründet. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 24.08.2011. Die Unternehmensgründung erfolgte in Form einer Bargründung mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000,00 Euro.

In der ersten ordentlichen Gesellschafterversammlung am 21.11.2011 wurde die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung verabschiedet und der Prüfungsausschuss der Gesellschafterversammlung benannt. Für den operativen Bereich wurde am 02./15.08.2011 mit der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV) ein Betriebsführungsvertrag abgeschlossen.

Geschäftsfelder der GREEN

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

Die GREEN strebt mit den Gesellschaftern und Fachpartnern EWV und Rheinland-Westfalen Energiepartner GmbH (RWE) die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums an, in dem die kommunalen und regionalen Interessen, innovative Ideen, interdisziplinäre Kräfte und fachliches Know-how gebündelt werden. Sie verschafft den Kommunen somit ein Instrument, interessante Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien zu identifizieren, diese mit einem Fachpartner zu planen und in ein regionales Energiekonzept strategisch einzubinden und mit regional ansässigen Unternehmen umzusetzen. Unternehmensziel ist das Engagement in den Feldern Biomasse, Wind und Photovoltaik.

Weitere Geschäftsfelder der GREEN könnten aus dem Immobilien- und Grundbesitz der Kommunen und deren Vermarktungspotenzial entstehen. So können Erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung oder zur Stromerzeugung in kommunalen Liegenschaften eingesetzt werden. Dach- und sonstige Flächen der Kommunen kann die Gesellschaft an Investoren vermitteln und damit z. B. das Entstehen von Bürgerkraftwerken unterstützen.

Marktumfeld

Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Energiebereitstellung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren stetig erhöht. Diese Entwicklung resultiert aus der konsequenten Förderung Erneuerbarer Energien durch die Politik, insbesondere durch das "Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien" (kurz EEG). Das EEG dient auch der Umsetzung der EU- Richtlinie 2001/77/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt. Jedoch zeigen aktuelle Entwicklungen, dass die Fördergelder im Zeitraum der Projektentwicklungen aufgrund gesetzlicher Anpassungen sinken, so dass hierbei ein entsprechendes Planungsrisiko verstärkt auftritt. Da die politischen Zielsetzungen aber noch lange nicht erreicht sind, ist auch zukünftig mit einem signifikanten Wachstum der erneuerbaren Energien zu rechnen, jedoch verbunden mit einer notwendigen Marktintegration. Steigende Umlagen und Netzentgelte führen trotz aktuell sinkender Stromhandelspreise zu steigenden Energiepreisen für den privaten und industriellen Stromverbraucher. Die Marktintegration der erneuerbaren Energien wird somit zunehmend interessant und löst perspektivisch die EEG-Vergütung bei Neuanlagen ab.

Geschäftsverlauf
Operative Tätigkeit und Projektentwicklung

Im Geschäftsjahr 2012 wurden vier Dach-Photovoltaikanlagen in Betrieb genommen. Hier konnten erste Umsatzerlöse im operativen Geschäft erwirtschaftet werden. Sonstige Einnahmen ergaben sich aus der Arbeitnehmerüberlassung von zwei Projektmanagern an die EWV.

GREEN war insbesondere in der Projektakquisition aktiv, und hat im Bereich Biomasse und Wind mehrere Projekte akquiriert, die im weiteren Verlauf von den Fachpartnern EWV und RWE projektiert und geprüft werden. Bei allen seitens GREEN akquirierten Projekten gibt es eine Beteiligungs- oder Übernahmeoption nach erfolgter Realisierung.

Jahresergebnis

Für das Geschäftsjahr 2012 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 8.099,24 Euro.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2012 wurden vier Photovoltaikanlagen mit einer Investitionssumme von 505.765,00 Euro von der EWV gekauft.

Finanzierung

Von der EWV wurde ein Gesellschafterdarlehen von 200.000,00 Euro und eine Kreditlinie von 500.000,00 Euro gewährt. Die Inanspruchnahme der Kreditlinie beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 380.000,00 Euro.

Personalbereich

Ein Projektmanager wurde zum 01.10.2011, ein weiterer wurde zum 01.01.2012 bei der GREEN eingestellt. Diese Projektmanager werden auf Grundlage eines bestehenden Rahmenvertrages zur Arbeitnehmerüberlassung zwischen GREEN und EWV vom 29.08.2011 in vollem Umfang an die EWV verliehen.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
	Euro	%	Euro	%
Aktiva	501.550,00	83,40%	0,00	0,00%
Anlagevermögen	<u>100.698,22</u>	<u>16,60%</u>	<u>206.272,21</u>	<u>100,00%</u>
Umlaufvermögen	<u>602.248,11</u>	<u>100,00%</u>	<u>206.272,21</u>	<u>100,00%</u>
Passiva				
Eigenkapital	10.271,45	1,70%	2.172,21	1,10%
Rückstellungen	6.000,00	1,00%	4.100,00	2,00%
Verbindlichkeiten	<u>585.976,77</u>	<u>97,30%</u>	<u>200.000,00</u>	<u>96,90%</u>
	<u>602.248,22</u>	<u>100,00%</u>	<u>206.272,21</u>	<u>100,00%</u>

Die Bilanzsumme von 602.248,22 Euro liegt mit 395.976,01 Euro über dem Niveau des Rumpfgeschäftsjahres ohne operativem Geschäft von 206.272,21 Euro. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf den Kauf von vier Photovoltaikanlagen zurückzuführen. Daraus ergibt sich eine Anlagenintensität von 83,4 %.

Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts- und Finanzierungstätigkeit

Angaben in TEuro	2012	2011
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-45	-46
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-506	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	380	225
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-171	179
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	179	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	8	179

Die Liquidität der Gesellschaft war im abgelaufenen Jahr zu jeder Zeit gesichert. Maßgeblich dafür war die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens und einer Kreditlinie durch die EWV.

Zur Finanzierung der Gesellschaft wurde ein Gesellschafterdarlehen durch die GREEN bei der Gesellschafterin EWV in Höhe von 200.000,00 Euro aufgenommen. Dieses Darlehen wurde vorrangig als Eigenkapitalanteil von Projektfinanzierungen verwendet. Außerdem hat die EWV eine Kreditlinie von 500.000,00 Euro gewährt, die zur Sicherstellung des laufenden Geschäfts dient, wovon bis zum Abschlussstichtag 380.000,00 Euro in Anspruch genommen wurden.

Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
	Euro	%	Euro	%
Umsatzerlöse	14.516,75	6,2%	0,00	0,0%
Sonstige betriebliche Erträge	<u>220.307,49</u>	<u>93,8%</u>	<u>23.295,00</u>	<u>100,0%</u>
Rohergebnis	234.824,24	100,0%	23.295,00	100,0%
Personalaufwand	-181.403,94	-77,3%	-20.009,88	-85,9%
Abschreibungen	-4.215,00	-1,8%	0,00	0,0%
sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-33.729,07</u>	<u>-14,4%</u>	<u>-25.912,19</u>	<u>-111,2%</u>
Betriebsergebnis	15.476,23	6,5%	-22.627,07	-97,1%
Finanzergebnis	-7.376,99	-3,1%	-200,72	-0,9%
Jahresüberschuss	<u>8.099,24</u>	<u>3,4%</u>	<u>-22.827,79</u>	<u>-98,0 %</u>

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 220.307,49 Euro (Vorjahr 23.295,00 Euro) resultieren im Wesentlichen aus der Personalüberlassung in Höhe von 219.987,90 Euro für die beiden Mitarbeiter an die EWV. Die aktivierten Photovoltaikanlagen erzielten zum Bilanzstichtag Erlöse in Höhe von 14.516,75 Euro. Im Aufwand befinden sich der Personalaufwand in Höhe von 181.403,94 Euro (Vorjahr 20.009,88 Euro), die Abschreibungen der Photovoltaikanlagen in Höhe von 4.215,00 Euro und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 33.729,07 Euro (Vorjahr 25.912,19 Euro). Im Finanzergebnis befinden sich die Zinsen für das Gesellschafterdarlehen und die Kontokorrentlinie der EWV in Höhe von 8.071,38 Euro (Vorjahr 200,72 Euro).

#

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ergebnisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Auf bestehende Risiken wird im Folgenden näher eingegangen.

Betriebsrisiken

Generell schützt die GREEN sich gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung von der EWV abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der GREEN und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Ebenso erfolgt im Rahmen der Betriebsführung durch die EWV eine permanente Liquiditätsüberwachung.

Gesamtrisiko

Die aktuelle Kapitalausstattung der Gesellschaft ermöglicht bislang keine größeren Investitionsprojekte aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien. Die Entwicklung neuer Projekte steht unter dem Risiko, dass sich aufgrund der derzeitigen energiepolitischen Diskussion über die Fördersätze gemäß EEG die Fördersätze weiter reduzieren, bevor diese Projekte in Betrieb genommen werden. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die größeren Projekte derzeit in der EWV entwickelt werden, und sich GREEN eine Beteiligungsoption an der fertigen Anlage sichert. Der Bau kleinerer Anlagen findet in einem überwiegend kalkulierbaren Zeitrahmen statt.

Die relevante Gemeinsamkeit der einzelnen Erneuerbaren-Energien-Technologien ist, dass die erzeugte Energie in das allgemeine Stromnetz eingespeist und nach den Sätzen des EEG vergütet werden kann. Dadurch lassen sich Investitionsrisiken der GREEN ab Inbetriebnahme auf ein Mindestmaß begrenzen und die zu erwartenden Einnahmen sicher kalkulieren. Alternativ können über das Instrumentarium der Direktvermarktung zusätzliche Erlöse generiert werden. Die Haftung der Gesellschafter ist zudem entsprechend der Rechtsform der GmbH begrenzt. Eine vertraglich vereinbarte Nachschusspflicht für die Gesellschafter besteht nicht.

Ausblick

Projekte

GREEN hat mehrere Projekte im Bereich Biomasse und Wind akquiriert die in unterschiedlichen Projektstadien sind. Nach aktuellem Stand der Planung ist in den Jahren 2013 - 2016 sowie in den Folgejahren von der Fertigstellung jeweils eines oder mehrerer Projekte auszugehen. Die Projekte werden in der Regel mit Projektpartnern entwickelt, sodass die Beteiligungshöhe und damit der Finanzierungsumfang der GREEN flexibel erfolgen kann. Auch bezüglich des Beteiligungszeitpunktes ist GREEN aufgrund des gewählten Projektmechanismus mit der EWV (Sicherung der Beteiligungsoption an fertiggestellten Anlagen) flexibel.

Ergebnisentwicklung

Die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft hängt stark davon ab, ob die anstehenden Projekte seitens der GREEN finanziell abgebildet werden können. Um dies zu gewährleisten, ist seitens der Geschäftsführung ein Kapitalerhöhungsprozess eingeleitet worden. Bis Mitte 2013 soll seitens der Gesellschafter darüber entschieden werden, das Eigenkapital der Gesellschaft um 600.000,00 Euro zu erhöhen. Nach Abschluss der Kapitalerhöhung ist zu- nächst die Beteiligung an der bereits realisierten PV-Freiflächenanlage in Herzogenrath Nivelstein geplant, im weiteren Verlauf können in Abhängigkeit der Kapitalausstattung weitere Beteiligungen eingegangen werden. Außerdem wird ein langfristiges Darlehen in Höhe von 400.000,00 Euro zur Finanzierung der über die Kreditlinie in 2012 zwischenfinanzierten Photovoltaikanlagen aufgenommen. Die Kreditlinie von 500.000,00 Euro der EWV GmbH steht weiterhin zur Verfügung und wird damit die Finanzlage und die Realisierung neuer Projekte deutlich verbessern.

Stolberg, den 26. April 2013

Die Geschäftsführung

GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH

(Axel Kahl)

III. Beteiligungen

Wohnungswesen/Städtebau

GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	GSG - Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Annastraße 10 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 76,100%
E-mail	info@gsg-alsdorf.de	Aachener Bank 23,900%
Homepage	www.gsg-alsdorf.de	
Rechtsform	GmbH	Wesentliche Beteiligungen
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültige Fassung (letzte Änderung vom 23.07.2010)	Keine
Geschäftsführer	Dieter Sandlöbes	
Gremien	Geschäftsführer Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	710.000,00 €	
Anteil der Stadt in €	540.000,00 €	
Mitarbeiter	14	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft übernimmt die Aufgabe der Bevölkerung zusätzlichen Wohnraum zu liefern, um sich im Stadtgebiet niederzulassen. Der Zweck der Gesellschaft liegt somit im Bereich der Daseinsvorsorge und ist sozial- und gemeinwohlnützig.

Des Weiteren ist die GSG ein Unternehmen, die innerhalb eines Geschäftsjahres einen Gewinn erwirtschaftet. Die Stadt Alsdorf erhält jährlich einen bestimmten Anteil davon, den sie dem Finanzhaushalt zuführen kann.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.220,00	6.631,00	11.610,00
II. Sachanlagen	23.631.634,36	23.325.794,83	23.011.187,89
III. Finanzanlagen	1.500,00	1.500,00	1.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.425.454,09	2.287.838,23	2.293.119,59
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	83.233,49	74.346,99	73.058,03
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	917.929,58	855.554,46	791.745,06
	27.062.971,52	26.551.665,51	26.182.220,57
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	710.000,00	710.000,00	710.000,00
II. Gewinnrücklagen	9.100.000,00	8.850.000,00	8.600.000,00
III. Bilanzgewinn	676.546,30	452.199,42	437.790,24
B. Rückstellungen	171.835,25	176.784,11	250.356,35
C. Verbindlichkeiten	16.404.589,97	16.362.681,98	16.184.073,98
	27.062.971,52	26.551.665,51	26.182.220,57

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	3.927.991,32	4.154.945,59	4.064.550,01
2. Erhöhung / Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken, unfertigen und fertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	23.740,88	90.701,83	24.871,85
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	261.067,58	58.515,50	197.956,42
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.742.731,19	1.727.304,29	1.656.744,55
6. Personalaufwand	464.046,18	762.937,13	863.470,07
7. Abschreibungen	607.359,26	610.589,12	596.314,66
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	126.682,50	181.963,20	228.511,53
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	75,00	90,00	75,00
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.090,66	3.458,23	4.279,02
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	556.971,01	542.668,01	413.798,53
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	717.175,30	482.249,40	532.892,96
13. Außerordentlicher Aufwand	0,00	0,00	3.702,00
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-9.031,00	22.944,40
15. Sonstige Steuern	83.078,42	67.121,72	77.329,82
16. Jahresüberschuss	634.096,88	424.158,68	428.916,74
17. Gewinnvortrag	42.449,42	28.040,74	8.873,50
18. Bilanzgewinn	676.546,30	452.199,42	437.790,24

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Gesamtkapitalrentabilität	4,4 %	3,6 %	3,3 %
Eigenkapitalrentabilität	6,0 %	4,1 %	4,6 %
Eigenkapitalquote	38,1 %	37,1 %	36,6 %

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2010	102.272,62 €
b) 2011	102.272,62 €
c) 2012	102.272,62 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2010	18,97 %
b) 2011	18,97 %
c) 2012	18,97 %

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der GSG wurde zum 30.09.2010 aufgelöst.

b) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen. Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 30.09.2010) <i>Vertreter:</i> Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Karl-Heinz Robert (seit dem 30.09.2010)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 30.09.2010)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 21.07.2011)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 21.07.2011)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Roland Andreas Krichel (seit dem 30.09.2010)
ABU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Bernd Mortimer (seit dem 30.09.2010)
FDP-Fraktion:	Herr Stv. Stefan Rohmann (seit dem 30.09.2010)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht 2012

1. **Angaben nach § 289 Abs.1 HGB**
 - 1.1 **Darstellung des Geschäftsergebnisses und des Geschäftsverlaufs**
 - 1.2 **Darstellung der Lage**
 - 1.3 **Finanzielle Leistungsindikatoren**
 - 1.4 **Prognosebericht**
 - 1.5 **Risikobericht**
 - 1.5.1 **Risiken der künftigen Entwicklung**
 - 1.5.2 **Chancen der künftigen Entwicklung**
 - 1.5.3 **Finanzinstrumente**
2. **Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB**

1. Angaben nach § 289 Abs. 1 HGB

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (GSG) ist als Wohnungsunternehmen im Stadtgebiet Alsdorf tätig. Im Gesellschaftsvertrag wird die Errichtung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten aller Art als Geschäftsgegenstand festgelegt. Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Alsdorf

Euro-Raum

Rezession in der Eurozone schwächt die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland deutlich

Die Wachstumszahlen aus dem Euroraum zeigen in 2012 für etliche Länder einen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit. In acht Staaten der Eurozone schrumpfte die Wirtschaftsleistung, am stärksten in Griechenland (-6,0 %), Portugal (-3,0 %), Italien (-2,3 %), Slowenien (-2,3 %) und Zypern (-2,3 %). In der Summe ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurostaaten um 0,4 % gesunken. Auch für 2013 wird ein weiterer Rückgang der Wirtschaftsleistung erwartet.

Außerhalb der Eurozone wiesen zudem Tschechien, Ungarn und Großbritannien eine rückläufige Wirtschaftsleistung auf, sodass auch das BIP aller EU-Staaten zusammengenommen 2012 ebenfalls rückläufig war (-0,3 %). Die EU findet sich nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 erneut in einer Phase des Wachstumsrückgangs. Etliche Länder haben einen erneuten Rückfall in die Rezession zu befürchten.

Immer deutlicher wird die Diskrepanz zwischen dem eher prosperierenden Norden mit Deutschland als Zentrum und den schuldengeplagten Euroländern im Süden. Auch wenn sich die Wirtschaftsleistung in Deutschland vor allem im letzten Quartal des Jahres spürbar abgeschwächt hat, beschreibt die deutsche Wirtschaftsentwicklung aktuell weiterhin einen flachen Wachstumspfad.

2012 ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 0,7 % gestiegen. Für das laufende Jahr 2013 kann nach Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erneut mit einem schwachen Wachstum von 0,3 % bis 0,9 % gerechnet werden.

Die exportabhängige deutsche Wirtschaft kann sich einer Abschwächung durch die Eurokrise nur schwer entziehen. Im Jahr 2011 waren rund 40 % der deutschen Exporte in die Eurozone gerichtet, über 10 % der Waren wurden in die von der Krise am stärksten betroffenen Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) geliefert. Ein stabiles weltwirtschaftliches Umfeld sorgt gegenwärtig dafür, dass ein Teil der Nachfrageausfälle aus den europäischen Krisenstaaten durch Exportzuwächse in Drittländer wie China, die USA, Brasilien, Indien oder Russland ausgeglichen werden kann.

Die deutsche Konjunktur befindet sich damit in einem Kräftefeld zwischen dem Sog nach unten aus den Krisenländern und einem stabilen weltwirtschaftlichen Umfeld.

Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2012 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes weiter gewachsen: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 0,7 % höher als 2011. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel kräftiger gewachsen (2010 um 4,1 % und 2011 um 3 %). Dabei handelte es sich aber vor allem um Aufholprozesse nach der schweren Rezession im Jahr 2009, die durch umfangreiche Konjunkturmaßnahmen der Regierung gestützt wurden.

Obwohl sich die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich als sehr widerstandsfähig mit einem leichten Zuwachs behaupten konnte, trübte sich die Wachstumsdynamik im Jahresverlauf zunehmend ein. Im Schlussquartal dürfte die Wachstumsrate ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge sogar deutlich negativ gewesen ein.

Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts war im Jahr 2012 durch deutliche Bruttowertschöpfungssteigerungen in den Dienstleistungsbereichen geprägt. Insbesondere die Informations- und Kommunikationsdienstleister (+3,4 %) sowie die Branchen der unternehmensbezogenen Dienstleister (+2,7 %) konnten starke Zuwächse ausweisen.

Dagegen rutschten sowohl das Produzierende Gewerbe als auch das Baugewerbe ins Minus. Insbesondere im stark exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe haben das schwierige wirtschaftliche Umfeld und die anhaltende Eurokrise ihre Spuren hinterlassen. Im Vergleich zum Vorjahr ging die preisbereinigte Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) um 0,8 % und im Baugewerbe sogar um 1,7 % zurück. In den Jahren 2010 und 2011 hatte es in beiden Bereichen Rekordzuwächse gegeben.

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt zeigt robuste Entwicklung in schwierigem Umfeld

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland erreichte im Jahr 2012 im sechsten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Insgesamt waren 41,6 Millionen Erwerbstätige in Deutschland beschäftigt. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen Zuwachs von 416.000 Personen oder 1 % gegenüber dem Jahr 2011.

Seit 2005 ist die Zahl der Erwerbstätigen um insgesamt 2,66 Millionen Personen (+6,8 %) gestiegen. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit fiel allerdings im Jahr 2012 im Zuge der in der zweiten Jahreshälfte nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik nicht mehr ganz so kräftig aus wie im Jahr 2011. Damals hatte sich die Zahl der Erwerbstätigen noch um 550.000 Personen oder 1,4 % erhöht.

Dennoch ist auch das jüngste Jahresergebnis angesichts des durch die Staatsschulden und Bankenkrise im Euroraum belasteten gesamtwirtschaftlichen Umfeldes sehr beachtlich. Das sogenannte deutsche Jobwunder wird vor allem im Vergleich zu den übrigen 17 Euroländern deutlich:

Die Arbeitslosigkeit im Euroraum hat im September 2012 mit rund 18,5 Millionen Menschen einen neuen Negativrekord erreicht. In Spanien und Griechenland ist aktuell jeder Vierte ohne Arbeit. Portugal verzeichnet mit Griechenland die höchsten Zuwachsraten. Hinzu kommt, dass in den betroffenen Ländern Südeuropas die Jugendarbeitslosigkeit extrem hoch ist. In Spanien und Griechenland lag sie im November saisonbereinigt bei deutlich über 50 %. Auch in Portugal, Italien und der Slowakei ist jeder dritte Bürger unter 25 Jahren ohne Beschäftigung, in Irland, Frankreich und Zypern sind es über 27 %, während Deutschland lediglich 8 % Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet.

Die dramatisch hohe Arbeitslosigkeit und die Liberalisierung des Arbeitsmarktes innerhalb der EU sorgen für eine deutlich positive Nettozuwanderung nach Deutschland. Für 2012 wird nach ersten Abschätzungen mit einem Zuwanderungssaldo von 380.000 Personen gerechnet. Dies bedeutet einen Anstieg um 35 % gegenüber 2011. Vor allem junge arbeitslose Menschen aus den südeuropäischen Euroländern kommen vermehrt nach Deutschland. Die Zuzüge konzentrieren sich auf die zumeist westdeutschen Ballungsräume und verstärken dort die Wohnungsnachfrage.

Die Experten der Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen allerdings damit, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland 2013 leicht eintrübt. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit war bereits im zweiten Halbjahr 2012 deutlich rückläufig. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte die Erwerbstätigkeit nur noch um 50.000 Personen zunehmen und damit weitgehend auf dem hohen Niveau des Jahres 2012 stagnieren. Das insgesamt erbrachte Arbeitsvolumen wird sich indes nach Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute durch Nutzung flexibler Arbeitszeitmodelle und Kurzarbeit deutlich verringern. Im Jahresdurchschnitt dürfte die konjunkturell

bedingte Kurzarbeit, die 2011 bei jahresdurchschnittlich 70.000 Arbeitnehmern lag, wieder auf rund 200.000 Arbeitnehmer, die Kurzarbeitergeld bekommen, ansteigen.

Bauwirtschaft

Der Kernbereich der Immobilienwirtschaft - das Grundstücks- und Wohnungswesen - erreichte eine Bruttowertschöpfung von 270 Milliarden EUR. Dies entspricht einem Anteil von 11,4 % der gesamten Wirtschaftsleistung. Darin ist die Wertschöpfung aus Vermietung, Vermittlung und Verwaltung von Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Grundstücken enthalten. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Bruttowertschöpfung der Immobilienwirtschaft im engeren Sinne um 1,7 %.

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen ist die Wertschöpfung des Grundstücks- und Wohnungswesens in der vergangenen Wirtschaftskrise nicht gesunken. Vielmehr steuerte sie auch im Krisenjahr 2008 einen positiven Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten zur Wirtschaftsleistung bei und federte damit den konjunkturellen Abschwung etwas ab. Die geringe Schwankung der Bruttowertschöpfung unterstreicht dabei die stabilisierende Funktion der Immobilienwirtschaft im engeren Sinne für die Gesamtwirtschaft.

Wohnungsbau schwächelt weiterhin im Aufwind, Wirtschaftsbau

Im Jahr 2012 wurden in Bauten insgesamt 1,1 % weniger investiert als im Jahr zuvor. Der Rückgang der Bauinvestitionen war in erster Linie kräftigen Einbußen beim öffentlichen Bau geschuldet (-10 %). Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahr 2011 noch stark durch die Konjunkturprogramme geprägt gewesen sein dürften. Dies gilt insbesondere für die öffentlichen Tiefbauvorhaben. Der gewerbliche Bau entwickelte sich in 2012 ebenfalls rückläufig und weist ein Minus von 2,2 % aus.

Der Wohnungsbau zeigt mit einem Zuwachs von 1,5 % im Jahr 2012 nun im dritten Jahr in Folge eine aufwärtsgerichtete Tendenz. Investitionen in den Wohnungsbau profitieren gegenwärtig von einem historisch niedrigen Zinsniveau und einer günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die expansive Geldpolitik der EZB nährt zudem die Sorge vor einer Inflation. Vor diesem Hintergrund hält die Suche nach stabilen Sachwerten als Anlagegut weiter an. Mit einem Anteil von gut 58 % an der Gesamtsumme der Bauinvestitionen haben die Wohnbauten ihre Stellung als bedeutendste Teilsparte unter den Bauarten weiter ausgebaut.

Der Wohnungsbau wird auch im Jahr 2013 weiter zulegen. Darauf deuten nach Urteil der Institute neben den genannten Rahmenbedingungen vor allem auch die hohen Auftragsbestände bei den Bauunternehmen hin. Für den Wirtschaftsbau wird dagegen analog zur Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen erneut mit einem leichten Rückgang gerechnet. Der öffentliche Bau dürfte sich im Spannungsfeld erhöhter Steuereinnahmen bei gleichzeitig fortbestehender Schuldenlast der kommunalen Haushalte nur zögerlich beleben. In der Summe aller Bausparten rechnen die Institute 2013 mit einem Wachstum der Bauinvestitionen um 1,2 % bis 2,5 %.

Wohnungswirtschaft

Wohnungsneubau legt weiter deutlich zu

Der Wohnungsneubau legte im Jahr 2012 weiter zu, wenn auch mit einem etwas geringeren Tempo als im Vorjahr mit seinem Rekordzuwachs um fast 20 %. Die Zahl der Baugenehmigungen lag 2012 noch einmal 16.000 Wohneinheiten über dem Ergebnis von 2011, das bedeutet einen Zuwachs um 6,8 % nach rund 20 % im Jahr davor. Somit wurden im vergangenen Jahr ersten Berechnungen zufolge insgesamt rund 244.000 Wohnungen genehmigt. Seit 2010 steigt die Bautätigkeit in Deutschland nach einer langen Phase des Rückgangs, die Mitte der 90er-Jahre begann, wieder an. 1994 hatte die Zahl der genehmigten Wohnungen, sicherlich auch dem Bauboom nach der Wiedervereinigung geschuldet, noch rund 713.000 Wohnungen betragen.

In den Jahren 2007 bis 2010 war die Bautätigkeit - gemessen an der Zahl der genehmigten Wohnungen - auf ein Niveau abgesunken, das deutlich unter dem langfristigen Neubaubedarf lag. So beziffert die vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Jahr 2009 vorgelegte Raumordnungsprognose den jährlichen Neubaubedarf bis zum Jahr 2025 zwischen 183.000 und 256.000 Wohnungen. Mit der 2011 und 2012 erreichten Zahl der Baugenehmigungen liegt die Bautätigkeit wieder innerhalb dieses Zielkorridors. Gleichwohl dürfte sich in den vergangenen fünf Jahren ein Nachholbedarf von mindestens 150.000 Wohneinheiten aufgebaut haben.

Besonders stark stiegen 2012 die Genehmigungen von Wohnungen im Geschosswohnungsbau. Sie wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 16 %. Gefragt war vor allem der Neubau von Eigentumswohnungen, die um rund 21 % zulegten, während sich die Genehmigungen bei neuen Mietwohnungen lediglich um 9 % erhöht haben. Insgesamt wurden im Geschosswohnungsbau damit 2012 rund 99.000 Wohnungen auf den Weg gebracht

Wohnungsmarkt in Alsdorf

Aktuell gibt es mehr Nachfrage als Angebot auf dem Alsdorfer Wohnungsmarkt. Wir befinden uns weiterhin im Vollvermietungsstatus. Die starke Nachfrage hat zu einem Ansteigen der Wohnungskaltmieten, auch bei Nebenlagen und Altbauten, geführt. Weiterhin sind die Wohnungen bis 60 qm am stärksten gefragt.

GSG Alsdorf

Das Geschäftsergebnis 2012 (634 T€) hat die Erwartungen erneut übertroffen. Selbst ohne die Verkaufsgewinne (204 T€) zweier Zweifamilienhäuser wäre das Ergebnis ausgezeichnet gewesen. Die Steigerung der Mieteinnahmen wurde wie schon im letzten Jahr durch sehr geringe Erlösschmälerungen und Klagekosten zusätzlich unterstützt. Die Einnahmen aus der Betreuungstätigkeit sind wie vorhergesagt deutlich zurückgegangen und haben nur noch marginale Bedeutung. Die Instandhaltungskosten haben sich moderater entwickelt als prognostiziert

Die Erlösausfälle von Sollmieten (0,71 %) und Umlagen (0,35 %) erreichten einen neuen Tiefststand, was sich ergebnissteigernd auswirkte. Unter Berücksichtigung von Abschreibungen auf Mietforderungen ergeben sich insgesamt Ausfälle von 0,8 % bezogen auf die Sollmieten und Umlagen. Der Ausfall blieb daher weiterhin auf extrem niedrigem Niveau.

Die Einzelheiten können der nachfolgenden Lagedarstellung (1.2) entnommen werden. Die Gesellschaft beschäftigte am 01.01.2013:

- 1 Geschäftsführer
- 4 kaufmännische Mitarbeiter, davon eine Teilzeitbeschäftigte
- 3 Handwerker/Hausmeister
- 1 teilzeitbeschäftigte Reinigungskraft/Hausmeisterin

Zusätzlich wurden 6 Mieter als geringfügig Beschäftigte im Sinne des Steuerrechts mit Aufgaben betreut.

Die Anzahl der eigenen Bestände hat sich durch die Fertigstellung der Erweiterung der Kita Pestalozzistr. erhöht. Dies führte trotz Abschreibungen von 607 T€ zu einem Anstieg der Bilanzsumme um 511 T€ oder 1,9 %.

Die Bestände, die für die Stadt Alsdorf betreut werden, wurden bis 31.12.2011 sukzessive abgebaut. Seit 01.01.2012 betreuen wir lediglich noch städtische Wohnungen in sehr geringem Umfang.

Die Grundstücke Am Kreuzberg, Narzissen Straße und Rathausstraße konnten bislang nicht veräußert werden. Für das Grundstück Rathausstr. konnte ein Notarvertrag abgeschlossen werden, Die Kaufpreiszahlung wird für Juli 2013 erwartet, weiterhin befindet sich ein Kaufvertrag für ein größeres Teilgrundstück Am Kreuzberg in Vorbereitung.

1.2 Darstellung der Lage

Die **Vermögenslage** der Gesellschaft ist geordnet.

Unsere Anlagevermögen umfasst rund 87,3 % der Bilanzsumme. Die flüssigen Mittel betragen zum 31.12.2012 rund 918 T€.

Unsere Eigenkapitalquote (langfristig) beläuft sich auf 38,1 % (Vorjahr 37,1 %).

Unsere Investitionsquote (Investitionen in Sachanlagen zu Abschreibungen) beläuft sich auf 158 % (Vorjahr 169 %).

Der dynamische Verschuldungsgrad (Langfristiges Fremdkapital zu Cashflow) beträgt 12,1 Jahre (Vorjahr 14,5 Jahre)

Die **Finanzlage** ist gut.

Unser langfristiges Fremdkapital (Dauerfinanzierungsmittel u.a.) beläuft sich zum 31.12.2012 auf 54,8 % der Bilanzsumme.

Die Zahlungsbereitschaft war in vollem Umfang und jederzeit gegeben.

Unsere **Ertragslage** ist ebenfalls gut. Im Bereich der Hausbewirtschaftung wurde ein Überschuss von 562 T€ erzielt, die Betreuungstätigkeit schloss mit einem Minus von 10 T€ und die Bautätigkeit verursachte ein Minus von 131 T€. Der neutrale Bereich schloss mit Überschuss von 215 T€. Das Beteiligungs- und Finanzergebnis schloss mit 2 T€ im Minus.

Bei den Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung wurde ein Plus durch zusätzliche Nettomieteinnahmen (76 T€), hauptsächlich aus der Ende 2011 fertiggestellten Kita Anna sowie durch Steigerung der Betriebskostenumsätze erzielt. Die Betreuungserlöse gingen um rund 97,5 % oder 390 T€ zurück. Dadurch verringerten sich die gesamten Umsatzerlöse um rund 228 T€ oder aber 5,5 %.

Durch den Verkauf zweier Zweifamilienhäuser wurden die sonstigen Erträge um 204 T€ gesteigert.

Auf der Ausgabenseite steht der starken Verringerung der Personalkosten (-299 T€), der Abnahme der Sonstigen Aufwendungen (-55 T€) und der Abnahme der Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke (-77 T€), den Zunahmen bei den Aufwendungen für sonstige Lieferungen und Leistungen (+34 T€) und den Zinsaufwendungen (+ 14 T€) gegenüber.

Insbesondere konnte durch eine moderate Mietsteigerung bei gleichzeitiger Abnahme der Erlösschmälerungen, der Abnahme der Abschreibungen auf Mietforderungen und der Kosten für Miet- und Räumungsklagen eine weitere Verbesserung der Erträge erreicht werden.

Zum Jahresende standen 1 Wohnung und 2 Gewerbelokale leer. Zum Berichtstermin war diese vorgenannte Wohnung vermietet.

Im Jahre 2012 wurden 46 Wohnungsmieterwechsel verzeichnet.

Die weitere Entwicklung ist auf Grundlage der Wirtschafts- und Finanzplanung 2012 positiv.

1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Nachfolgend einige ausgewählte Leistungskennziffern:

		2012	2011	2010
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern + Fremdkapitalzinsen/Bilanzsumme)	%	4,4	3,6	3,3
Eigenkapitalrentabilität Jahresüberschuss vor Ertragssteuern/Eigenkapital)	%	6,0	4,1	4,6
Eigenkapitalquote (langfristiges Eigenkapital /Bilanzsumme)	%	38,1	37,1	36,6
Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreibung auf Anlagevermögen +Veränderungen langfristiger Rückstellungen)	T€	1.227	1.007	1.025
Instandhaltungskosten	% der Jahres-sollmiete	26,6	26,2	31,0
Fremdkapitalzinsen	% der Jahres-sollmiete	19,3	19,3	16,2
Erlösschmälerungen	% der Jahres-sollmiete	0,7	0,6	1,7

1.4 Prognosebericht

Die Fertigstellung der Kita Pestalozzistr. zum 01.12.2012 sowie eine umfangreiche Mieterhöhungsaktion in den Bestandsobjekten werden zu einer Steigerung der Mieteinnahmen führen.

Die Aufhebung des Generalmietvertrages mit der IGA und die Übernahme der einzelnen Mietverhältnisse führt ebenfalls zu einer Steigerung der Mieteinnahmen, wobei hier die Centermanagement- und die Hausmeisterkosten als Ausgabenpositionen. gegen zu rechnen sind.

Der Ankauf der Immobile "Stadttor" mit mehreren Mehrfamilienhäusern sowie der geplante Abriss und Neubau eines 33-Familienhauses mit Arztpraxis wird in den Jahren 2013 bis 2015 zu größeren Liquiditätsbelastungen, da der Einsatz von ca. 1,5 Millionen Euro Eigenkapital erforderlich wird. Dennoch erwarten wir eine Rendite aus der Gesamtinvestition, die langfristig die Gesellschaft stärken wird.

Zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalreserven und zur Stärkung der Liquidität sollen die Vermarktung der unbebauten Grundstücke vorangetrieben und der Verkauf von älteren Zweifamilienhäusern durchgeführt werden.

In unserem Kerngeschäft der Wohnungsbewirtschaftung gehen wir weiterhin von moderat steigenden Mieten und steigenden Aufwendungen für Instandhaltung aus.

1.5 Risikobericht

1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Es sind keine größeren Risiken im Bestandsgeschäft der GSG vorhanden.

Einer, auf lange Sicht betrachtet, Erhöhung des Zinsniveaus wird durch den Abschluss langfristiger Zinsbindungen vorgebeugt, wobei durch Steuerung der Festschreibungszeiten jedoch ein Klumpenrisiko verhindern.

Die steigenden Energiepreise werden die Mieter im Bereich der Heizkosten weiter sensibilisieren. Hier könnten zusätzliche Anforderungen an den Eigentümer zur Kostensenkung entstehen.

Aufgrund des durchschnittlichen Alters der Gebäudebestände ist von einem Anstieg der Instandhaltungskosten auszugehen.

Die vorhandenen Grundstücke des Umlaufvermögens binden derzeit Kapital in Höhe von 1,345 Millionen Euro, dies sind ca. 5 % der Bilanzsumme. Es bestehen Risiken bei der Vermarktung.

Die geplante Neubaumaßnahme "Stadttor" beinhaltet Risiken, wie eine mögliche Baukostenüberschreitung oder Bauverzögerungen. Ein Restrisiko bei der Neuvermietung ist ebenfalls vorhanden.

Abschließend wird festgestellt, dass keine Risiken erkennbar sind, die die Gesellschaft gefährden könnten.

1.5.2 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft will sich durch Investitionen in den Neubau von Mietwohnungen, die dem demographischen Wandel Rechnung tragen, für die Zukunft aufstellen. Das Marktsegment der altersgerechten Wohnungen soll weiter ausgebaut werden. Hierzu wurde mit dem Ankauf des Objektes "Stadttor" in 2013 ein großer Schritt gemacht.

Die Modernisierung unserer Immobilienbestände unter energetischen Aspekten sowie unter Berücksichtigung des demografischen Wandels soll unsere Marktposition stärken. Der Wegfall der öffentlichen Förderung für größere Teile des Bestandes lässt in den nächsten Jahren mögliche Investitionen in den Bestand zu.

1.5.3 Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens hereingenommenen Fremdmitteln handelt es sich um langfristige Annuitätendarlehen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements sorgfältig analysiert.

2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Über die bereits genannten Investitionsplanungen hinaus sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt.

Alsdorf, 15.05.2013

Dieter Sandlöbes
Geschäftsführer

GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen

Allgemeine Angaben

Firma	GWG - Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen	Gesellschafter	Städteregion Aachen
Sitz	Mauerfeldchen 72 52146 Würselen		78,170%
E-mail	info@gwg-aachen.de		Stadt Stolberg
Homepage	www.gwg-kreis-aachen.de		4,910%
Rechtsform	GmbH		Provincial
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung (letzte Änderung 08.03.2010)		4,870%
Geschäftsführer	Prof. Dr. Axel Thomas		Stadt Eschweiler
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung		4,350%
Stammkapital	1.000.000 €		Stadt Alsdorf
Anteil der Stadt in €	17.850 €		1,790%
Mitarbeiter	26 (+ 1 Auszubildende)		Stadt Herzogenrath
			1,650%
			Stadt Würselen
			1,640%
			Sparkasse Aachen
			1,520%
			ASEAG
			0,610%
			Gemeinde Simmerath
			0,490%
		Wesentliche Beteiligungen	
			Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgabe der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung im Gebiet der Städteregion Aachen und stellt im Rahmen der Daseinsvorsorge somit eine größere Menge an Wohnraum für die Einwohner zur Verfügung.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	29.402.170,15	26.087.967,15	24.150.882,61
III. Finanzanlagen	1.499.924,66	1.512.484,99	1.524.165,37
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	1.051.772,11	1.008.730,99	974.098,63
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	50.243,39	111.883,54	203.749,35
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.818.716,95	1.296.869,39	3.342.999,34
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8.055,98	8.641,64	9.284,82
	33.830.883,24	30.026.577,70	30.205.180,12
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00
II. Gewinnrücklagen	8.326.000,00	8.004.000,00	7.682.887,87
III. Bilanzgewinn	574,57	318,46	724,55
B. Rückstellungen	168.600,00	170.800,00	149.700,00
C. Verbindlichkeiten	24.335.443,77	20.851.444,24	21.371.867,70
D. Rechnungsabgrenzungsposten	264,90	15,00	0,00
	33.830.883,24	30.026.577,70	30.205.180,12

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	4.298.620,48	4.121.938,53	4.042.288,87
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	43.131,90	35.580,17	-20.535,02
3. sonstige betriebliche Erträge	59.300,30	83.289,25	431.508,07
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.466.344,94	1.400.746,06	1.498.924,11
5. Rohergebnis	2.934.707,74	2.840.061,89	2.954.337,81
6. Personalaufwand	714.293,53	736.529,39	686.266,02
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	868.656,69	824.507,95	759.118,09
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	218.479,55	228.717,88	217.922,11
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens	109.327,99	110.207,94	27.682,16
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.124,82	13.458,88	29.322,83
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	818.103,46	754.463,13	616.462,57
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	432.627,32	419.510,36	731.574,01
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
14. sonstige Steuern	110.371,21	98.804,32	97.043,60
15. Jahresüberschuss	322.256,11	320.706,04	634.530,41
16. Gewinnvortrag	318,46	724,55	194,14
17. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	322.000,00	321.112,13	634.000,00
18. Bilanzgewinn	574,57	318,46	724,55

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalquote	27,6 %	30,0 %	28,8 %
Fremdkapitalquote	65,9 %	63,6 %	62,7 %
Fluktuationsquote	20,5 %	16,1 %	16,3 %
Leerstandsquote (länger als 3 Monate)	0,4 %	0,4 %	0,7 %

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG ist eine Gesellschaft, die in den letzten Jahren immer einen Jahresüberschuss erwirtschaften konnte. Im Geschäftsjahr 2012 wies sie ein Jahresergebnis in Höhe von 322.256,11 Euro aus.

An der Gewinnausschüttung ist die Stadt Alsdorf entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital (1,79 %) der Gesellschaft beteiligt. Die Gewinne werden jedoch der Gewinnrücklage zugeführt.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der GWG umfasst laut Gesellschaftsvertrag 13 Mitglieder.
Für die **Stadt Alsdorf** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)
	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 26.04.2012)

b) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.
Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 27.10.2009)
------------------	---

LAGEBERICHT 2012

Öffentliche Zwecksatzung

Die Firmierung weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen einen öffentlichen Zweck zu.

Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der Städtereion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind.

Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Wohnungsbestände unter wirtschaftlicher Betrachtungsweise bezüglich Qualität und technischer Ausstattung auf marktgerechtes Niveau zu bringen bzw. dort zu halten.

Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

Zielerreichung

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2012 erreicht und umgesetzt hat, darüber berichtet sie im nun Folgenden:

Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft ist in 2012 weiter gewachsen. Das schwierige internationale Umfeld belastete spürbar die deutsche Konjunktur. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft weiterhin wettbewerbsfähig und in guter Verfassung. Die Konjunkturlage wies im Schlussquartal 2012 lt. Analyse der Deutschen Bundesbank folgende Grundtendenzen auf:

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland reichte nicht an das Aktivitätsniveau des Sommers heran. Die außenwirtschaftlichen Impulse haben infolge geringeren wirtschaftlichen Wachstums abgenommen. Im letzten Quartal 2012 wurden Schwächetendenzen festgestellt. Dies gilt vor allem für die Hersteller von Investitionsgütern, die unter der ausgeprägten Zurückhaltung inländischer wie ausländischer Kunden hinsichtlich des Erwerbs neuer Maschinen und Geräte leiden. Insbesondere war die Nachfrage nach Industriewaren aus dem Ausland und dem Euro- Raum nach unten gerichtet. Wegen der schwächeren Nachfrage aus dem Euro-Raum verlor das Exportwachstum mindestens zeitweise an Dynamik. Allerdings kamen mehr Aufträge aus Drittstaaten. Optimistisch stimmt, dass die Exporterwartungen wieder in den positiven Bereich zurückgekehrt sind. Vieles deutet also darauf hin, dass die zyklische Schwächephase in Deutschland bald wieder überwunden sein könnte. Der Auftragseingang für die deutsche Industrie ist jedenfalls im letzten Quartal 2012 gestiegen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist seit dem Sommer durch eine Seitwärtsbewegung gekennzeichnet. Saisonbereinigt waren die Beschäftigtenzahlen weitgehend stabil. Die Anzahl der als arbeitslos registrierten Personen hat ebenfalls (saisonbereinigt) leicht zugenommen.

Auch wenn sich die konjunkturellen Perspektiven in Deutschland zeitweise eingetrübt haben, gibt es die begründete Aussicht, dass die wirtschaftliche Schwächephase nicht allzu lange anhalten wird und Deutschland wieder auf den Wachstumspfad zurückkehrt. Dazu gehört, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt und sich speziell die Wirtschaft in den Drittstaaten aufwärts entwickelt. Alle Konjunkturprojektionen sind durch ein besonders hohes Maß an Unsicherheit gekennzeichnet. Nach Meinung der Bundesbank ist nicht damit zu rechnen, dass die sich andeutende Schwächephase zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen wird. Diese hat im Euroraum bereits ein Rekordniveau erreicht. Erstens gelten die Motive, welche die Unternehmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 veranlasst hatten, die Beschäftigung zu halten, größtenteils fort. Zweitens können tariflich vereinbarte oder noch zu vereinbarende Mechanismen zur

#

Verkürzung der Arbeitszeiten bei Bedarf aktiviert werden (Räumung von Arbeitszeitguthaben). Notfalls kann auch der Rückgriff auf Kurzarbeit möglicherweise einen erheblichen Teil einer Konjunkturschwäche auffangen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Trotz der Belastungen durch die zum Teil schweren Anpassungsrezessionen im Euro-Raum und die sich aus der Schuldenkrise ergebenden Unwägbarkeiten zeigt sich die deutsche Volkswirtschaft nach wie vor in einem guten Zustand. Laut Herbstumfrage des DIHK stufen beinahe 9 von 10 Unternehmen ihre Geschäftslage als gut oder befriedigend ein.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Zufrieden, aber "skeptisch" - so zeigt sich die Wirtschaft in der IHK-Konjunkturumfrage in der hiesigen Region. Die Unternehmen in der Region Aachen schauen zum Jahresbeginn 2013 wegen der noch immer ungelösten Schuldenproblematik in Europa und der anstehenden Kostensteigerungen durch die Energiewende skeptisch in die Zukunft, sind aber überwiegend zufrieden mit ihrer aktuellen Lage. Jedes dritte Unternehmen im Kammerbezirk der IHK Aachen meldet gute Geschäfte, nur jeder siebte Betrieb ist mit seiner Lage unzufrieden. Das sind die Ergebnisse der jüngsten Konjunkturumfrage der IHK Aachen.

Die Ertragslage der Unternehmen hat sich zum Jahresende in Folge von höheren Energie- und Rohstoffpreisen leicht verschlechtert. Die IHK Aachen berichtet darüber, dass die Auslastung der Produktionskapazitäten zum Jahreswechsel 2012/2013 stabil geblieben sind.

Im Rückblick auf 2012 erwies sich der regionale Arbeitsmarkt als robust. Die Dynamik hat deutlich nachgelassen. Der Ausbildungsmarkt ist gekennzeichnet von einer hohen Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in der Region.

Die Arbeitslosenquote zeigt starke interregionale Unterschiede (Monschau 3,7 %, Stolberg 9,9 %). Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bewegt sich auf dem Niveau von ca. 8 %, was dem Landesdurchschnitt NRW entspricht.

Die Industrieunternehmen melden weiterhin überwiegend gute Geschäfte. Rund ein Drittel der Befragten schätzt die Geschäftslage als gut ein, ein Sechstel ist nicht zufrieden.

Entwicklung der Branche:

Auch im Jahr 2012 leistete die deutsche Wohnungs- und Immobilienwirtschaft einen großen Beitrag zur Bruttowertschöpfung und baut weiterhin ihre Bedeutung für die Wirtschaftskraft und Stabilitätsmerkmal des deutschen Immobilienmarktes ist ein großer und insgesamt gut funktionierender Mietwohnungsmarkt.

Die zentrale Herausforderung der Wohnungsunternehmen im Rahmen der Bestandsentwicklung liegt in der Modernisierung sowie dem Neubau von Wohnungsbeständen. Die Immobilienwirtschaft in Deutschland kann auf ein gutes Geschäftsjahr zurückblicken.

Die Verbesserung der Energieeffizienz ist seit Jahren untrennbarer Bestandteil der Bewirtschaftung der Bestände. Die Entwicklung bei den Wohnnebenkosten ist intensiv zu beachten. Heizung, Strom, Wartungskosten, Haus- oder Straßenreinigung -die Nebenkosten sind längst zur "zweiten Miete" geworden.

Die Wohnungswirtschaft ist wie kaum eine andere Branche sehr stark von regionalen Marktentwicklungen abhängig. In den kommenden Jahrzehnten steht der Wohnimmobilienmarkt in der StädteRegion vor einer großen demografischen und wirtschaftsstrukturellen Herausforderung. Wo die Wirtschaftswachstumswerte schwach oder gar negativ sind, ist ein Wegzug zu beachten sowie ein Ansteigen des Durchschnittsalters. Wirtschaftsstrukturelle Probleme und demografische Probleme sind zwei Aspekte der gleichen Medaille. Umgekehrt gilt auch: Wo Wachstum stattfindet, ziehen junge Familien hin und verlassen die demografische

#

Situation. Aufgrund massiver Veränderungen der Alters- und Sozialstruktur, auf die derzeit bestehende Wohnraumangebote nicht ausgerichtet sind, sind Umbau- und Neubaukonzepte gefragt. Seniorengerechte Wohnformen als Alternative zum Pflegeheim gewinnen dabei immer stärker an Bedeutung. Dies belegt auch die Entwicklung des Anteils der über 55-jährigen an der Gesamtbevölkerung, welcher bundesweit bis zum Jahr 2020 etwa 25 % erreichen wird. Es ist zurzeit eine Urbanisierung zu beobachten.

Die Reform der europäischen Bankenregulierung-Basel 111 hat Auswirkungen auf unsere Unternehmensfinanzierung. Die neuen EU-Vorschriften sollten künftige Krisen vermeiden helfen, stellen aber die wohnungswirtschaftlichen Unternehmen im Hinblick auf Neu- oder Anschlussfinanzierungen vor Herausforderungen (z.B. bei der Kreditfinanzierung).

Branchenentwicklung Wohnimmobilien

Der hiesige Wohnungsmarkt entwickelt sich differenziert und überwiegend dynamisch. Seit 2010 ziehen Mieten, Immobilientransaktionen und -preise, sowie die Zahl der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen an.

Demografischer Wandel sowie Wohnungsangebot- und Nachfrage

Der in Deutschland insgesamt sinkenden Einwohnerzahl steht eine Zunahme der Haushaltszahlen und Wohnraumsprüche gegenüber, da immer mehr Menschen alleine wohnen.

Abteilung Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (nach Kopfbzahlen) bei der GWG beträgt 11 (ohne Geringfügigbeschäftigte). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich weder eine Steigerung noch eine Absenkung. Eine Fluktuation war ebenfalls nicht festzustellen. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen an der Gesamtbelegschaft beträgt absolut: 5 bzw. prozentual: 45 %. Die GWG hat aus Gründen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung weiterhin eine Ausbildungsstelle besetzt und will und wird auch in Zukunft einen Beitrag dazu leisten, dass in diesem Segment eine konkrete Maßnahme gegen den Fachkräftemangel ergriffen wird. In diesem Sinne haben wir auch für das Jahr 2013 die dann freiwerdende Ausbildungsstelle neu besetzt.

Durch Telearbeitsfunktionalitäten sowie durch mobile Geräte können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Familie und Beruf miteinander verbinden. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG NW) bei der Personalentwicklung stets beachtet.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2012

Im Berichtsjahr 2012 ist von den GWG Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder ein hoher Arbeitseinsatz erbracht worden, der weit über das vertraglich geschuldete Maß hinausging. Für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das letztlich zu dem guten wirtschaftlichen Ergebnis geführt hat, bedankt sich die Geschäftsführung bei allen Beteiligten.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die GWG muss insbesondere ihr Portfolio ständig darauf untersuchen, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Marktanforderungen entspricht. Die Wohnungsmärkte in Nordrhein-Westfalen und auch in der Region entwickeln sich insgesamt ungleich. Die Menschen, die im Erwerbsleben stehen, sind regional/räumlich mobil. Sie wandern dorthin, wo Arbeit angeboten wird. Dementsprechend bestimmen sich die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft in der StädteRegion Aachen in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung am jeweiligen Standort.

Risiken und Chancen ergeben sich auch aus den Finanzlasten, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von ca. 70 % würde sich eine Zinssteigerung für Wohnungsbaukredite durchaus im Ergebnis der GWG bemerkbar machen. Die Geschäftsführung ist darum bemüht, möglichst früh und umfangreich Zinssicherungsinstrumente einzusetzen - ohne jedoch Zinsänderungsrisiken, wie sie gelegentlich bei Finanzinnovationen entstehen, einzugehen.

Ausblick

Die zukünftige Entwicklung der GWG wird in ganz entscheidendem Maße davon abhängen, wie es gelingt, die Bestände zu optimieren und den Vertrieb offensiv zu gestalten, um die Leerstandszahlen auf weiterhin hervorragendem Niveau zu halten. Zur Jahreswende 2012/13 geben wir ca. 8 % unseres Gesamtbestandes ab. Mit den freiwerdenden Mitteln wollen wir Neubauten errichten, die die ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen, wie sie sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erreichen.

Bestandsentwicklung

Wir verfügten über

	31.12.2011	31.12.2012
Häuser	133	130
Wohnungen	790	787
davon frei finanziert / preisgebunden	545 / 245	303 / 484
Garagen / Stellplätze	220 / 198	210 / 198
Wohnfläche	47.304 m ²	46.983 m ²
Gewerbeflächen	3.453 m ²	3.435 m ²
Gewerbeeinheiten	14	14
Anzahl sonstiger Einheiten	6	6
Fläche sonstiger Einheiten	2.437 m ²	2.437 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und der Wohnquartiere weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2012 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen 469 T€ (Vorjahr: 458 T€) ausgegeben.

Mietentwicklung

Die durchschnittliche Miete der Wohnungen beläuft sich auf 4,89 € / m² gegenüber 4,71 € / m². Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Zur langfristigen Sicherung des Zinsniveaus im Jahr 2012 wurden z.T. vorzeitig auslaufende Zinskonditionen gesichert.

Die Vermögenslage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2012 durch eine Erhöhung der Bilanzsumme gekennzeichnet. Dies ist der Erhöhung der Sachanlagen durch Neubauinvestitionen bei einem gleichzeitigen Anstieg des Fremdkapitals geschuldet. Die übrigen Kennzahlen sind annähernd unverändert zum Vorjahr, wie die nachstehende Tabelle belegt:

	2012	2011	2010
Bilanzsumme T€	33.831	30.027	30.205
Anlagevermögen T€	30.902	27.600	25.675
Sachanlagen % zu Bilanzsumme	91,3	91,9	85,0
Eigenkapitalquote in %	27,6	30,0	28,8
Langfristige Fremdkapitalquote in %	65,9	63,9	62,7

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2012 ein Jahresergebnis von 322 T€ erwirtschaftet gegenüber 321 T€ in 2011.

In Folge kontinuierlicher Verbesserungen konnte das sehr gute Vorjahresergebnis noch leicht gesteigert werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens als stabil aufwärts gerichtet zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Einige ausgewählte Kennzahlen (finanzielle Leistungsindikatoren) über die letzten 4 Geschäftsjahre mögen dies zusätzlich verdeutlichen:

	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlöse T€	4.299	4.122	4.042	4.094
Eigenkapital T€	9.327	9.004	8.684	8.049
Eigenkapitalquote	27,6 %	30,0 %	28,8 %	31,4 %
Eigenkapitalrentabilität	3,5 %	3,6 %	7,3 %	9,7 %
Fluktuationsquote	20,5 %	16,1 %	16,3 %	16,0 %
Leerstandsquote (länger als 3 Monate)	0,4 %	0,4 %	0,7 %	0,9 %
Erlösschmälerungen Sollmieten	1,5 %	1,5 %	1,9 %	2,3 %

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2012 sind gegenüber dem Vorjahr um 135 T€ gestiegen. Dies resultiert hauptsächlich aus der Vermietung des in 2011 fertig gestellten Neubaus Raderfeld (1. und 2. Bauabschnitt), die sich 2012 erstmals ganzjährig auswirkt.

Die laufenden Instandhaltungskosten betragen im Geschäftsjahr 2012 469 T€, so dass zusammen mit den aktivierungsfähigen Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. 258 T€) insgesamt eine Summe von 727 T€ in den Werterhalt unserer Gebäude verausgabt wurde. Die Summe der diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr beträgt mithin: 15,37 €.

#

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2012 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente bei anstehenden Vertriebsaufgaben zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 27 T€ gesunken.

Das Jahresergebnis schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 322 T€. Es ist vorgesehen, aus Jahresüberschuss und Gewinnvortrag einen Betrag in Höhe von 322 T€ in die Bauerneuerungsrücklage einzustellen.

Das Geschäftsjahr 2013 wird geprägt von hohen (Einmal-) Erträgen aus dem Verkauf von Gegenständen des Anlagevermögens. Damit einher geht ein Rückgang der Umsatzerlöse, der im Jahre 2014 noch nicht in voller Höhe mit Erlösen aus den noch zu errichtenden Neubauten in Herzogenrath und Würselen-Bardenberg ausgeglichen werden kann.

52146 Würselen, 14.06.2013

Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-

Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf
Sitz	Hubertusstraße 17 52477 Alsdorf
E-mail	info@alsdorf.de
Homepage	www.alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 10.01.2007
Geschäftsführer	Günter Matthias Jansen Franz Jansen
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	26.000 €
Anteil der Stadt in €	13.000 €
Anzahl Mitarbeiter:	2

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
50,000%
Sparkasse Aachen
50,000%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Bauflächen in Alsdorf.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Alsdorfer Bauland GmbH ist dadurch gegeben, dass diese junge Gesellschaft sich zur Aufgabe gemacht hat, mit der Herrichtung von Bauflächen zusätzlichen Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen.

Die Gesellschaft liefert in ihren Anfängen schon einen Jahresüberschuss, aus dem ein gewisser Anteil in den städtischen Haushalt fließt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	380,00	1.267,00	860,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.108.373,64	1.475.654,20	1.252.754,59
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	58.666,53	94.359,27	116.689,90
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	118.733,42	972.109,41	3.008,98
	1.286.153,59	2.543.389,88	1.373.313,47
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
I.I nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-13.000,00	-13.000,00	-13.000,00
II. Gewinnvortrag	36.925,47	31.097,00	62.894,67
III. Jahresüberschuss	37.058,97	165.828,47	68.202,33
B. Rückstellungen	33.632,70	343.230,12	266.510,50
C. Verbindlichkeiten	1.165.536,45	1.990.234,29	962.705,97
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
	1.286.153,59	2.543.389,88	1.373.313,47

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	1.088.675,00	1.782.550,00	658.075,25
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	367.280,56	222.899,61	501.609,16
3. Gesamtleistung	721.394,44	2.005.449,61	156.466,09
4. sonstige betriebliche Erträge	1.721,18	651,10	3.311,27
5. Materialaufwand	627.607,35	1.708.212,91	7.358,24
6. Personalaufwand	7.592,76	7.614,85	13.552,80
6. Abschreibungen	887,00	733,55	776,90
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	29.436,27	25.354,66	
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.269,82	680,54	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.098,58	7.450,53	13.300,26
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	53.763,48	240.501,75	98.894,27
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16.704,52	74.673,28	
13. sonstige Steuern	0,01	0,00	30.691,94
12. Jahresüberschuss	37.058,97	165.828,47	68.202,33

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalquote	6,76%	8,84%	10,49%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesetzlichen Vorschriften Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

a) 2010	42.087,50 €
b) 2011	67.340,00 €
c) 2012	25.252,50 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2010	323,75 %
b) 2011	518,00 %
c) 2012	194,25 %

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 27.10.2009)
	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 05.07.2012)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 21.07.2011)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 30.09.2010)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 30.09.2010)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 30.09.2010)

Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Erwerb, der Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Alsdorf.

Die Gesellschaft wurde Anfang 2007 mit einem Stammkapital in Höhe von 26.000,00 € gegründet.

Im Jahr 2007 wurde das erste Erschließungsgelände mit einer Gesamtfläche von ca. 30.000 qm erworben. In den Jahren 2007 und 2008 wurden die erworbenen Flächen erschlossen. Mitte 2008 sind die ersten Kaufverträge abgeschlossen und die ersten Kaufpreise gezahlt worden. Es sind insgesamt 29.293 qm Nettobaulandfläche entstanden, die in 63 Grundstücke aufgeteilt wurde. Zu Zwecken der besseren Vermarktung wurden im Berichtsjahr Teile der verbliebenen Grundstücke neu parzelliert. Dadurch hat sich die Nettobaulandfläche von ursprünglich 29.293 qm auf 29.094 qm reduziert. Insgesamt weist das Baugebiet nun 68 Grundstücke auf. Der Endausbau wurde im Jahr 2012 vollständig fertiggestellt. Die Neuparzellierung der Grundstücke hat das Geschäftsergebnis mit 47.483,26 € belastet.

Bis zum 31.12.2012 wurden 57 Grundstücke mit einer Größe von 24.945 qm verkauft. Der Verkauf eines Grundstückes mit einer Fläche von 297 qm wurde Anfang 2013 beurkundet. Der Kaufpreis ist der Gesellschaft in 2013 zugeflossen. Somit sind bereits 86,76% der Nettobaulandfläche Müschekamp vermarktet.

In 2011 wurde ein weiteres Grundstück an der Martin-Struff-Straße in Alsdorf-Hoengen erworben. In diesem Baugebiet sind 27 Grundstücke mit einer Nettobaulandfläche von 13.133 qm entstanden. Im Geschäftsjahr 2012 wurden weitere 10 Grundstücke mit einer Fläche von 4.815 qm veräußert. Somit sind insgesamt 25 der 27 entstandenen Grundstücke veräußert. Dies entspricht einem Vermarktungsstand von 93,06%. Der Endausbau für dieses Baugebiet soll spätestens Mitte 2014 abgeschlossen sein.

Ende 2012 wurde ein Grundstück im Stadtteil Busch erworben. Der Kaufpreis hierfür sowie die darauf entfallende Grunderwerbsteuer wurden in 2012 bezahlt. In diesem Baugebiet soll eine Nettobaulandfläche von 7.661 qm, aufgeteilt in 18 Grundstücke, entstehen. Der Beginn der Erschließung ist für Mai 2013 geplant. Die Veräußerung der ersten Grundstücke wird für Anfang August 2013 erwartet.

II. Darstellung der Lage

Als Vermögensposten des Umlaufvermögens werden auf der Aktivseite der Bilanz die zur Vermarktung bestimmten Grundstücke (86,18%), Forderungen gegen das Finanzamt aus Steuererstattungen (4,56%) sowie Guthaben bei Kreditinstituten (9,23%) ausgewiesen.

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Darlehen zur Finanzierung der Grundstücke (76,20%), die Verbindlichkeiten für den Endausbau der Grundstücke (14,38%) und die allgemeinen Rückstellungen (2,61%) strukturiert.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Die Gesellschaft weist zum Ende des Jahres 2012 ein buchmäßiges Eigenkapital in Höhe von 86.984,44 € aus (Eigenkapitalquote (6,76%). Im Jahr 2012 erfolgte eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 160.000,00 €:

III. Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Im Jahre 2013 soll die erfolgreiche Vermarktung der Grundstücksflächen fortgesetzt werden.

Durch die im Berichtsjahr durchgeführte Neuparzellierung der größeren Grundstücke und die Fertigstellung des Endausbaus wird nunmehr ein zügiger Verkauf der verbliebenen Grundstücke des Baugebietes Müschekamp erwartet. Ende 2013 sollen alle Grundstücke dieses Baugebietes veräußert sein. Für die zwei verbliebenen Grundstücke des Baugebietes Martin-Struff-Straße wird die Vermarktung ebenfalls für 2013 erwartet.

Das Neubaugebiet in Alsdorf-Busch wird im Jahre 2013 erschlossen. Der Beginn der Erschließung ist für Mai 2013 geplant. Die Fertigstellung der Baustraße soll Anfang August erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt kann dann mit dem Bau der Häuser begonnen werden. Der Eingang der ersten Kaufpreiszahlungen wird für die zweite Jahreshälfte erwartet. Die gute Lage Alsdorfs, der Wunsch des Menschen nach Wohneigentum, steigende Mieten sowie das zur Zeit noch niedrige Zinsniveau sprechen für positive Chancen bei der Vermarktung von Wohnbaugrundstücken. Auf Grund der moderaten Kaufpreisgestaltung und der Kinderrabatte sind die Baugebiete insbesondere für junge Familien interessant. Zudem stellt Immobilieneigentum eine wertstabile Alternative zum turbulenten Aktienmarkt dar.

Der Beginn des Endausbaus des Baugebietes Martin-Struff-Straße ist für das Jahr 2014 geplant.

Durch die zeitlich länger andauernde Veräußerungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen.

Die erfolgreiche Vermarktung der Baugebiete soll die Gesellschaft in die finanzielle Lage versetzen, weitere Projekte zu planen und zu vermarkten.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird mit einer weiterhin positiven Entwicklung gerechnet.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich im laufenden Geschäftsjahr nicht ergeben.

Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf
Sitz	Hubertusstraße 17 52477 Alsdorf
E-mail	info@alsdorf.de
Homepage	www.alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 23.07.2010
Geschäftsführer	Günter Jansen
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	25.000 €
Anteil der Stadt in €	25.000 €

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
100,000%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten des Städtebaus und der Infrastruktur. Sie kann Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten errichten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

Ferner ist die Gesellschaft berechtigt, Tochterunternehmen zu gründen, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Alsdorf. Seit ihrer Gründung am 23.07.2010 führt sie Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf in den Bereichen Grundstücks- und Stadtentwicklung sowie städt. Gebäudewirtschaft aus.

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15.510,00	7.213,00	1540,00
II. Sachanlagen	1.594.449,28	389.163,85	789,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	7.158,93	7.791,42	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.180.468,77	552.253,82	
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.979.885,88	3.905.253,34	4.448.987,24
C. Rechnungsabgrenzungsposten	22.527,61	7.622,08	0,00
	5.800.000,47	4.869.297,51	4.451.316,24
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	4.431.000,00	4.431.000,00	4.431.000,00
III. Gewinnrücklage	10.519,10	0,00	0,00
IV. Verlustvortrag	0,00	-12.485,16	0,00
V. Jahresüberschuss	0,00	34.079,12	-12.485,16
VI. Bilanzgewinn	82.186,79	0,00	0,00
B. Rückstellungen	144.377,35	59.115,08	3.500
C. Verbindlichkeiten	1.106.917,23	332.588,47	4.301,40
	5.800.000,47	4.869.297,51	4.451.316,24

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	2.188.238,20	671.217,81	
2. andere aktivierte Eigenleistungen	86.878,12	67.855,98	
3. sonstige betriebliche Erträge	892,04	709,87	
4. Personalaufwand	1.613.820,30	532.975,42	3.132,41
5. Abschreibungen	115.037,62	28.741,87	830,29
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	457.805,44	185.502,40	8.522,46
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.385,12	51.949,81	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	260,72	0,00	
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	111.469,40	44.963,03	-12.485,16
10. außerordentliche Aufwendungen	603,41	0,00	
11. außerordentliches Ergebnis	-603,41	0,00	
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36.715,23	9.965,91	0,00
13. sonstige Steuern	3.038,83	918,00	0,00
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	71.111,93	34.079,12	-12.485,16
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	21.593,96	0,00	0,00
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen in satzungsmäßige Rücklagen	10.519,10	0,00	0,00
17. Bilanzgewinn	82.186,79	0,00	0,00

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalrentabilität	1,56%	0,76%	0,00
Umsatzrentabilität	3,13%	4,61%	0,00
Eigenkapitalquote	78,43%	91,96%	99,82%
Verschuldungsgrad	27,51%	8,75%	0,18%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Geschäftsjahr 2012 hat die Gesellschaft den Unterhalt der Friedhöfe und dazugehörigen Flächen sowie Trauerhallen für die Stadt Alsdorf übernommen. Die Gesellschaft verpflichtete sich in einem entsprechenden Handlungsrahmen zur Verwaltung der städtischen Friedhöfe im Namen und für Rechnung der Stadt Alsdorf. Die Trauerhallen hingegen werden im eigenen Namen und auf Rechnung der Gesellschaft betreut.

Im Jahr 2012 übernahm die Gesellschaft die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung aller restlichen städtischen Immobilien, die bis dahin noch durch andere Gesellschaften ausgeführt wurde. Dadurch konnten die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 24.03.2010)
	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 14.04.2011)
1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (26.04.2012)
2. SPD-Fraktion	Herr Stv. Konrad Krämer (26.04.2012)
3. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 21.07.2011)
4. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 22.04.2010)
5. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 22.04.2010)
6. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Roland Andreas Krichel (seit dem 24.03.2010)
7. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dieter Lothmann (seit dem 24.03.2010)
8. ABU-Fraktion	Herr Stv. Franz Bernd Mortimer (seit dem 24.03.2010)
9. FDP-Fraktion	Herr Stv. Heinrich Liska (seit dem 24.03.2010)
10. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 24.03.2010)
11. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 24.03.2010)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde vom 23.07.2011 mit der Urkunden Nummer 1134 in 2010 gegründet. Nach Einzahlung der Stammkapitaleinlage von 25.000 € erfolgte die Eintragung in das Handelsregister beim Amtsgericht Aachen auf dem Registerblatt HRB 16410 zum 27.09.2011.

Die Gesellschaft dient dem Zweck, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, der Stadt Alsdorf, bereitzustellen.

Die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt die Gesellschaft überwiegend treuhänderisch, d.h. im Namen und für Rechnung der Stadt Alsdorf. Zusätzlich finanziert und errichtet die Gesellschaft in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms "Soziale Stadt" das Kultur und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

Das Jahr 2011 war durch den Aufbau und die Entwicklung der notwendigen Infrastruktur geprägt. Ab dem 01.01.2012 hat die Gesellschaft die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung der städtischen Immobilien aus den städtischen Gesellschaften, der IGA GmbH, sowie der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft übernommen. Die Übernahme des in diesen Gesellschaften mit der Gebäudeverwaltung beauftragten Personals konnte im Rahmen des bestehenden Haustarifvertrages zum 31.12.2011 abgeschlossen werden. Des Weiteren musste zur Umsetzung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Friedhof- und Trauerhallenverwaltung der komplette Personalstock für diese Sparte neu installiert werden. Im Zuge dieser massiven Aufgabenerweiterungen ergab sich folglich eine deutliche Steigerung im Bereich der Personalkosten.

Das Wirtschaftsjahr 2012 war folglich noch von der Übernahme- / Aufbauphase der Dienstleistungsbereiche Gebäudeverwaltung, Friedhofsverwaltung und Verwaltung der Spielplätze geprägt. Mit dem Jahresergebnis 2012 liegen erstmals die vollständigen und vergleichbaren Jahresergebnisse zu den einzelnen Aufgabenfeldern vor.

Die Gebäudebewirtschaftung für die Stadt Alsdorf umfasst 35 Objekte mit ca. 57 Einzelbauwerken. Die städtischen Friedhofshallen sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Die Verwaltung der städtischen Spielplätze umfasst 40 Einzelobjekte die über das gesamte Stadtgebiet zu betreuen sind.

Mit Ratsbeschluss vom 24.11.2011 (2011/1474) wurde der Gesellschaft die Bewirtschaftung und Unterhaltung der acht städtischen Friedhöfe und acht Trauerhallen übertragen. Diese Dienstleistungen wurden bis dahin von drei privaten Unternehmen übernommen. Die privaten Dienstleistungsverträge sind zum 31.12.2011 ausgelaufen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die in 2011 einsetzende Verschlechterung der Weltwirtschaftskonjunktur hat sich im Jahr 2012 weiter bestätigt. Die Auswirkungen der Finanz- und Euro-Krise waren deutlich zu spüren. Diese Entwicklung beeinflusste auch die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte war eine deutliche Abkühlung der Konjunktur in Deutschland zu erkennen.

Da die Gesellschaft dem Zweck dient, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen, ist die Abhängigkeit der Weltwirtschaftskonjunktur, bzw. der deutschen Konjunktur relativ gering.

Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Ertragslage

Die im Jahresabschluss 2012 gezeigten Umsätze verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufgabenfelder:

Gebäude- und Spielplatzbewirtschaftung	1.515 T€	=	rd. 69 %
Friedhofsverwaltung	610 T€	=	rd. 28 %
Trauerhallen	62 T€	=	rd. 3 %

Bedingt durch die Zunahme der Geschäftsbesorgungen für die Stadt Alsdorf und die Verwaltung der Trauerhallen konnte somit eine Umsatzsteigerung in Höhe von 1.517 T€ erreicht werden.

Die Gesellschaft erhält für ihre Dienstleistungen eine Vergütung auf der Basis der Selbstkosten. Der Selbstkostenerstattungspreis wird nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und der "Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP)" in der jeweils gültigen Fassung ermittelt. Zuzüglich erhält die Gesellschaft einen Gewinnaufschlag von 2 %.

Aus den der Gesellschaft übertragenen Dienstleistungen für die Stadt entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Insgesamt ist das Jahresergebnis um 37 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen und beträgt im Geschäftsjahr 2012 71 T€.

Mit der Erweiterung der Grünpflege für die Außenanlagen der Gebäude, der Kinderspielplätze und der Friedhofspflege werden sich in den kommenden Wirtschaftsjahren Synergien aus einer optimierten Fahrzeug-, Geräte- und Maschinenauslastung generieren lassen. Darüber hinaus können bisherige Fremdvergaben für Hausmeisterdienste durch einen abgestimmten eigenen Personaleinsatz künftig vermieden bzw. reduziert werden. Hierdurch werden Bewirtschaftungskosten eingespart oder stehen für zusätzliche bauliche Unterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung.

Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

Bezeichnung	kumuliert Dez 2012 in T€	kumuliert Dez 2011 in T€	Abweichung in T€
Finanzmittel am Beginn der Periode	3.905	4.449	-544.
Einzahlungen von Kunden	1.705	400	1.305
- Auszahlungen an Lieferanten	376	39	337
- Auszahlungen an Beschäftigte	1.563	495	1.068
+ sonstige Einzahlungen	92	67	25
- sonstige Auszahlungen	161	289	-128
Cashflow lfd. Geschäftstätigkeit	-303	-356	53
- Auszahlungen aus Kredittilgung	-619	-167	-452
Cashflow Finanzierung	619	167	452
Einzahlungen aus Verk. v. Sachanlagen	1	0	1
- Auszahlungen für Invest. Sachanlagen	1.230	348	882
- Auszahlungen für Invest. immat. Gegenst.	13	7	6
Cashflow aus Investition	-1.242	-355	-887
Zahlungswirksame Veränderungen	-926	-544	-382
Finanzmittel am Ende der Periode	2.980	3.905	-925

Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 931 T€ erhöht.

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Erhöhung des Anlagevermögens in Höhe von 1.214 T€. Korrespondierend hierzu haben sich die liquiden Mittel der Gesellschaft um 925 T€ verringert.

Die städtischen Eigenmittel wurden mit 4.431 T€ im Jahr 2010 als Kapitalrücklage in die Gesellschaft durch die Stadt eingezahlt. Die Finanzplanung der Stadt sieht für die folgenden Jahre weitere Einzahlungen der Stadt vor:

Wirtschaftsjahr 2013	821 T€
Wirtschaftsjahr 2014	0 T€
Wirtschaftsjahr 2015	2.700 T€
Wirtschaftsjahr 2016	0 T€
Wirtschaftsjahr 2017	0 T€
Gesamt	3.521 T€

Nachweis: Siehe Maßnahmenbeschreibung zum Kultur- und Bildungszentrum im Förderantrag der Stadt Alsdorf 2012 vom 27. 09. 2012, RdNr. 6 (Seite 17 u. 18) Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen.

Als städtische Eigenmittel wären folglich 7.951 T€ (21,2 %) zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme zu erwarten. Der Finanzierungsanteil der Gesellschaft soll im Rahmen der Kreditfinanzierung erbracht werden. Die Refinanzierung und Besicherung der Kreditmittel soll im Rahmen eines Mietverhältnisses mit der Stadt, durch Abtretung der Mietforderungen gegen die Stadt Alsdorf an den Kreditgeber erfolgen.

Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen zur Rentabilität

Kennzahlen zur Rentabilität:

Eigenkapitalrentabilität

Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	71	34
Eigenkapital	4.549	4.478
Eigenkapitalrentabilität in %	1,56	0,76

Umsatzrentabilität

Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Gesamtleistung}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	71	34
Gesamtleistung	2.275	739
Umsatzrentabilität in %	3,13	4,61

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenrentabilität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	1.610	396
Gesamtvermögen	5.800	4.869
Anlagenintensität in %	27,76	8,14

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	4.549	4.478
Gesamtkapital	5.800	4.869
Eigenkapitalanteil in %	78,43	91,96

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	1.251	392
Eigenkapital	5.800	4.869
Verschuldungsgrad in %	27,51	8,75

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nicht ergeben.

Prognosebericht

Auch der zukünftige Schwerpunkt für Verwaltung der übertragenen Aufgaben wird sich auf die Optimierung der Dienstleistungen für die Gesellschafterin erstrecken. Ziele hierfür sind die Verbesserung des baulichen Zustandes, der Umfang des vorhandenen Immobilienbestandes und die Anhebung des baulichen Standards. Die Umsetzung wird dabei durch die Mittelbereitstellung der Stadt bestimmt.

Neben der reinen Objektverwaltung wird die Gesellschaft für den Schulträger, aber auf Rechnung der Gesellschaft, das Kultur- und Bildungszentrum (KuBiZ) auf dem Annagelände errichten.

Mit Beschluss vom Februar 2009 hat der Rat der Stadt Alsdorf den Grundsatzbeschluss zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums auf dem Annagelände gefasst und die städtische Gesellschaft, die GSG Grund- und Stadtentwicklung, mit Schreiben vom 01.12.2011 (Ratsbeschluss vom 04.11.2011) mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt. Über die Umsetzung der Maßnahme, den Stand des Planungsverfahrens, die Höhe der Investitionskosten sowie das Förderverfahren des Landes im Rahmen des integrativen Handlungskonzeptes "Soziale Stadt" wurden die Mitglieder des Rates in einer gemeinsamen Informationsveranstaltung am 08.11.2012 umfassend informiert. Danach hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 13.12.2012 auch die bauliche Umsetzung des Kultur- und Bildungszentrums beschlossen.

Für das geplante Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände hat NRW.URBAN im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) Leistungen im Rahmen der Anentwicklung erbracht und übernimmt jetzt das Projektmanagement. Bestandteil der Anentwicklung war die Durchführung eines VOF-Verfahrens zur Auswahl eines Generalplaners, dass in 2012 mit der Beauftragung der Generalplanungsgesellschaft GMP (Architekten von Gerkan, Marg und Partner) abgeschlossen werden konnte.

Lag der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaft 2012 noch in der Zusammenführung und Entwicklung der treuhänderischen Dienstleistungsbereiche zur Immobilienbewirtschaftung, so wird das Wirtschaftsjahr 2013 durch die ersten großen eigenen Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums geprägt sein. So berücksichtigt der Vermögensplan 2013 Investitionskosten für die Herrichtung der Kraftzentrale mit rd. 1.093 T€, Baukosten für die Errichtung des Neubaus und der Sporthalle mit rd. 3.000 T€, und den notwendigen Grunderwerb einschl. der Kraftzentrale mit rd. 686 T€ sowie Planungs- u. Baunebenkosten in Höhe von rd. 2.734 T€. und lässt einen Mittelabfluss in 2013 Höhe von rd. 10.560 T€ erwarten. Unter Berücksichtigung der Erträge aus den Landeszuweisungen und den Einzahlungen der Stadt in Höhe von rd. 2.475 T€, ist im Wirtschaftsjahr 2013 mit einer Inanspruchnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung des KuBiZ in Höhe von rd. 8.100 T€ zu erwarten.

Damit wird die Gesellschaft 2013 voraussichtlich auf Kreditmittel des Finanzmarktes zurückgreifen müssen.

#

Chancen- und Risikobericht

Mit der engen vertraglichen Bindung der Gesellschaft an die Stadt Alsdorf ist auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Alsdorf von Bedeutung. Insbesondere auch deshalb, weil Kommunen mit negativem Eigenkapital nur beschränkt Investitionsfinanzierungen im Rahmen ihres Haushaltes durch die Aufsichtsbehörden zugestanden werden.

Mit Verfügung der Kommunalaufsicht vom 23.07.2012 wurde der Haushalt der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2012 sowie die Finanz- und Investitionsplanung der Stadt für die Jahre 2012 bis 2017 genehmigt.

Die Fortschreibung der Haushalts- und Finanzplanung 2013 - 2017 der Stadt Alsdorf liegt dem Rat zur Beschlussfassung vor und soll in der Sitzung des Rates am 25.04.2013 beschlossen werden. Für die Besicherung der Darlehen der Gesellschaft im Rahmen einer Forfaitierung zur Finanzierung des KuBiZ und die zu verhandelnden Zinssätzen wird es auch von Bedeutung sein, wie die Finanzlage der Stadt durch die Kreditinstitute eingeschätzt wird (Ranking Kommunen Basel III).

Für die Einschätzung des Unternehmerischen Risikos sind

- a. die übertragenen Aufgaben aus der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Objekte zu beurteilen, die die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf erfüllt

und

- B die eigenen Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums, die die Gesellschaft im eigenen Namen aber im Auftrag der Stadt Alsdorf errichtet.

Zu A

Aufgaben aus der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Objekte, die die Gesellschaft im Namen und für Rechnung der Stadt Alsdorf erfüllt.

Die Stadt Alsdorf ist eine kommunale Selbstverwaltungskörperschaft im Sinne der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Sie hat sowohl freiwillige wie Pflichtaufgaben zu erfüllen, die ihr durch Gesetz übertragen wurden. Hierzu hat sie die notwendigen Einrichtungen zu schaffen, zu betreiben und zu unterhalten, die zu ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind. Das von der Gesellschaft bewirtschaftete Objektportfolio erfasst Kindertagesstätten, Schulen, Feuerwehrhäuser, Verwaltungsgebäude, Friedhöfe und Spielplätze, Einrichtungen, die zu den pflichtigen Aufgaben der Stadt gehören.

Aus diesen Dienstleistungen der Gesellschaft für die Stadt entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Zu B

Eigene Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums, die die Gesellschaft im eigenen Namen aber im Auftrag der Stadt Alsdorf errichtet.

Die Gesellschaft finanziert und errichtet in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms "Soziale Stadt" das Kultur und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

Die Vorplanungen der Investitionsmaßnahme sind unter Beteiligung der Schulen abgeschlossen. Die hiernach erstellte Kostenschätzung zeigt auf, dass die Investitionsmaßnahme unter Berücksichtigung der bis 2015 zu erwartenden Steigerung des Baupreisindex von 4,5 v.H. (jährlich 1,5 %), mit rd. 37. 500 T€ erwartet werden muss.

Bei förderfähigen Kosten für die außerschulische Nutzungen von 14.755 T€ wird eine Landesförderung von rd. 11.522 T€ erwartet.

Mit den umfangreichen Baumaßnahmen ist auch ein nicht unerhebliches Risiko der Kostensteigerung verbunden. Zur Risikominimierung ist aus Sicht der Gesellschaft eine fachgerechte Begleitung der Baumaßnahme und zeitnahe Überwachung der Kostenentwicklungen unverzichtbar. Nach Durchführung eines VOF-Verfahrens wurde das Unternehmen Ernst & Young Real Estate GmbH mit den Projektsteuerungsleistungen beauftragt.

Die Maßnahme ist abhängig von der Bereitstellung der Landesmittel. Zuschussempfänger ist die Stadt Alsdorf, die die kassenwirksamen Fördermittel an die GSG Grund- und Stadtentwicklung weiterleiten wird. Mit einer ersten Teilbewilligung vom 01.12.2011 wurden der Stadt für die Förderung "Soziale Stadt" Zuwendungen des Landes in Höhe von 3.010 T€ bewilligt. Die hierin enthaltenen ersten Teilbewilligungen der Fördermittel für das KuBiZ sollen in den Wirtschaftsjahren Jahre 2013 und 2014 zur Auszahlung kommen.

Mit Zuwendungsbescheid vom 01.11.2012 wurden der Stadt Alsdorf Zuwendungen in Höhe von rd. 5.405 T€ bewilligt. Weitere Bewilligungen erfolgen durch das Land NRW in den Folgejahren.

Der am Fremdkapitalmarkt zu beschaffende Finanzierungsanteil der Gesellschaft für den Bau des Kultur- und Bildungszentrums ergibt sich folglich aus zwei wesentlichen Bestandteilen:

Zum Einen wird während der Bauphase eine kurzfristige Zwischenfinanzierung der avisierten Landesmittel von Nöten sein; zum Anderen müssen die über die eingezahlten, bzw. noch einzuzahlenden Eigenmittel der Alleingesellschafterin Stadt Alsdorf und über die Zuwendungen Dritte hinausgehenden Investitionskosten langfristig fremdfinanziert werden.

Zur Minimierung des Finanzierungsrisikos erfolgt eine konkrete Abstimmung der notwendigen Kreditmittel mit dem jeweiligen Bauzeitenplan des Generalplaners.

Alsdorf, 31. März 2013

G. Jansen

Geschäftsführer

IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft

FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	FOGA - Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Annastraße 2-6 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,000%
E-mail	info@stadthalle-alsdorf.de	
Homepage	www.stadthalle-alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Rechtsform	GmbH	Keine
Gesellschaftsvertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 17.11.1992, zuletzt geändert am 05.04.2000	
Gesellschaftsführer	Alfred Sonders	
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschaftsversammlung	
Stammkapital	127.822,97 €	
Anteil der Stadt in €	127.822,97 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Betrieb von Freizeiteinrichtungen der Stadt Alsdorf, insbesondere der Stadthalle, der Tageserholungsanlage mit ihren Angeboten, des Hotels und des Stadtbades mit seinen Einrichtungen.

Bis zum 31. Dezember 2007 beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft darauf, die Stadthalle zu betreiben und zu unterhalten. Mit Wirkung vom 01. Januar 2008 hat die Gesellschaft zusätzlich die Bewirtschaftung der Tageserholungsanlage Broichbachtal der Stadt Alsdorf übernommen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung der Einwohner mit kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten. Diese sollen unter anderem die Steigerung des Gemeinwohls im Stadtgebiet fördern, um gegebenenfalls auch eine weitere Anzahl von Menschen dafür begeistern zu können sich im Raum der Stadt Alsdorf niederzulassen.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	1,00
II. Sachanlagen	126.493,06	166.303,41	166.626,22
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	7.582,80	7.798,64	8.827,52
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	53.932,71	37.940,32	100.563,95
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	112.791,23	65.290,38	130.324,75
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.566,71	6.313,32	6.306,87
	306.367,51	283.647,07	412.650,31
Passivseite	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97	127.822,97
II. Kapitalrücklage	5.319.296,44	5.245.297,93	5.155.297,93
III. Verlustvortrag	-5.323.050,80	-5.253.187,19	-5.176.110,41
IV. Jahresfehlbetrag	-15.741,06	-69.863,61	-77.076,78
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	21.174,53	40.549,00	60.809,86
C. Rückstellungen	34.838,22	43.966,83	36.378,63
D. Verbindlichkeiten	123.206,21	128.271,04	269.960,83
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18.821,00	20.790,10	15.567,28
	306.367,51	283.647,07	412.650,31

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	733.349,82	742.294,39	744.128,59
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-215,84	-1.028,88	8.827,52
2. sonstige betriebliche Erträge	182.279,36	174.222,97	182.634,87
3. Materialaufwand	54.363,54	68.286,01	59.691,87
4. Personalaufwand	499.890,04	512.709,88	489.098,52
5. Abschreibungen	42.448,96	42.203,31	42.482,70
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	334.123,33	362.876,28	421.723,26
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	424,14	1.557,28	1.032,77
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29,65	129,93	241,53
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-15.018,04	-69.159,65	-76.614,13
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	-0,77
11. sonstige Steuern	723,02	703,96	463,42
12. Jahresfehlbetrag	15.741,06	69.863,61	77.076,78

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalquote	35 %	7 %	19 %

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts- / satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste betragen für:

2010	90.000,00 €
2011	90.000,00 €
2012	90.000,00 €

Gemäß Pachtvertrag zwischen der Stadt Alsdorf und der FOGA GmbH vom 01.01.2009, trägt die Gesellschaft nur die sich aus dem Betrieb der Stadthalle ergebenden verbrauchsabhängigen Kosten für Strom, Gas, Wasser und Heizung. Die übrigen Betriebskosten werden mit der Pacht abgegolten, die im Jahr 2012 – 60.000 Euro betrug. Der Stadt Alsdorf ist darüber hinaus für die laufende Instandhaltung des Gebäudes, der maschinellen Ausstattung und Einrichtung zuständig.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Verwaltung:	Herr Kämmerer Michael Hafers (seit dem 14.04.2011) <i>Vertreter:</i> Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 14.04.2011)
SPD – Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Jörg Wilms (seit dem 30.09.2010)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Konrad Krämer (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Hans-Reiner Steinbusch (seit dem 30.09.2010)
FDP-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Liska (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Stefan Rohman (seit dem 30.09.2010)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 27.10.2009)
ABU-Fraktion	Herr Stv. Norbert Koerlings (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Huber Hennes (seit dem 30.09.2010)
GRÜNE-Fraktion:	Frau Stv. Beatrix Schongen (seit dem 27.10.2009) <i>Vertreter:</i> Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 30.09.2010)
Fraktionsloses Ratsmitglied:	Herr Metin Sak (seit dem 27.10.2009)

b) Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Dezernent Stephan Spaltner (seit dem 27.10.2009)
-------------	--

Lagebericht

Die Gesellschaft hat zulässigerweise keinen Lagebericht aufgestellt.

Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Johannes-Rau-Platz 1 52249 Eschweiler	Stadt Eschweiler 41,000%
E-mail	stadtverwaltung@eschweiler.de	Stadt Stolberg 26,000%
Homepage	www.blausteinsee.com	Stadt Alsdorf 18,000%
Rechtsform	GmbH	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG 10,000%
Gesellschaftsvertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 07.12.2000	Gemeinde Aldenhoven 5,000%
Gesellschaftsführer	Hermann Götde, kaufm. GF Dr. - Ing. Bernd Hartlich, Prokurist Heinz Rehan, Prokurist	
Gremien	Gesellschaftsversammlung	Wesentliche Beteiligungen
Stammkapital	25.564,49 €	Keine
Anteil der Stadt in €	4.601,63 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Errichtung des Freizeitzentrums Blaustein-See. Zweck der Gesellschaft ist der Bevölkerung eine Anlage mit Einrichtungen zur Erholung und Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaft erwirbt alle erforderlichen Rechte zur Errichtung und Betreibung des Freizeitzentrum Blaustein-See.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck dieser Gesellschaft besteht darin, der Bevölkerung ein Erholungsgebiet zur Verfügung zu stellen und es möglichst ansprechend für Jedermann zu gestalten. So kann das Gemeinwohl nachhaltig gesteigert werden.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	1,00
II. Sachanlagen	2.854.382,69	2.859.729,69	2.869.264,77
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.647,24	13.949,76	14.625,72
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	61.277,16	64.525,64	26.919,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten	540,00	569,91	816,12
	2.924.848,09	2.938.775,00	2.911.625,75
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
II. Kapitalrücklage	3.242.180,22	3.242.180,22	3.242.180,22
III. Verlustvortrag	-1.663.500,89	-1.529.666,67	-1.354.774,90
IV. Jahresfehlbetrag	-186.803,00	-133.834,22	-174.891,77
B. Rückstellungen	16.800,00	25.060,00	12.640,00
C. Verbindlichkeiten	1.481.447,49	1.300.740,87	1.150.668,02
D. Rechnungsabgrenzungsposten	9.159,68	8.730,21	10.239,59
	2.924.848,09	2.938.775,00	2.911.625,75

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	<i>31.12.2012 EUR</i>	<i>31.12.2011 EUR</i>	<i>31.12.2010 EUR</i>
1. Umsatzerlöse	57.101,93	68.193,43	79.014,73
2. sonstige betriebliche Erträge	2.189,42	46.636,49	584,29
3. Personalaufwand	40.085,85	33.569,71	30.396,89
4. Abschreibungen	5.570,41	5.357,00	6.864,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	178.056,38	184.554,84	194.991,03
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			250,86
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.537,28	20.410,09	17.842,76
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-181.958,57	-129.061,72	-170.244,80
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,28	0,74	0,00
10. sonstige Steuern	4.844,71	4.773,24	4.646,97
11. Jahresfehlbetrag / -überschuss	-186.803,00	-133.834,22	-174.891,77

Kennzahlen

<i>Kennzahlen</i>	<i>31.12.2012</i>	<i>31.12.2011</i>	<i>31.12.2010</i>
<i>Eigenkapitalquote</i>	48,5 %	60,2 %	59,8 %

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts- / satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die Stadt Alsdorf beteiligte sich an den Grunderwerbskosten in Höhe von insgesamt 228.561,98 €.

An den Pumpkosten beteiligte sich die Stadt Alsdorf bis zum 20.06.2001 in Höhe von insgesamt 322.113,89 €.

Im Jahr 1986 wurde der Gesellschaft ein Darlehen in Höhe von 8.864,72 € gewährt. Dieses Darlehen wird mit jährlich 3 % getilgt. Zum 31.12.2012 beträgt die Restschuld 2.216,17 €.

Mit Bürgschaftsurkunde vom 04.03.2004 übernimmt die Stadt Alsdorf eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 144.000 €.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen bestellten Personen vertreten.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion: Herr Stv. Matthias Feilen (seit dem 27.10.2009)

Lagebericht zum Geschäftsjahr 2012

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das Ziel der Blaustein-See GmbH ist die Errichtung eines Freizeit- und Erholungsschwerpunktes für die Bevölkerung der Region Aachen. Dieser Zielsetzung entspricht die gemeinsame Verfolgung des Objektes durch mehrere (öffentlich-rechtliche) Gebietskörperschaften.

Der Blaustein-See, der seit 1994 mit Grundwasser aus dem in der Nähe liegenden Braunkohletagebau befüllt wird, kann mittlerweile als eine der Hauptfreizeitattraktionen in Eschweiler, der näheren Umgebung aber auch je nach ausgeübter Sportart dem nahe gelegenen Ausland bezeichnet werden. Sowohl die sehr gute verkehrliche Erreichbarkeit als auch das mannigfaltige Sportangebot garantieren, dass der See von einer Vielzahl von Wassersportlern positiv angenommen wird. Darüber hinaus ist er auch insbesondere für die Eschweiler Bürgerinnen und Bürger ein beliebtes Naturerholungsgebiet.

Wie bereits in mehreren Lageberichten dargestellt, sind die Erlöse aus dem Wassersport, insbesondere Tauchsport, erheblich rückläufig. Vergleicht man die Umsatzerlöse aus dem Jahre 2006 mit den Werten 2012 (124 TEUR, 57 TEUR) so ist ein Rückgang um rd. 54 % zu verzeichnen.

In erster Linie sind diese Rückgänge auf fehlende Parkplätze in Ufernähe zurückzuführen. Hier hat die Gesellschaft regiert und in unmittelbarer Nähe der Tauchbasis einen ufernahen Parkplatz geschaffen, der von den Wassersportlern sehr positiv angenommen worden ist. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die somit vorgenommene Verbesserung der Infrastruktur mit dazu beiträgt, die Attraktivität wieder auf einen Stand zu bringen der erwarten lässt, dass der Zuspruch wieder steigt und somit die Umsatzerlöse einen steigenden Verlauf aufnehmen werden.

Erlöse aus Grundstücksveräußerungen wurden nicht erwirtschaftet. Der kaum noch zu reduzierende Aufwand zum ordnungsgemäßen Betrieb des Sees einerseits und die stagnierende Entwicklung der Erlöse andererseits führen dazu, dass die Gesellschaft sich permanent in Liquiditätsschwierigkeiten befindet. Zur Abwendung wurde in 2012 ein Gesellschafterdarlehen bei der Belegkommune Stadt Eschweiler in Höhe von 100.000 € aufgenommen. Sollten weitere Erlösquellen nicht aufgetan werden, so ist zur Liquiditätssicherung die finanzielle Unterstützung aller Gesellschafter unabdingbar.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Analyse der Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2012 nur geringfügig verändert.

	2012	2011	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	2.854	2.860	-6
Umlaufvermögen	71	79	-8
Aktiva	2.925	2.939	-14
Eigenkapital	1.417	1.604	-187
Langfristiges Fremdkapital	843	662	-8
Kurzfristiges Fremdkapital (incl. RAP)	665	673	-8
Passiva	2.925	2.939	-14

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen erhöhte sich auf 97,6 % gegenüber dem Niveau des Vorjahres (97,3 %).

Die Eigenkapitalquote verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um -11,7 %- Punkte auf 48,5 %, der Anteil des langfristig verfügbaren Kapitals lag mit 77,3 % unter dem Vorjahresniveau (77,1 %).

#

Analyse der Finanzlage

Die Veränderung in der Bilanzstruktur spiegelt sich wie folgt in der Kapitalflussrechnung wider:

	2012 TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-94
Cashflow aus Investitionstätigkeit	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	90
Veränderung der liquiden Mittel	-4

Dabei weist der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit insbesondere auf den Mittelabfluss aus dem Jahresfehlbetrag (gemindert um die Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) hin.

Der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit resultiert aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern durch die Darlehensgewährung der Stadt Eschweiler in Höhe von EUR 100.000.

Eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2012 gesichert und ist auch weiterhin vorhanden; es ist damit zu rechnen, dass die laufenden finanziellen Verpflichtungen erfüllt werden können.

Analyse der Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein negatives Ergebnis erwirtschaftet.

	2012 TEUR	2011 TEUR	Veränderung TEUR
Gesamtleistung	57	68	-11
Rohergebnis	59	115	-56
Betriebsergebnis	-170	-114	-56
Finanzergebnis	-17	-20	3
Jahresergebnis	-187	-134	-53

Der Vergleich beider Jahre ist durch die fehlenden Erlöse aus Grundstücksveräußerungen im Jahre 2012 gekennzeichnet.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Hinsichtlich der Erzielung von Erlösen aus Grundstücksveräußerungen ist festzuhalten, dass der von der Gesellschaft eingeschlagene Weg, die im Masterplan ausgewiesenen Flächen an einen Großinvestor zur veräußern, aus unterschiedlichen Gründen fehlgeschlagen ist. Insoweit hat die Gesellschaft die Strategie geändert und eine Vermarktung aufgenommen, die auch die Veräußerung von Grundstücken in kleineren Dimensionen vorsieht. Dieser Strategiewechsel hat in 2012 noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass impulsgebende Infrastrukturobjekte nicht vorhanden sind. In Kenntnis dessen hat die Gesellschaft sich dazu entschlossen, hier tätig zu werden und in 2012 die Planungen für den Bau eines ufernahen Parkplatzes, eines Strandpavillons und eines Strandrestaurants aufgenommen. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung sind der ufernahe Parkplatz sowie der Strandpavillon in Betrieb genommen worden und werden sehr positiv aufgenommen. Die derzeitigen Verhandlungen mit Investoren, die kleinere Flächen am See erwerben möchten, nehmen einen positiven Verlauf, so dass alsbald mit Grundstücksverkäufen und –erlösen gerechnet werden kann.

Neben den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Wasserlieferanten unter der Zielsetzung einer kostenfreien bzw. zumindest preisreduzierten Lieferung des Wassers, ist es unabdingbar, dass Erlöse insbesondere aus den Grundstücksgeschäften erzielt werden müssen. Sollte dieser Weg nicht kurzfristig greifen, so werden die Liquiditätsprobleme weiterhin maßgebend die Handlungsfähigkeiten der Gesellschaft und damit auch die Entwicklung des Sees beeinflussen.

Bei nicht Erreichung der Zielsetzung „Kurzfristige Veräußerungen von Grundstücksflächen“ wird es unumgänglich, dass die Gesellschaftskommunen auf Grund der prekären Finanzsituation zu Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden müssen.

Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen

Es bestehen keine Anhaltspunkte, die eine Gefährdung der Gesellschaft aus den o.a. Risikobereichen erwarten lassen.

Eschweiler, den 30. September 2013

gez.: Hermann Gödde
(Geschäftsführer)

Energeticon gGmbH

Allgemeine Angaben

Firma	ENERGETICON gGmbH	Gesellschafter
Sitz	Konrad-Adenau-Allee 7 52477 Alsdorf	LVR Landschaftsverband Rheinland 50,000%
E-mail	harald.richter@energeticon.de	Stadt Alsdorf 25,000%
Homepage	www.energeticon.de	Städteregion Aachen 10,000%
Rechtsform	GmbH	Stadt Eschweiler 2,500%
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert Vom 01.10.2010	Stadt Stolberg 2,500%
Geschäftsführer	Frau Birgit Godehardt-Skudlarek (bis 31.05.2012) Herr Harald Richter (ab 01.06.2012)	Stadt Baesweiler 2,500%
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Geschäftsführer	Stadt Herzogenrath 2,500%
Stammkapital	26.000 €	Verein Euregionales Zentrum für Energieentwicklung und Bergbaugeschichte e.V. 2,5%
Anteil der Stadt in €	6.500 €	Bergbaumuseum Grube Anna e.V. Gesellschaft für Montangeschichte und Industriekultur 2,500%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Energeticon gGmbH verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, wie die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und –technische Entwicklung, Bildung und Erziehung, Kunst, Kultur, Umwelt und Landschaft, Denkmalschutz sowie Heimatpflege und Heimatkunde.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Errichtung der Energeticon gGmbH wurde nicht nur ein Ausstellungs-, Fachinformations- und Veranstaltungszentrum rund um das Thema Energie, Energieentwicklung und –zukunft geschaffen, sondern gleichzeitig auch ein außerschulischer Lernort und ein Museum auf dem Gebiet des Annaparks im Zentrum der Stadt Alsdorf.

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2012 <i>EUR</i>	31.12.2011 <i>EUR</i>	31.12.2010 <i>EUR</i>
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	728,00	1,00	0,00
II. Sachanlagen	592.290,35	99.181,05	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen	26.391,07	9.749,94	0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	706.882,12	1.206.401,20	100.493,23
C. Rechnungsabgrenzungsposten	794,86	220,00	0,00
	1.327.086,40	1.315.553,19	100.493,23
<i>Passivseite</i>	31.12.2012 <i>EUR</i>	31.12.2011 <i>EUR</i>	31.12.2010 <i>EUR</i>
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	947.468,54	1.031.463,96	35.000,00
III. Bilanzgewinn	759,96	759,96	0,00
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	268.877,24	39.657,06	0,00
C. Rückstellungen	53.436,01	189.015,33	3.000,00
D. Verbindlichkeiten	30.544,65	26.983,69	35.733,27
E. Rechnungsabgrenzung	0,00	1.673,19	0,00
	1.327.086,40	1.315.553,19	100.493,23

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	37.146,24	60.408,39	Entfällt.
2. andere aktivierte Eigenleistungen	36.877,87	0,00	
3. sonstige betriebliche Erträge	187.507,41	174.500,00	
4. Materialaufwand	8.449,32	3.179,16	
5. Personalaufwand	195.911,35	191.157,26	
6. Abschreibungen	12.880,40	6.117,00	
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	145.777,17	112.650,56	
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.736,68	17.422,88	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	158,72	24,41	
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-83.908,76	-60.797,12	
11. sonstige Steuern	86,66	1.529,00	
12. Jahresfehlbetrag	83.995,42	62.326,12	
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	759,96	759,96	
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	83.995,42	62.326,12	
15. Bilanzgewinn	759,96	759,96	

Kennzahlen

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
<i>Eigenkapitalquote</i>	93,67 %	83,45 %	62 %
<i>Anlagenintensität</i>	44,69 %	7,54 %	
<i>Verschuldungsgrad</i>	6,58 %	19,83 %	

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat als Mitglied vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 17.12.2009)
Arbeiterwohlfahrt:	Herr Matthias Feilen (seit dem 17.12.2009)
ABU-Fraktion	Herr Stv. Norbert Koerlings (seit dem 17.12.2009)

b) Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 17.12.2009)
1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 14.04.2011)
2. SPD-Fraktion	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 17.12.2009)
2. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 17.12.2009)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Geschäftsmodell

Die ENERGETICON gGmbH wurde in 2010 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und -technische Entwicklung. Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch die Errichtung und den Betrieb des ENERGETICON als euregionales Zentrum für Energieentwicklung und Bergbaugeschichte. Dies beinhaltet ein Ausstellungs-, Fachinformations- und Veranstaltungszentrum rund um das Thema Energie, Energieentwicklung und -zukunft. Zu diesem Zweck werden denkmalgeschützte Gebäude auf dem ehemaligen Zechengelände im Zentrum der Stadt Alsdorf (Annapark) genutzt. Die Gebäude werden saniert und zu einem Museum umgestaltet.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die insbesondere durch eine Finanz- und Staatsschuldenkrise gekennzeichnet waren, hatten keine spürbaren Auswirkungen auf die Projektentwicklung des ENERGETICON. Seine Finanzierung war durch vorliegende Bewilligungsbescheide und einen hinreichenden Eigenkapitalsockel zwar mit einem sehr engen, aber mit einem sicheren Budget weiterhin dargestellt. Die Bereitschaft zu konsumtiven Ausgaben war in der BRD nicht beeinträchtigt.

Im geplanten Einzugsbereich des ENERGETICON ging im Jahr 2012 keine vergleichbare Einrichtung an den Markt. Die Wettbewerbssituation hat sich von daher nicht verändert. Die in Aachen Rothe Erde neuerdings mit einem Tanzfestival bespielte ehemalige Industriehalle ist wesentlich großräumiger als die Säle des Fördermaschinenhauses; sie bewegt sich damit in einem anderen Marktsegment. In den LVR-Industriemuseen, die allerdings nur bedingt mit den (derzeitigen) Angeboten des ENERGETICON vergleichbar sind, war ein leichter Rückgang der Besucherzahlen zu verzeichnen.

Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2012 war geprägt von intensiven Vorbereitungen der Bauphase, von der technischen und personell/organisatorischen Optimierung der Geschäftsstelle und einer parallellaufenden Intensivierung des Teilbetriebs des ENERGETICON.

Der Teilbetrieb, der sich bislang naturgemäß nur auf die bereits nutzbaren Teile der Einrichtung beziehen kann, wurde auch im Jahr 2012 fortgesetzt. Hierbei handelte es sich insbesondere um öffentliche Kulturveranstaltungen und Tagungen im sanierten Fördermaschinenhaus sowie um Führungen in den bisher vorhandenen Teilen des fossil industriellen Abschnitts des künftigen Ausstellungsparcours. Mit Rücksicht auf die vorbereiten- den Herrichtungsarbeiten für die kommende Baustelle wurde 2012 eine Neuauflage der "Energie-meile" und des "Energiedialogs" ausgesetzt.

Kooperationen mit starken Partnern wurden 2012 fortgeführt. Hierbei sind insbesondere zu nennen das Grenzlandtheater (Greta), die Hochschule für Musik und Tanz Köln I Abteilung Aachen (Mai Klassik Festival), der trinationale Verbund außerschulischer Lernorte (Exploregio.net) und der Verein Grünmetropole. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Verein Bergbaumuseum Grube Anna II fand insbesondere durch aktive Unterstützung bei der Detailgestaltung der Ausstellung (Arbeitskreis Bergbau) und bei örtlichen Führungen ihren Ausdruck.

Das ENERGETICON übermittelte seinen Gemaal-Partnern (Eupen, Genk, Maastricht) auch 2012 einen Kulturbeitrag (Trio Testore) und führte selber Gemaal-Veranstaltungen durch (Brunsumer Mannenchor).

Die pädagogischen und Bildungsangebote des ENERGETICON fanden auch im Jahr 2012 Anklang. Aus räumlichen Gründen fanden sie teilweise in der Geschäftsstelle der Gesellschaft statt. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen konnte intensiviert werden (Energiespar-Detektive, Haus der kleinen Forscher, Ferienakademie, Bildungszugabe).

Das Vermietungsgeschäft des Fördermaschinenhauses an Fremdveranstalter (Unternehmen, Vereine, Privatpersonen) soll in den kommenden Geschäftsjahren kontinuierlich ausgebaut werden. Die Bekanntheit des Gebäudes als außergewöhnliche multifunktionale Veranstaltungsstätte nimmt stetig zu. Die Preisgestaltung soll, zur Vermeidung defizitärer Veranstaltungen, künftig zumindest eine Deckung der variablen Kosten sicherstellen; eine Deckung auch der Fixkosten ist anzustreben.

Im Jahr 2012 ging die bauliche und ausstellungsbezogene Projektentwicklung intensiv weiter: Bauanträge für Schmiede- und Kauengebäude gingen bei der Bauaufsichtsbehörde ein, das (bis auf seine Detaillierung) fertig gestellte Ausstellungskonzept fand die Zustimmung der Gesellschaftsgremien.

Die Gesellschaft organisierte mit hohem Aufwand die Umlagerung der umfänglichen Sammlungsbestände des Vereins Bergbaumuseum Grube Anna II in thematische Depots im Untergeschoss der Fördermaschinenhalle und in der Menage. Sie bilden künftig den Kern des fossil-industriellen Parcoursabschnitts, und dienen ferner als Optionspotenzial für spätere Wechsel- / Sonderausstellungen. Nicht mehr erforderliche Materialien wurden dem Recycling zugeführt. Schmiede- und Kauengebäude sowie die Außenanlagen des ENERGETICON sind nun für den Baubeginn präpariert. Die technische, organisatorische und personelle Ausstattung der Gesellschaft wurde verbessert und auf die kommende Bauphase ausgerichtet: Einführung der Rechnungswesenprogramme der DATEV eG, leistungsfähigerer Server, Verbesserung der technischen Ausrüstung des Technischen Leiters, Leasing eines Kombi-PKWs, Einstellung einer Finanzbuchhalterin, Einstellung von Aushilfen zur Betreuung von Veranstaltungen und zur örtlichen Vorbereitung der Baustelle.

Investitions- und Finanzierungsbereich

Im Wirtschaftsjahr 2012 beschränkten sich die investiven Maßnahmen im Bereich Gebäude im Bau auf Planungsleistungen der federführenden Fachbüros (Böll, INCO, Atelier Brückner). Unmittelbare Bauinvestitionen stehen für die Jahre 2013/14 an. Darüber hinaus wurden diverse Anschaffungen zur Optimierung des Geschäftsstellenbetriebes getätigt.

Mit der Sparkasse Aachen wurden Vorgespräche geführt bezüglich ggf. erforderlicher kurzfristiger Kredite zur Zwischenfinanzierung von EU-geförderten Maßnahmen der Kernaussstellung (Kostenerstattungsprinzip). Dies würde nur nötig, wenn das Eigenkapitalvolumen zur Vorfinanzierung nicht auskömmlich sein sollte.

Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis 2012 entspricht im Wesentlichen den Ansätzen des Wirtschaftsplanes 2012. Dies dokumentieren auch die Quartalsergebnisse die regelmäßig dem LVR-Beteiligungscontrolling gemeldet werden.

Im Geschäftsjahr konnten 37 T€ Umsatzerlöse aus dem Bereichen Vermietung und Veranstaltungen erzielt werden (Vj.: 60 T€). Im Geschäftsjahr konnten darüber hinaus 3 T€ mehr Spenden vereinnahmt werden als im Vorjahr. Insgesamt wurden Spenden in Höhe von 14 T€ an die Gesellschaft geleistet. Des Weiteren konnten im Geschäftsjahr 10 T€ im Rahmen der steuerfreien Vermögensverwaltung erzielt werden (Vj.: 3,5 T€).

Insgesamt hat sich der Jahresfehlbetrag um 22 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht und beträgt im Geschäftsjahr 84 T€.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-84	-62
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	13	6
- Abnahme der Rückstellungen	136	-186
- sonstige zahlungsunwirksame Erträge	37	
- Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7	6
- Zunahme anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	10	4
- Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12	-24
+ Zunahme anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	227	8
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-45	152

- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	469	105
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	1	
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-470	-105
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		1.059
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-15	
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	15	1.059
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Cashflows)	-499	1.106
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.206	100
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	707	1.206

c) Vermögenslage

Das Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,5 T€ erhöht

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Erhöhung des Anlagevermögens in Höhe von 533 T€. Korrespondierend hierzu haben sich die liquiden Mittel der Gesellschaft um 500 T€ verringert.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	593	99
Gesamtvermögen	1.327	1.316
Anlagenintensität in %	44,69	7,54

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	1.245	1.098
Gesamtkapital	1.327	1.316
Eigenkapitalanteil in %	93,82	83,45

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	82	218
Eigenkapital	1.245	1.098
Verschuldungsgrad in %	6,58	19,83

Kennzahlendefinition:

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Bilanzgewinn
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

#

II.5 Sonstige wesentliche Ereignisse

Krankheitsbedingt verließ die bisherige Geschäftsführerin, Frau Birgit Godehardt-Skudlarek, Ende Mai die Gesellschaft. Der bisherige Ausstellungskurator, Herr Harald Richter übernahm ab Juni die Geschäftsführung. Der Leitungswechsel der gGmbH konnte so weitgehend reibungslos gestaltet werden. Frau Dr. Birte Hauser erfüllt nun im Rahmen eines Zeitvertrages die Funktion einer Co-Kuratorin.

Im Zuge der technischen Bausubstanzuntersuchungen traten erhebliche statische Probleme in großen Teilen des Kauengebäudes zutage. Sie sind mit großer Wahrscheinlichkeit Spätfolgen des Grubenunglücks von 1930, in dessen Folge Teile des Kauengebäudes im Eiltempo wiedererrichtet wurden. Diese Probleme waren weder der Gesellschaft noch der Voreigentümerin (NRW.Urban) bekannt. Hier sind die erforderlichen Verkehrslastpotenziale deutlich unterschritten. Die bisher kalkulierten Rohbauaufwendungen verteuern sich dadurch um etwa 450.000 Euro. Durch Einsparungen bei den Außenanlagen sollen diese Kosten im Rahmen des bestehenden Budgets aufgefangen werden. Die zusätzlichen Maßnahmen bedingen eine Verlängerung der Bauausführung um ein Jahr bis August 2014.

Beim Abbruch des Brückenbauteils über der Herzogenrather Straße durch den EBV kam es Anfang 2012 zu einer massiven Beschädigung einer Außenwand des Kauengebäudes. Die Sanierung führte im Ergebnis zu einer Verbesserung der optischen Erscheinung dieser Fassade und konnte als Versicherungsangelegenheit für die Gesellschaft kostenneutral geregelt werden.

Das Grubenwasserthermieprojekt GrEEen (Grubenwasserenergie für das ENERGETICON) im Eduardschacht wurde in einem zweiten Antragsanlauf, nach Ausräumen vieler Sachprobleme, Ende 2012 nun doch mit 70%iger Förderquote vom Land NRW unterstützt.

Die Geschäftsführung nahm erste Kontakte zur Geschäftsstelle des großräumigen Förderprojektes Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) auf. Ziel ist, das ENERGETICON im Kontext der Energielandschaft Anna 2.1 im Programm der IRR zu platzieren. Ab 2015 sollen hierfür Fördermittel fließen.

III. Prognosebericht

III.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung

Die Energiepreisentwicklung der vergangenen Monate und der lange Winter haben die Energiewendediskussion wiederum angetrieben. Es gilt das unter Ziffer IV.1 Ausgeführte.

Im niederländischen Nachbarort Kerkrade wird erwogen, das Baudenkmal Schacht Nulland als Exklave zu Continium mit dem Thema Energievergangenheit- / -zukunft zu belegen. Die Geschäftsführung wird mit der Leitung des Continium Chancen der Zusammenarbeit auch bezüglich des Schachtes Nulland besprechen. Continium und ENERGETICON sind kooperierende Netzwerkpartner im exploregio.net. Es werden keine Wettbewerbsnachteile für die Gesellschaft erwartet.

III.2 wesentliche Geschäftsfelder

Im Vorgriff auf die anvisierte Eröffnung des ENERGETICON im August 2014 wird die Geschäftsführung Angebotspakete mit Programmen für verschiedene Zielgruppen erarbeiten lassen.

Soweit dies im Zusammenhang der im Mai beginnenden Bautätigkeit vor Ort möglich ist, wird die Gesellschaft bemüht sein, das vorhandene Interesse von Fernsehproduktionsgesellschaften für weitere Vermietungen des Standortes zu nutzen.

#

III.3 Investitions- und Finanzierungsbereich

Die aktuelle Mittelabflussplanung sieht die wesentlichen Investitionsblöcke der Gebäudesanierung im Jahr 2013 und im ersten Quartal 2014 vor. Die großen Ausstellungsinvestitionen liegen im zweiten und dritten Quartal 2014. Das GrEEen-Projekt fällt investiv vor allem 2014 / 15 zu Buche.

Wegen der Verlängerung des Durchführungszeitraumes ist ein Antrag auf Verlängerung der Bewilligungsfristen der EU-, der Städtebauförderungs- und der LVR-Kofinanzierungsmittel für die Ausstellung erforderlich. Dieser wird von der Gesellschaft zeitnah über die Stadt bei der Bezirksregierung Köln bzw. beim LVR eingereicht.

Bezüglich der Personalkosten ist eine weitere Beschäftigung von Frau Dr. Birte Hauser angezeigt. Ihr Zeitvertrag endet im Oktober 2013. Ihr Sachverstand als erfahrene Ausstellungskuratorin ist jedoch insbesondere während des Einbaus der Kernaussstellung in die Gebäude und im Außenbereich vonnöten.

Wie bereits unter Ziffer II.4 ausgeführt bemüht sich die Geschäftsführung um Platzierung des ENERGETICON im Kontext der Energielandschaft Anna 2.1 im Programm der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR), welches 2015 fertig sein soll.

III.4 Ergebnis

Trotz sehr engem Finanzierungsbudgets wird das ENERGETICON als Ganzes realisiert werden können. Die verschiedenen Netzwerke, die die Gesellschaft, und vor ihr bereits der Trägerverein, geknüpft hat, beginnen Früchte zu tragen im Bereich des Vermietungsgeschäftes und bei Projektrealisierung selber.

Die Anlaufferfolge des ENERGETICON werden wesentlich von einer effektiven Bewerbung der Einrichtung bei Schulen, Unternehmen oder Hochschulen abhängen.

IV. Chancen- und Risikobericht

IV.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Mit seinem Kernthema Energie greift das ENERGETICON ein Kernthema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2012 zentrale Diskussionsgegenstände nicht nur in Deutschland:

- Die Havarie des japanischen Atomkraftwerks Fukushima hatte zu einer erneuten massiven Änderung der deutschen Atomenergiepolitik geführt.
- Der in diesem Umfang unerwartet starke Zubau regenerativer Energiequellen (insbesondere Photovoltaik und Windenergie) führte wegen der ansteigenden, Strompreis beeinflussenden Kosten aus der EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zu einer öffentlichen Debatte über eine Verlangsamung des Zubaus der erneuerbaren Energien.
- Ebenfalls Sorgen um die Stabilität der Stromnetze bei einem schnell wachsenden Anteil schwankender Einspeisung regenerativer Energien und der Netzausbau insgesamt waren im öffentlichen Diskurs.
- Die steigenden Mobilitätskosten (Benzinpreise) waren auch 2012 im Focus einer breiten öffentlichen Diskussion.

Es ist davon auszugehen, dass die Energiefrage noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Die hohe Dynamik der Diskussion bietet für das ENERGETICON die Chance vielfältiger Anknüpfungspunkte für eigene und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen. Nach Erweiterung der bisherigen, sehr begrenzten infrastrukturellen Möglichkeiten hierfür durch Fertigstellung der Gebäudesanierung (Gartensaal der Schmiede, Panoramasäle des Kauengebäudes) und der Kernaussstellung verfügt das ENERGETICON über beste Voraussetzungen ein regionaler Kristallisationsort, ein regionales Forum zu dieser Debatte zu sein.

IV.2 Projektbezogene Chancen und Risiken

Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt zugleich die Gefahr schnell mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Um das Risiko von nicht zweckbindungskonformen Investitionen zu vermeiden, sieht die Gesellschaft folgendes vor:

Das Betriebsmodell des ENERGETICON begegnet dieser Gefahr dadurch, dass sich einerseits seine Kernaussstellung im Wesentlichen mit grundlegenden Fragen, und damit langfristig zutreffenden Antworten, historischer und künftiger Energieversorgung befasst, und dass andererseits durch temporäre Veranstaltungen und Sonderausstellungen Aktuelles aufgegriffen werden kann.

Zur Minimierung von Risiken sind zudem mehrere Kontrollinstanzen in das Umsetzungsverfahren integriert: Das städtische Rechnungsprüfungsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die „watchlist“ des LVR und dessen Vorortkontrollen des Rechnungsprüfungsamtes.

Die um ein Jahr verlängerte Bauzeit des ENERGETICON führt zu einem weiteren Verzehr des Eigenkapitals. Dies liegt insbesondere in den Kosten zur Finanzierung der Geschäftsstelle begründet. Es wird darum gehen durch Steigerung der Vermietungserlöse und durch Abbau der Veranstaltungsdefizite diese Kosten soweit möglich aufzufangen. Das Risiko eines defizitären Betriebes kann nur auf diesem Wege umgangen werden. Der wachsende Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad des Fördermaschinenhauses und seiner Veranstaltungen wird hierzu wesentlich beitragen. Die Vermietungsnachfrage der ersten Monate 2013 weisen in diese Richtung.

Die unumgängliche Umschichtung der für die Gestaltung der Außenanlagen vorgesehenen Städtebauförderungsmittel in Maßnahmen der Gebäudesanierung birgt das Risiko, dass diese Outdoor-Anteile des Ausstellungsparcours in ihrem technisch / gestalterischen Standard hinter den Indoor-Anteilen zurückfallen. Die Geschäftsführung arbeitet zur Zeit an alternativen Wegen zur Realisierung der Außenanlagen.

Nach den anfänglichen technischen Untersuchungen der Gebäudesubstanz sind zum jetzigen Kenntnisstand keine zusätzlichen Sanierungsaufwendungen zu erwarten.

IV.3 Ergebnis

Im Bereich der Umsätze muss der Gefahr des defizitären Betriebes während der Bauphase weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes entgegengewirkt werden.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass nach Aufnahme des Gesamtbetriebes durch neue Einnahmequellen (Eintrittserlöse, erweiterte Vermietungsoptionen etc.) ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden kann.

Dies gilt in gleicher Weise für die Rückführung des Eigenkapitalverzehrs.

V Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nicht ergeben.

Alsdorf, im April 2013

Richter
Geschäftsführer

Regio iT GmbH

Allgemeine Informationen

Firma	regio iT GmbH Gesellschaft für informations- technologie mbH, Aachen	Gesellschafter	E.V.A 61,27% Zweckverband INOFOKOM Gütersloh 15,00% StädteRegion Aachen 12,75% Stadt Aachen 0,98% Stadt Düren 1,00% Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH 1,00% Stadt Alsdorf 1,00% Stadt Baesweiler 1,00% Stadt Eschweiler 1,00% Stadt Herzogenrath 1,00% Stadt Monschau 1,00% Gemeinde Roetgen 1,00% Gemeinde Simmerath 1,00% Stadt Würselen 1,00%
Sitz	Lombardenstraße 24 52070 Aachen		
E-mail	info(at)regioit.de		
Homepage	www.regioit.de		
Rechtsform	GmbH		
Gesellschaftsvertrag	Vom 03.08.1967 (i.d.F. vom 29.12.2011)		
Geschäftsführer	Herr Dieter Rehfeld (Vorsitzender Geschäftsführung Aachen) Herr Günter Herrmann (Geschäftsführer Gütersloh) Herr Dieter Ludwigs (kaufm. Geschäftsführer Aachen)		
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat		
Stammkapital	307.228 €		
Anteil Stadt in €	3.072 €		
Anzahl Mitarbeiter	326 (davon 25 Auszubildene)		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Dazu werden bedarfsbezogene Informationsverarbeitungs-Dienstleistungen erstellt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die regio IT GmbH erfüllt ihren öffentlichen Zweck, in dem sie als IT-Dienstleister und Partner für Kommunen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen an den Standorten Aachen und Gütersloh innerhalb der vier Leistungsbereiche Verwaltung & Finanzen, Energie & Entsorgung, Bildung & Wissen, IT Service & Betrieb lösungsorientierte Produkte und Dienstleistungen entlang der gesamten IT-Wertschöpfkette anbietet.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			Entfällt.
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.766.034,85	4.606.749,25	
II. Sachanlagen	5.556.127,21	5.882.663,28	
III. Finanzanlagen	15.207,02	15.207,02	
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.313.765,94	3.169.862,03	
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	8.287,99	780.310,36	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	797.492,37	1.055.518,07	
	14.456.915,38	15.510.310,01	
Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	307.228,00	300.000,00	
II. Kapitalrücklage	388.066,00	0,00	
III. Jahresüberschuss	1.965.510,83	1.515.307,00	
B. Rückstellungen	4.607.677,35	5.108.619,50	
C. Verbindlichkeiten	7.171.273,56	8.092.093,61	
D. Rechnungsabgrenzungsposten	17.159,64	494.289,90	
	14.456.915,38	15.510.310,01	

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	31.12.2012 <i>EUR</i>	31.12.2011 <i>EUR</i>	31.12.2010 <i>EUR</i>
1. Umsatzerlöse	46.033.226,06	39.825.651,23	Entfällt.
2. sonstige betriebliche Erträge	818.398,99	674.395,59	
3. Materialaufwand	16.627.553,99	14.425.759,29	
4. Personalaufwand	18.349.478,43	15.506.445,27	
5. Abschreibungen	3.420.380,24	3.288.794,20	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.436.949,06	4.769.226,70	
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	175,24	3.958,57	
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	8.627,79	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	220.050,77	174.415,45	
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.797.387,80	2.330.736,69	
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	825.287,03	809.209,30	
14. sonstige Steuern	6.589,94	6.220,39	
15. Jahresüberschuss	1.965.510,83	1.515.307,00	

<i>Kennzahlen</i>	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalquote	18,4 %	11,7 %	Entfällt.
Umsatzrentabilität	4,3 %	3,8 %	
Eigenkapitalrentabilität	73,9 %	83,5 %	
Gesamtkapitalrentabilität	15,1 %	10,9 %	

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen bestellten Personen vertreten.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:

Herr Erster Beigeordnete Ralf Kahlen
(seit dem 24.11.2011)

Vertreter: Herr Thomas Dieckmann, Stadtverwaltung
(seit dem 11.12.2012)

regio IT- gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen

Lagebericht

1. Gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Die regio IT GmbH ist IT-Dienstleister und Partner für Kommunen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. An den Standorten Aachen und Gütersloh werden innerhalb der vier Leistungsbereiche Verwaltung & Finanzen, Energie & Entsorgung, Bildung & Wissen, IT Service & Betrieb lösungsorientierte Produkte und Dienstleistungen entlang der gesamten IT-Wertschöpfungskette angeboten.

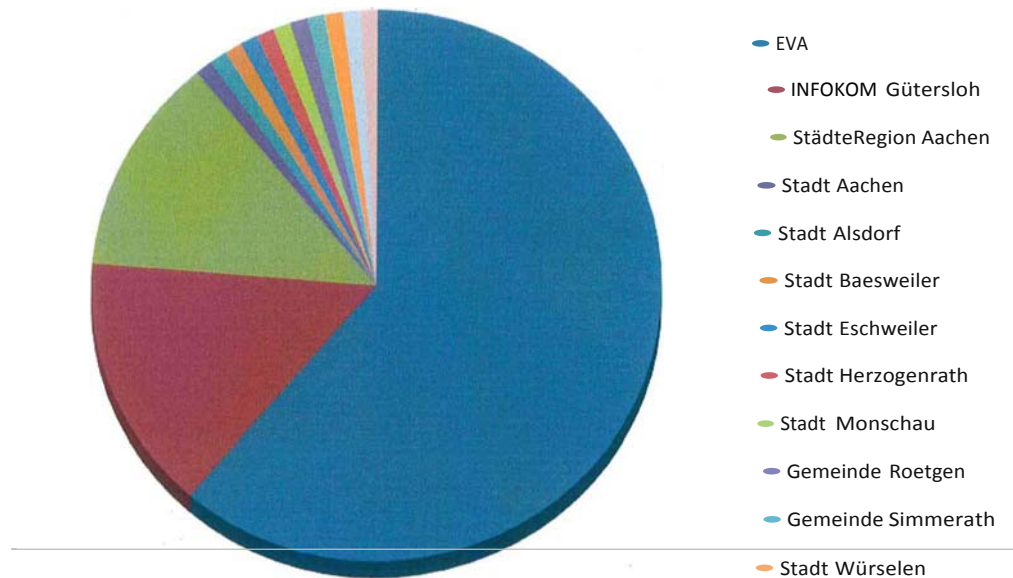
Auch im Jahre 2012 konnten weitere Gesellschafter für die regio IT gewonnen werden. Zum 31.12.2012 halten der Kreis Düren, die Stadt Düren, die Stadt Alsdorf, die Stadt Baesweiler, die Stadt Eschweiler, die Stadt Herzogenrath, die Stadt Monschau, die Gemeinde Roetgen, die Gemeinde Simmerath und die Stadt Würselen jeweils 1 %.

Somit ergibt sich zum 31.12.2012 folgende Struktur:

Gesellschafter

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen	61,27%
INFOKOM Gütersich AöR- Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	15,00%
StädteRegion Aachen	12,75%
Stadt Aachen	0,98%
Stadt Alsdorf	1,00%
Stadt Baesweiler	1,00%
Stadt Eschweiler	1,00%
Stadt Herzogenrath	1,00%
Stadt Monschau	1,00%
Gemeinde Roetgen	1,00%
Gemeinde Simmerath	1,00%
Stadt Würselen	1,00%
Stadt Düren	1,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1,00%

#



1.2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Bereich der Informationstechnologie in Deutschland blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2012 zurück. Der Branchenverband BITCOM prognostiziert für das Jahr 2012 ein Wachstum von 2,3 % gegenüber dem schon sehr erfolgreichen Vorjahr 2011. Alle drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) konnten eine positive Wachstumsrate vorweisen. Insgesamt wird in Deutschland voraussichtlich ein Umsatz von 72,8 Mrd. € im Bereich der Informationstechnik erzielt.

Der Softwarebereich legte im Jahre 2012 kräftig um 4,4% auf 16,9 Mrd. € zu. Auch das Geschäft mit IT-Dienstleistungen wie Outsourcing und Wartung wächst um 2,1 % auf 34,9 Mrd. €. Der IT-Hardwaremarkt ist mit 1,1 % ebenfalls im Plus, entwickelt sich aber aufgrund des anhaltenden Preisverfalls etwas schwächer. Dagegen setzt sich der Boom bei Tablet- Computern fort. Der Umsatz wird voraussichtlich um 41 % auf 1,6 Mrd. € steigen.

Die insgesamt erfreulichen Umsatzzahlen sorgen für weitere Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Nach aktuellen Zahlen waren 2011 in der IT-Branche 876.000 Personen beschäftigt. Dies war ein Anstieg um 3,6% oder 28.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Für das Jahr 2012 erwartet man einen weiteren Anstieg um ca. 1,2 % auf dann 886.000 Beschäftigte. Genau hier liegt auch die Herausforderung für die kommenden Jahre, da die steigenden Umsätze in neue Arbeitsplätze umgesetzt werden müssen. Hierzu benötigt die Branche attraktive Rahmenbedingungen am Technologiestandort Deutschland sowie ein leistungsfähiges Bildungswesen, das den Nachwuchs auf Berufswege in die IT vorbereitet. Die größte Herausforderung der Branche ist weiterhin der Fachkräftemangel

Für das Jahr 2013 prognostiziert BITCOM für den deutschen Markt der Informationstechnik ein weiteres Wachstum um 2,8% gegenüber dem Jahr 2012. Laut dem Hightech-Verband BITCOM wird der IT-Bereich in 2013 deutlich stärker wachsen als die Wirtschaft. Insgesamt als Querschnittstechnologie hat IT eine herausragende Position. Der ungebrochene Boom bei Smartphones und Tablets mit steigendem Bedarf an mobilen Lösungen sowie die weitere hohe Nachfrage nach Cloud-Computing führen hier zu wachsenden Umsätzen. Genau in diesen Wachstumsfeldern hat die regio iT erste Produkte am Markt platzieren können.

2. Geschäftsentwicklung 2012 und Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen im Jahr 2012 bei insgesamt 46,0 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr (39,8 Mio. €) stiegen die Umsatzerlöse um 15,6% oder 6,2 Mio. €. Der Umsatzanstieg ist vor allem auf den Kauf der IT-Sparte der INFOKOM Gütersloh AöR zurückzuführen. Dieser erfolgte zum 01.10.2011 und wirkt sich erstmals in 2012 ganzjährig aus. Daneben sind auch die Umsätze insgesamt mit unseren Bestandskunden weiter gestiegen. Bei den Umsatzerlösen mit Dritten, die 2011 ein Volumen von 30,7 Mio. € erreichten, ergibt sich für das Jahr 2012 (37,1 Mio. €) eine Steigerung von 6,4 Mio. € oder 20,9 %. Bei den Umsatzerlösen mit verbundenen Unternehmen ist ein leichter Rückgang von 9,0 Mio. € auf 8,9 Mio. € zu verzeichnen.

In den einzelnen Umsatzsegmenten haben sich die Umsatzerlöse aus Produktnutzung, insbesondere durch die neuen Kunden in der Region Gütersloh, sehr positiv entwickelt. Im Jahr 2012 konnte hier ein Produktumsatz von 35,7 Mio. € erzielt werden, was einem Zuwachs von 6,4 Mio. € entspricht.

Im Bereich des Hard- und Softwareverkaufs sowie des angebotenen Leasings für das Handelsgeschäft konnte der Vorjahreswert von 4,4 Mio. € wieder erreicht werden. Erwartet wurden starke Umsatzeinbrüche durch den starken Preisverfall im Hardware-Bereich und einer längeren Nutzungsdauer der Kunden für die eingesetzte Hardware. Dies ist durch Neukundengeschäft kompensiert worden.

Der Umsatz aus Dienstleistung & Beratung lag im Jahr 2012 bei 3,7 Mio. € und somit um 0,3 Mio. € unter dem Vorjahreswert (4,0 Mio. €). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in 2011 ein Großprojekt im Konzernumfeld umgesetzt wurde.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Jahresvergleich von 0,7 Mio. € auf 0,8 Mio. € gestiegen. Während die Fördermittel für Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Vergleich zum Vorjahr gesunken sind (-0,2 Mio. €), wurde dies durch Einmaleffekte bei der Auflösung von Rückstellungen (+ 0,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr) kompensiert.

Im Jahr 2012 entstanden Materialaufwendungen in Höhe von 16,6 Mio. €, die um 2,2 Mio. € oder 15,3% über den Aufwendungen des Jahres 2011 (14,4 Mio. €) liegen. Die Erhöhung der Materialaufwendungen ist insbesondere auf höhere Systemaufwendungen (Wartung für Soft- und Hardware) (+ 0,8 Mio. €), höheren Lieferungen/Leistungen zur Weiterberechnung (+ 0,7 Mio. €) und höheren Personalaufwendungen für zugewiesene Beamte des Zweckverbandes Gütersloh sowie der Stadt Aachen (+ 0,5 Mio. €) zurück zu führen. Die höheren Systemaufwendungen und die Lieferungen/Leistungen zur Weiterberechnung korrespondieren mit den wesentlich gestiegenen Umsatzerlösen.

Das betriebliche Rohergebnis ist aufgrund des signifikanten Umsatzanstiegs im Vergleich zum Jahr 2011 gestiegen. Dieses beträgt für das Jahr 2012 30,2 Mio. € und ist im Vergleich zum Jahr 2011 (26,1 Mio. €) um 15,9% gestiegen. Diese positive Entwicklung des Rohergebnisses spiegelt auch den weiteren Ausbau der eigenen Wertschöpfung im Unternehmen wider.

Die Personalaufwendungen der Angestellten liegen mit 18,3 Mio. € (Vorjahr 15,5 Mio. €) um 2,8 Mio. € oder 18,3 % über dem Vorjahreswert. Die Personalkosten der übernommenen ehemaligen Angestellten der INFOKOM Gütersloh AöR im vierten Quartal 2011, zusätzliche Einstellungen sowie eine Tarifierhöhung in 2012 führten zu dieser Steigerung.

Die Abschreibungen des Jahres 2012 liegen bei 3,4 Mio. € und somit um 0,1 Mio. € über dem Jahr 2011. Insbesondere das übernommene Anlagevermögen der INFOKOM Gütersloh AöR führte zu dieser Erhöhung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 5,4 Mio. € und sind im Vergleich zum Vorjahr (4,8 Mio. €) um 0,6 Mio. € gestiegen. Zusätzliche Mietkosten für die Niederlassung Gütersloh, gestiegene Seminargebühren und Fortbildungskosten aufgrund des personellen Anstiegs bei der regio iT sowie gestiegene Reisekosten aufgrund der zwei Standorte führten im Wesentlichen zu dieser Erhöhung.

Das Finanzergebnis liegt bei -0,2 Mio. € und etwas über dem Vorjahresniveau. Ausschlaggebend hierfür ist ein in 2012 aufgenommenes Darlehen zur Finanzierung des Kaufes der IT-Sparte INFOKOM Gütersloh AöR.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit 2,8 Mio. € um 0,5 Mio. € über dem Vorjahresniveau (2,3 Mio. €). Im ersten Jahr nach Kauf der IT-Sparte INFOKOM Gütersloh AöR, welches im Zeichen der Konsolidierung der zwei Standorte stand, konnte sofort ein neues Rekordergebnis in der Unternehmensgeschichte der regio iT erwirtschaftet werden.

Nach Abzug der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1.965.511 €, was einem Anstieg gegenüber dem Jahr 2011 (1.515.307 €) von 450.204 € oder 29,7 % entspricht. Ursächlich für dieses besondere Ergebnis sind neben den signifikant gestiegenen Umsatzerlösen auch Einmaleffekte aus der Auflösung von Rückstellungen. Gegenüber dem geplanten Jahresüberschuss (1.486.000 €) ergibt sich sogar eine Steigerung von 32,3 %.

2.2. Finanzlage

Für die Finanzierung von Investitionen steht der regio iT das konzernweite Cash-Pooling zur Verfügung. Zum Stichtag bestanden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2,4 Mio. € (Vorjahr 1,2 Mio. €). Aufgrund des Erwerbes der IT-Sparte der INFOKOM Gütersloh AöR wurde ein weiteres Darlehen aufgenommen. Im Rahmen der Gewinnung neuer Gesellschafter wurde eine Kapitalerhöhung vorgenommen, wodurch sich die Eigenkapitalquote im Vergleich zum Vorjahr verbessern konnte. Die folgende Übersicht zeigt die Finanzlage sowie Veränderung von Bilanz- und Vermögenstruktur im Jahresvergleich.

Finanzen	2012	2011	Bilanzstruktur	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€			
Mittelverwendung			Vermögen		
Zugänge Anlagevermögen	3.254	6.959	Anlagevermögen	71,5%	67,7%
Verringerung passive RAP	477	1.663	Umlaufvermögen	23,0%	25,5%
Erhöhung aktive RAP	0	894	RAP	5,5%	6,8%
Darlehenstilgungen	0	442		100,0%	100,0%
Verringerung sonst. Verbindlichkeiten	2.136	0	Kapital		
Verringerung Rückstellungen	501	0	Eigenkapital	18,4%	11,7%
	6.368	9.958	Bankdarlehen	16,8%	7,8%
Mittelherkunft			Rückstellungen	31,9%	32,9%
Abschreibungen	3.420	3.297	übrige		
Erhöhung sonst. Verbindlichkeiten	0	3.733	Verbindlichkeiten	32,8%	44,4%
Erhöhung Bilanzgewinn	450	1.307	RAP	0,1%	3,2%
Erhöhung Kapitalrücklage	388	0		100,0%	100,0%
Erhöhung gezeichnetes Kapital	7	0			
Erhöhung Rückstellungen	0	895			
Verringerung Umlaufvermögen	628	712			
Abgänge Anlagevermögen	1	14			
Verringerung aktive RAP	258	0			
Darlehensaufnahmen	1.216	0			
	6.368	9.958			

2.3. Vermögenslage

Im Berichtsjahr 2012 lagen die Investitionen bei 3,3 Mio. € (Vorjahr 7,0 Mio. €). Umfangreiche Investitionen sind insbesondere im Bereich der IT-Infrastruktur sowie im Bereich der Applikationen (Lizenzen) getätigt worden.

Die hohe Investitionssumme des Jahres 2011 ist auf den Erwerb der IT- Sparte der INFOKOM Gütersich AöR zurückzuführen.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem 31.12.2011 um 1,1 Mio. € verringert. Die bilanzielle Eigenkapitalquote als Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital verbessert sich aufgrund der Einzahlungen der neuen Gesellschafter in die Kapitalrücklage von 0,4 Mio. € und des eingestellten Jahresüberschusses von 2,0 Mio. € um 6,7% auf 18,4 %.

3. Personal

Zum 31. Dezember 2012 waren bei der regio iT 326 (Vorjahr 309) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 25 Auszubildende (Vorjahr 21) beschäftigt. Zusätzlich wurden von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersich insgesamt 39 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr 38) zugewiesen.

Die regio iT hält das Siegel "Beruf und Familie" der unabhängigen Hertie- Stiftung seit Sommer 2011.

Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist dem Unternehmen wichtig. Für die Praxis heißt das: Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen wurden in eine tragfähige Balance gebracht. Bestehende Strukturen in Handlungsfeldern wie Arbeitsorganisation, Informations- und Kommunikationspolitik, Personalentwicklung und Familienservice wurden ständig weiterentwickelt. In 2012 wurde uns von der berufundfamilie Service GmbH (Beteiligungsgesellschaft der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung) bescheinigt, dass unsere Maßnahmen und Angebote im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Das nächste Audit steht im August 2013 an.

Zur weiteren Unterstützung des Integrationsprozesses der beiden Standorte wurden in Zusammenarbeit mit einem externen Unternehmen für die einzelnen Teams Workshops durchgeführt. Ziel hierbei war es, dass sich die neuen standortübergreifenden Teams intensiv kennenlernen und eine aktuelle Situationsanalyse erarbeitet wurde, um so Maßnahmen abzuleiten, die die Zusammenarbeit erleichtern und verbessern. In dem Zeitraum von Juni 2012 bis März 2013 haben insgesamt 13 Teamworkshops stattgefunden. Die Rückmeldung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Durchführung sowie die Inhalte der Team-Workshops war durchweg positiv. Die Ergebnisse der Teamworkshops sind somit auch ein wichtiger Indikator für die Leistungsfähigkeit des Unternehmens im Hinblick auf den noch anhaltenden Fusionsprozess.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das integrierte Managementsystem (IMS) der regio iT ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001, ISO I IEC 20000 und ISO I IEC 27001. Die regio iT legt hiermit ihr wirkungsvolles und aufgabengerechtes Managementsystem im Sinne einer optimalen Unternehmensorganisation fest.

In 2006 wurde das neu eingeführte Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach ISO 9001 zertifiziert. Sowohl in 2009 als auch in 2012 haben unabhängige Prüfer diese Zertifizierung bestätigt und somit unserem Qualitätsmanagementsystem eine optimal aufgestellte prozessorientierte Organisation bescheinigt: Mit den definierten Qualitätsstandards tragen wir den Anforderungen unserer Kunden Rechnung und qualifizieren uns für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

ISO 20000 ist der internationale Standard zur Zertifizierung eines (IT-)Service- Managements. Dazu werden in der ISO I IEC 20000 die notwendigen Mindestanforderungen an Prozesse spezifiziert und dargestellt, die eine Organisation etablieren muss, um (IT-)Services in definierter Qualität bereitstellen und managen zu können. Erstmals wurde die Zertifizierung in 2008 vorgenommen. Eine erfolgreiche Rezertifizierung erfolgte in 2011.

Auch das Informationssicherheits-Managementsystem der regio iT ist als integraler Bestandteil des IMS nach einem international gültigen und anerkannten Standard, nach ISO I IEC 27001, ausgerichtet und zertifiziert. Konkret wurde der regio iT erstmals in 2009 bestätigt, dass sie den Umgang mit Informationen hinsichtlich der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und Revisionsicherheit optimal gestaltet. Im Rahmen einer Wiederholungsbegutachtung wurde die Zertifizierung in 2012 bestätigt

5. Nachtragsbericht

Die Strategie, dass Kunden auch Gesellschafter der regio iT werden, wird weiterhin verfolgt, auch grenzüberschreitend. Es gibt langjährige Geschäftsbeziehungen mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgien (DG), die sich durch eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung an der regio iT weiter festigen sollen. Die Gespräche haben sich soweit konkretisiert, dass ein Gesellschafter Unternehmensanteile abgeben wird. Bei weiterem positiven Verlauf der Gespräche soll eine rückwirkende Übertragung der Anteile zum 01.01.2013 vorgenommen werden.

6. Risikobericht

Im Rahmen des nach ISO 9001, ISO 20000 und ISO 27001 zertifizierten integrierten Managementsystems verfügt die regio iT über ein Risikomanagement, welches in das Risikomanagementsystem der EVA eingebunden ist. Mit diesen Instrumentarien werden nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und bestandsgefährdende Risiken erkannt. Als Ergebnis der jährlichen Risiko- Inventur liegen für 2012 keine bestandsgefährdenden Risiken vor.

7. Prognosebericht

Für das Wirtschaftsjahr 2013 und 2014 wird ein Jahresergebnis vor Steuern von 2.662 T€ bzw. 2.805 T€ erwartet. Die Herausforderung für 2013 liegt weiterhin in dem Integrationsprozess der beiden Standorte Aachen und Gütersloh, um durch Optimierungen in den Prozessen und durch Konsolidierungsmaßnahmen weitere Synergieeffekte zu erzielen. Ziel ist es, an den Standorten durch Neugewinnung von Kunden und Umsatzausbau bei Bestandskunden weiter zu wachsen. Die Effekte aus dem Zusammenschluss werden weiterhin eher mittelfristig gesehen.

Der Umsatz für das Jahr 2013 wird bei gleichzeitig geringeren Materialaufwendungen in etwa auf dem Niveau des Jahres 2012 liegen, wodurch sich der Rohertrag im Vergleich zum Jahr 2012 erhöhen wird. Durch eine Tarifierungsanpassung und zusätzlichen Einstellungen wird die Personalkostenintensität weiter steigen. Die frühzeitige Investition von Personalressourcen in neue strategische Themen wie z.B. Cloud-Computing oder mobile Applikationen zeigt schon erste Früchte. Im Bereich der mobilen Applikationen (Apps) konnte die regio iT auch außerhalb des Bestandskundengeschäftes schon Lösungen bundesweit platzieren. Auch im Themenkomplex Cloud sind erste Produkte vom Markt angenommen worden.

Für das Jahr 2013 ist ein voraussichtliches Investitionsvolumen von 4,3 Mio. € angesetzt worden. Die größten Einzelmaßnahmen bei Investitionen umfassen Hardware-Investitionen im Rechenzentrumsbetrieb.

Das Jahr 2013 wird vordergründig davon geprägt sein, den Integrationsprozess der beiden Standorte weiter zu forcieren und die Standorte zu harmonisieren. Die regio iT verfolgt weiterhin das Ziel, ihren Kundenkreis weiter aus- zubauen, sowohl regional in den Regionen Aachen und Gütersloh als auch durch die Vermarktung des eigenentwickelten Wahlverfahrens VoteManager.

8. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde von der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck der automatisierten Informationsverarbeitung für kommunale Gesellschafter, ihre kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Organisationseinheiten sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts voll erfüllt.

Aachen, den 20. März 2013

regio iT
gesellschaft für informationstechnologie mbh

Dieter Rehfeld
Vorsitzender der Geschäftsführung

Dieter Ludwigs
Geschäftsführer

V. Sondervermögen

ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	ETD - Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Carl-Zeiss-Straße 20 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,00%
E-mail	info@alsdorf.de	
Homepage	www.alsdorf.de	
Rechtsform	Sondervermögen der Stadt Alsdorf mit eigenem Rechnungskreis Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 27.11.2003, Bekanntmachung im Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf Nr. 45 vom 11.12.2003	
Betriebsleiter	Technische Betriebsleitung: Jörg Theißing kaufmännischer Betriebsleitung: Willi Schneiderwind 01.01.2012-31.03.2012 Stephan Maaßen ab 01.04.2012	Wesentliche Beteiligungen Keine
Gremien	Betriebsausschuss	
Stammkapital	2.000.000,00 €	
Anteil der Stadt in €	2.000.000,00 €	
Mitarbeiter	56	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination und Wahrnehmung der Bereiche der Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes für die Stadt Alsdorf. Darüber hinaus übernimmt der Eigenbetrieb Technische Dienste die Aufgaben des Baubetriebshofes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Eigenbetrieb erfüllt seinen öffentlichen Zweck durch seine Dienstleistungen Winterdienst, Straßenreinigung und Abfallentsorgung. Diese tragen dazu bei, der Stadt Alsdorf ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild zu verschaffen und somit die Attraktivität des Wohnortes für die Einwohner zu bewahren.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2012 <i>EUR</i>	31.12.2011 <i>EUR</i>	31.12.2010 <i>EUR</i>
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	39.395,68	33.716,44	27.896,77
II. Sachanlagen	54.505.952,28	58.703.619,07	59.605.231,73
III. Finanzanlagen	6.250,00	6.250,00	6.250,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	33.022,07	89.297,73	22.420,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.134.443,97	946.429,94	1.474.558,93
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	831.875,62	410.210,66	323.964,76
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.164,64	6.261,25	5.805,25
	56.557.104,26	60.195.785,09	61.466.127,56
Passivseite	31.12.2012 <i>EUR</i>	31.12.2011 <i>EUR</i>	31.12.2010 <i>EUR</i>
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00
II. Rücklagen	6.179.757,96	6.179.757,96	6.179.757,96
III. Gewinn			
1. Verlustvortrag	-1.387.451,77	-1.642.837,88	-539.092,67
2. Verwendung für Eigenkapitalverzinsung an die Stadt	-605.246,15	-629.858,86	-614.535,04
3. Jahresüberschuss	1.343.295,84	885.244,97	-489.210,17
B. Empfangene Ertragszuschüsse	15.960.700,39	19.312.059,92	19.633.345,66
C. Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen	11.537.404,93	11.582.289,29	11.834.002,58
D. Rückstellungen	828.930,18	838.634,64	1.359.199,57
E. Verbindlichkeiten	20.413.145,52	21.409.087,14	22.056.643,36
F. Rechnungsabgrenzungsposten	286.567,36	261.407,91	46.016,31
	56.557.104,26	60.195.785,09	61.466.127,56

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
1. Umsatzerlöse	19.281.190,16	19.242.861,29	18.077.287,31
2. andere aktivierte Eigenleistungen	27.405,49	17.860,51	5.074,68
3. sonstige betriebliche Erträge	660.744,50	372.464,41	462.757,64
4. Materialaufwand	11.874.806,03	12.187.943,69	12.397.392,22
5. Personalaufwand	2.651.202,85	2.605.353,25	2.602.568,60
6. Abschreibungen	1.597.848,06	1.947.673,40	1.947.383,03
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	812.625,25	1.116.393,51	1.192.841,18
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33.676,97	12.898,30	18.180,18
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	840.174,92	887.113,98	920.562,60
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.226.360,01	901.606,68	-497.447,82
11. außerordentliche Erträge	3.061.285,25	0,00	
12. außerordentliche Aufwendungen	3.927.271,73	0,00	
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.847,00	10.005,00	-13.549,19
13. sonstige Steuern	6.230,69	6.356,71	5.311,54
Jahresüberschuss	1.343.295,84	885.244,97	-489.210,17

Kennzahlen	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2009
Eigenkapitalquote	61,94 %	62,60 %	61,83 %

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste des ETD in den einzelnen Geschäftsjahren betragen für:

2010	3.30 Mio. €
2011	3.14 Mio. €
2012	2.94 Mio. €

Zusammensetzung der Organe

Betriebsausschuss

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Betriebsausschuss vertreten:

Vorsitzender:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 27.10.2009)
1. SPD- Fraktion	
Stellv. Vorsitzender:	Herr Stv. Wilfried Maul (seit dem 27.10.2009)
2. CDU-Fraktion:	
3. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Franz-Josef Altdorf (seit dem 27.10.2009)
4. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marc Schlösser (seit dem 27.10.2009)
5. ABU-Fraktion:	Herr Stv. Frank Breuer (seit dem 27.10.2009)
6. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 27.10.2009)
7. FDP-Fraktion:	Herr Stv. Manuel Herzner (seit dem 03.02.2011)
8. FWA:	Herr Hans Fischer (seit dem 27.10.2009)
9. REP-Fraktion:	Herr Stv. Wolfgang Luskens (seit dem 16.06.2011)
10. Fraktionsloses Mitglied:	Herr Stv. Metin Sak (seit dem 27.10.2009)

Beteiligungsbericht 2012

Stadt Alsdorf

Eigenbetrieb Technische Dienste

Lagebericht zum 31. Dezember 2012

Inhalt:

1. Allgemeines
2. Geschäftsverlauf und Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
3. Risiken der künftigen Entwicklung
4. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind
5. Voraussichtliche Entwicklung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
6. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

1. Allgemeines

Mit Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 27. November 2003 wurde der bestehende Eigenbetrieb Abwasser mit Wirkung zum 01. Januar 2004 um die Aufgabenbereiche Baubetriebshof, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich Winterdienst gemäß § 107 Abs. 2 GO NW und den Vorschriften der EigVO NW erweitert. Zu den Aufgaben des Baubetriebshofes zählen die Unterhaltung und Grünpflege der öffentlichen Verkehrsflächen sowie die Verkehrslenkung.

In der gleichen Sitzung hat der Rat der Stadt Alsdorf die Betriebssatzung für den erweiterten Eigenbetrieb beschlossen, die im Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf Nr. 45 vom 11. Dezember 2003 veröffentlicht wurde. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung wird unter dem Namen „Stadt Alsdorf, Eigenbetrieb Technische Dienste“ geführt.

Der Rat der Stadt Alsdorf hat in seinen Sitzungen am 30.09.2010 und am 04.11.2010 die Betriebssatzung vom 12.11.2010 für den Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf als Neufassung beschlossen. Gleichzeitig tritt die bisherige Betriebssatzung vom 01.01.2004 außer Kraft.

Mit Wirkung zum 01.01.2007 ist die Stadt Alsdorf dem Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung beigetreten. Die für den Zweckverband handelnde RegioEntsorgung AÖR nimmt für die ihr angeschlossenen Kommunen folgende Aufgaben wahr:
Sammeln und Transportieren der Abfälle
Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs

Darüber hinaus gehende Aufgaben wie die Beseitigung von wildem Müll / Leeren von Straßenpapierkörben, Reinigung der Glascontainerstandorte verbleiben bei der Stadt Alsdorf; hier beim Eigenbetrieb Technische Dienste.

Die Auswirkungen stellen sich für die Gebührenpflichtigen und das Stadtbild positiv dar.

Am 01.07.2012 wurde die Gebührenveranlagung gemäß Organisationsverfügung vom 28.06.2012 auf das FG 6.1 Bürgerdienste übertragen.

Hierdurch konnten zwei Sachbearbeiterstellen eingespart werden (ca. 50.000 € in 2012), die interne Leistungsverrechnung mit der Stadt wurde jedoch von 232.826 € (2011) auf 355.392 € (2012) angepasst.

Betriebsbereich Abwasser

Dem Betriebsbereich Abwasser obliegt die unschädliche Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser auf städtischem Gebiet.

Die Entsorgung erfolgte in den Kläranlagen Alsdorf-Bettendorf und Alsdorf-Broichtal, die zum 01.01.1996 an den Wasserverband Eifel-Rur übergegangen sind, für rund 40.000 Einwohner, sowie für ca. 6.800 Einwohner aus einem Teilbereich des Stadtteils Mariadorf sowie aus den Stadtteilen Blumenrath und Broicher Siedlung über die Kläranlage Würselen-Euchen, die zum 01.01.1999 an den Wasserverband Eifel-Rur übertragen worden ist.

Die Kanalbenutzungsgebühren wurden in 2012 mit folgenden Sätzen erhoben:

für die Schmutzwasserbeseitigung	3,64 Euro / cbm
für die Niederschlagswasserbeseitigung	1,31 Euro / cbm

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Gebühren wie folgt angepasst.

Schmutzwasser von 3,55 Euro (Stand: 2011) auf 3,64 Euro
Niederschlagswasser von 1,19 Euro (Stand: 2011) auf 1,31 Euro

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Die maschinelle Straßenreinigung für die Stadt Alsdorf wird seit dem 01.01.2010 durch die Firma Schönmackers Umweltdienste GmbH & Co. KG durchgeführt. Zu den Aufgaben gehört die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslage, welche nicht den Anliegern per Satzung übertragen worden sind.

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Gebühren wie folgt angepasst:
Winterwartung der Fahrbahn einheitlich 2,67 Euro / lfd. Meter auf Kategorie I.,
3,94 Euro / lfd. Meter und Kategorie II. 3,24 Euro / lfd. Meter.

Betriebsbereich Straßenunterhalt

Dem Betriebszweig Straßenunterhalt obliegt die Unterhaltung der öffentlichen Räume bezüglich Sauberkeit, öffentliche Ordnung, Grünpflege und Verkehrssicherung von öffentlichen Straßen. Größere Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht werden im Rahmen eines sog. Generalunternehmervertrages durch die ARGE RV Kanal- und Straßenbau Alsdorf (Reuber / Schleiden) durchgeführt.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

In der nachfolgenden Tabelle sind die entsorgten Abfallmengen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen.

Abfälle aus Haushalten	2012 Tonnen	2011 Tonnen
Restmüll	5.193	5.260
Bioabfall	4.033	4.045
Grünabfall	1.013	901
Sperrmüll	672	699
Holz	710	682
Wertstoffe		
- Altpapier	3.522	3.629
- Altglas	1.054	1.070
- Leichtstoffe	1.812	1.781
Summe	18.012	18.067

Die Entsorgung der festen Abfälle, die keiner Verwertung mehr zugeführt werden, erfolgt durch Verbrennung in der MVA Weisweiler. Verwertbare Hausabfälle werden der Zentraldeponie Alsdorf-Warden zugeführt.

Die Abfallentsorgungsgebühren 2012 sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Grundgebühren	2012	2011
80 Liter Abfallgefäß / jährlich	136,68	136,68
2. Restmüllbehälter / jährlich	34,92	34,92
1.100 Liter Restmüll-Container / jährlich	1.592,16	1.592,16
Bildung einer Abfallgemeinschaft / jährlich	101,76	101,76

Abfuhrgebühren	2012	2011
80 Liter Restmüllgefäß / Leerung	3,74	3,74
1.100 Liter Restmüll-Container / Leerung	33,66	33,66
120 Liter Biomülltonne / jährlich	48,00	48,00
1.100 Liter Bio-Container	432,00	432,00

Eine Veränderung der Abfallgebühren wurde somit für das Wirtschaftsjahr 2012 nicht vorgenommen.

2. Geschäftsverlauf und Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung

Das Wirtschaftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresüberschuss von **Euro 1.343.295,84 €**.

Das Jahresergebnis teilt sich auf die Betriebsbereiche wie folgt:

	2012	2011
Abwasser	1.199.425,66	1.090.217,28
Abfallentsorgung	26.604,92	-251.834,74
Straßenunterhaltung	16.527,76	2.858,92
Straßenreinigung / Winterdienst	99.737,49	44.003,51
Gesamt	1.343.295,84	885.244,97

Betriebsbereich Abwasser

Aufgrund der Verluste der Vorjahre wurden für das Wirtschaftsjahr 2012 Gebührenanpassungen vorgenommen. Daraus resultiert auch der Anstieg der Umsatzerlöse um 374.890,98 €.

Im Jahre 2012 wurde im Betriebszweig Abwasser ein Gewinn i.H. v. 1.199.425,66 Euro erwirtschaftet.

Die Abschreibungen verringerten sich um 115 T€ und die Fremdkapitalzinsen um 47 T€.

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurde das Abwasser von 46.234 Einwohnern (46.184 angeschlossene Einwohner sowie 47 Einwohner mit Kleinkläranlagen) behandelt und entsorgt.

Dies entspricht einer Schmutzwassermenge in 2012 von 1.947.458 m³ (in 2011: 1.951.523 m³).

Die Abwasserbeseitigung erzielte Umsatzerlöse in Höhe von 7.089 T€.

Betriebsbereich Straßenunterhaltung

Der Betriebszweig Straßenunterhaltung erzielte im Berichtszeitraum einen Gewinn i.H. v. 16.527,76 Euro. Ein Anstieg bei den Umsatzerlösen i. H. v. 14 T€ konnte erzielt werden.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Die Verluste der Vorjahre führten im Wirtschaftsjahr 2012 zu einer Gebührenerhöhung. Daraus resultiert auch der Anstieg der Umsatzerlöse um 127 T€. Im Berichtsjahr wurde ein Gewinn i. H. v. 99.737,47 Euro erwirtschaftet.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

In der Gebührenkalkulation 2012 wurde eine Kostenüberdeckung aus dem Jahre 2010 berücksichtigt. Dies führte zu einer Gebührenstabilität.

Der Verbrauch der Rückstellung für Gebührenaussgleich aus diesem Zeitraum i. H. v. 321 T€ ist in den Umsatzerlösen ausgewiesen. Der Betriebszweig Abfallentsorgung erwirtschaftete einen Gewinn i.H. v. 27 T€.

3. Risiken der künftigen Entwicklung

Mit Schreiben vom 26.06.2009 fordert die EBV GmbH für den Reparaturaufwand an den Hausanschlüssen in verschiedenen Straßengebieten im Ortsteil Alsdorf-Busch die Erstattung der entstandenen Gesamtauslagen in Höhe von 873.330,50 Euro. Die Arbeiten wurden lt. vorgelegten Nachweisen im Jahr 2003 durchgeführt. Der ETD lehnt diese Forderung dem Grunde nach, insbesondere aber wegen eingetretener Verjährung, ab.

Die im Jahr 2010 durch die EBV GmbH anhängig gemachte Klage vor dem Oberlandesgericht Köln wurde im Jahr 2011 der Stadt Alsdorf zugestellt und mit Urteil vom 10.05.2011 abgewiesen.

In der Berufungsinstanz vor dem Oberlandesgericht Köln wurde mit Urteil vom 18.01.2012 die Klage abgewiesen. Eine Revision vor dem Bundesgerichtshof wurde vom Oberlandesgericht nicht zugelassen. Der Kläger hat in 2012 beim Bundesgerichtshof eine Nichtzulassungsbeschwerde gegen die Revision eingereicht.

Insbesondere der Abwasserbetrieb wird in den nächsten Jahren gewaltige Investitionen, aus heutiger Sicht ca. 14,045 Mio. Euro, tätigen müssen, die steigende Abschreibungen und Zinsen zur Folge haben. Hierbei handelt es sich um bauliche und hydraulische Kanalsanierungsmaßnahmen.

Der Wasserverband Eifel – Rur hat im Rahmen seines Wirtschaftsplans 2012 für die Erweiterung der Kläranlage Würselen – Euchen für den Zeitraum 2011 – 2015 Investitionen in Höhe von 10 Mio. Euro veranschlagt. Die Stadt Alsdorf ist mit rund 20 % an der Kläranlage beteiligt.

Zusätzliche Anforderungen aus der Selbstüberwachungsverordnung Kanal (SüwVKan) erfordern ebenfalls eine Anzahl von Nachfolgeinvestitionen bzw. Maßnahmen im Unterhalt.

Aus heutiger Sicht erfordert die Optimierung der Aufgabenerledigung des gesamten Eigenbetriebes Technische Dienste eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Baubetriebshofes. Mit Beschluss des Betriebsausschusses vom 14.02.2012 zur Ertüchtigung des Baubetriebshofes wurden erste Schritte eingeleitet, um die Optimierung der Aufgabenerledigung umzusetzen.

Die Betriebsleitung hat weitere Schritte eingeleitet, um die Prozesse des Anlagenmanagements zu vereinheitlichen. Damit wird eine Verbesserung der Betriebssteuerung erreicht, die rechtssichere Gebührenkalkulation gewährleistet und unnötige Personalkosten für einen zusätzlichen Vermögensbewertungsprozess eingespart. Das Projekt wird in 2013 zum Abschluss gebracht. Bei der Prüfung des Fragenkatalogs nach § 53 HGrG wurden keine Feststellungen gemacht.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind

Ab dem 01.01.2013 wird die Aufgabenerfüllung der Debitorenbuchhaltung durch die Stadtkasse wahrgenommen. Hierdurch wird die ILV mit der Stadt anpassungsbedürftig, da dort höhere Personalkosten anfallen.

5. Voraussichtliche Entwicklung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung

Abwasser

Die Zusammenführung der beiden Betriebsstätten Hahnengasse und Carl-Zeiss-Straße ist in nächster Zeit eine der vordringlichsten Maßnahmen. Hierdurch werden Einsätze und Aufgabenzusammenführungen zu einer verbesserten wirtschaftlichen Situation führen. Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung vom 14.02.2012 die Ertüchtigung des Baubetriebshofes beschlossen. Damit wird die Betriebsstätte Hahnengasse Mitte 2014 aufgegeben.

Abfallentsorgung

Ziel des Entsorgungszweckverbandes RegioEntsorgung (ZRE) ist weiterhin ein einheitliches Abfallsystem für alle Mitgliedskommunen. Erforderliche Beschlüsse sollen sukzessive im Laufe der nächsten Jahre in den zuständigen politischen Gremien gefasst werden.

Eine ständige Beobachtung der Prozesse in den Gremien des ZRE ist erforderlich, um ggfs. Einfluss auf Systemänderungen und damit auf den kommunalen Gebührenhaushalt ausüben zu können.

Straßenunterhaltung

Das vorhandene Straßenkataster soll zukünftig diesen Betriebsbereich bei der Leistungserkennung unterstützen. Die Entwicklung der Nebenprodukte Verkehrsschildkataster, Straßenbegleitgrünverzeichnis, Aufbruchkataster und Baumkataster befinden sich im Aufbau.

Straßenreinigung / Winterdienst

Zum 01.01.2010 wurde die Dienstleistung für die maschinelle Straßenreinigung neu ausgeschrieben und erneut an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG, vergeben. Der Vertrag endet spätestens am 31.12.2013.

Aufgrund der beiden vergangenen länger andauernden und intensiven Winterperioden sind die Anforderungen an die Kommunen gestiegen.

Im Sommer 2011 wurde ein Salzvorrat angelegt, um eine Kostenreduzierung bei der Beschaffung von Salz zu gewährleisten. Mit der Einführung des GPS zum 01.01.2012 und des o. g. Beschlusses zur Ertüchtigung des Baubetriebshofes und der damit verbunden Errichtung neuer Salzsilos auf dem Gelände in der Carl-Zeiss-Straße wird eine mittelfristige Gebührenstabilität angestrebt.

Weiterhin stehen ein effizienter und effektiver Einsatz von Personal und Fahrzeugen im Vordergrund der Planungen durch die Betriebsleitung.

6. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zum Schutz des Grundwassers und der Gewässer erfolgen jährlich Investitionen in die öffentliche Abwasserbeseitigung. Der Betrieb und die Unterhaltung des städtischen Kanalnetzes erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben.

Die Aufgaben der Abfallwirtschaft (Sammlung und Transport) sind mit Wirkung vom 1.1.2007 auf den Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung (ZRE) mit befreiender Wirkung übertragen worden. Die abfallrechtlichen Vorschriften sind daher durch die RegioEntsorgung AöR vollumfänglich einzuhalten.

Alsdorf, den 28.11.2013

Theißing

Maaßen

Techn. Betriebsleiter

Kfm. Betriebsleiter

Rechtsnormverzeichnis

11. Teil

Wirtschaftliche Betätigung und nicht wirtschaftliche Betätigung

§ 107 GO NRW

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen).

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen

kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den

Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

#

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, auf Grund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i. S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder

#

mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen. Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung

nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

#

☒☒die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
☒☒☒für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
☒☒sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der☒Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108a GO NRW

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1 , § 107a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer

Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem

#

sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang

zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt. Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109 GO NRW Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 GO NRW Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 GO NRW Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die

Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i. S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, soweit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig

#

herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 GO NRW Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbstständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114a GO NRW Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zu Gunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,

#

2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates.

Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder

privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,

3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teil über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 GO NRW Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,

b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,

c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,

d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,

e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluß der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,

f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,

g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,

h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen

Rechts gemäß § 114a , die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111 sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist

#